Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 6.— Mk., durch unsere Austräger 6.— Mk. und 75 Pfg. Zustellungsgebühr, durch unsere Landboten 6.— Mk. und 85 Pfg. Zustellungsgebühr, durch die Post bezogen 7 Mk. einschl. Bestell- und Bezugsgeld. Einzelnummer 30 Pfg.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 35 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V., Kreis Mitteldeutschland.

Mit der wöchentlich 2 maligen Beilage „Amtsblatt der Stadt Merseburg“ und „Amtsblatt für den Kreis Merseburg“, der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd“ und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg“

Nr. 239 — **Mittwoch den 12. Oktober 1921** — **48. Jahrg.**

Das Kabinett Wirth, das Ausland und Oberschlesien.

Die Entdeckung, daß der Bestand der „Regierung der Erfüllung“ in Deutschland durch die drohende ungünstige Entscheidung über Oberschlesien aufs verhängnisvollste in Frage gestellt ist, hat überall in der Welt das entsprechende Aufsehen erregt und besonders in Frankreich unverhohlene peinliche Empfindungen ausgelöst. Dort ist man insgeheim sehr befriedigt darüber, daß die Genfer „Vier“ eine Lösung der oberschlesischen Frage gefunden zu haben scheinen, die im großen und ganzen den französisch-polnischen Wünschen entspricht. Andererseits weiß man aber in Frankreich, daß keine Regierung Deutschlands in der Welt ein so festgefügtes Ansehen gehabt hat, wie das über Nacht und entgegen allen Erwartungen bedrohte Kabinett Wirth, und so hat man denn den „Trick“ gefunden, daß man Deutschland gegen England oder auch umgekehrt ausspielte, indem man ausstreute, einerseits hätte man von London aus Berlin mitgeteilt, daß die englische Regierung zugunsten Deutschlands in Genf intervenieren werde, und daß andererseits der zu ganz kurzem informatorischem Aufenthalt nach Berlin berufene deutsche Botschafter in London nach dorthin den Auftrag mitgenommen habe, der englischen Regierung zu erklären, daß die Regierung Wirth zurücktreten werde, wenn Oberschlesien verloren ginge. Durch diese Andeutungen eines Teils der französischen Presse sollte erreicht werden, daß die Zeugniskraft der Tatsachen, auf Grund deren das Leben der jetzigen deutschen Reichsregierung bei einem Verlust Oberschlesiens ohne weiteres und wirklich ein vorzeitiges Ende finden würde, nach Möglichkeit entkräftet und widerlegt würden. Gleichzeitig sollte aber auch von vornherein Grundsätzliches dagegen geschehen, daß die ohne Frage vorhandene Abneigung Englands gegen eine ausgesprochen polenfreundliche Lösung der oberschlesischen Frage zu irgendwelchen praktischen Folgerungen führte. Wir werden es der englischen Regierung überlassen dürfen, ihren Standpunkt, wie er auch sein möge, gegebenenfalls durchzusetzen oder nicht. Den uns gegenüber ausgesprochenen Verdächtigungen, als ob die Besorgnisse über den Fortbestand des Kabinetts Wirth nur gemacht seien, muß indessen doch in aller Schärfe unterstrichen werden, daß von Mache dabei in keiner Weise die Rede ist. Es steht in der Tat so, daß bei einem Verlust Oberschlesiens nicht nur die Existenz der gegenwärtigen Regierung in Frage gestellt sein würde, sondern daß darüber hinaus jede positive Politik für unabsehbare Zeit unmöglich wäre. Man gibt im Auslande, besonders aber in Frankreich, doch immer vor, daß man die antirepublikanische Bewegung in Deutschland als eine außerordentlich starke Gefahr betrachtet. Eine wider alles Recht und alle Vernunft erfolgende Entscheidung über Oberschlesien wäre aber ein tödlicher Schlag gegen die Republik und die beste Rechtfertigung für die deutschen Monarchisten, deren heftigster Widerstand sich bekanntlich immer gerade gegen die versöhnliche und vertragstreue Politik der Regierung richtete. Aber auch eine positive innere Politik wäre nach dem Verlust Oberschlesiens künftig einfach nicht mehr möglich. Wie sollte man auch nur versuchen, zu geordneten Etatsverhältnissen zu kommen? Nein, es bleibt dabei, daß die Entscheidung über Oberschlesien gleichzeitig die über die ganze Zukunft Deutschlands sein wird.

*

Und dann?

Infolge des Ernstes der Lage, die durch den Stand der oberschlesischen Angelegenheit hervorgerufen ist, hat sofort nach der Rückkehr des Reichskanzlers noch in der Nacht eine Kabinettssitzung stattgefunden, in der Dr. Rosen Bericht erstattete. Am nächsten Tage sind diese Besprechungen fortgesetzt worden. Ihr Inhalt war selbstverständlich streng vertraulich, aber wir dürfen wohl annehmen, daß man sich mit allen Eventualitäten beschäftigt hat. Die Reichsregierung darf sich durch eine ungünstige Entscheidung nicht überraschen lassen. Die Möglichkeit eines Fehlspruches von Genf muß in die politische Rechnung eingestellt werden und die Frage, was dann werden soll, muß heute bereits erörtert werden. Daß die Möglichkeit einer Kabinettskrise besteht, kann ja ernsthaft von niemandem bestritten werden, und es ist auch erklärlich, daß, genau so, wie der Reichskanzler es tat, auch die deutschen Vertreter bei den alliierten Regierungen die Möglichkeit einer Regierungskrise nicht leugnen konnten, wenn auch das Androhen einer Regierungskrise selbstverständlich nicht erfolgt ist, da das taktisch ein schwerer Fehler gewesen wäre. Die Reichsregierung hat aber die Pflicht, sich bereits jetzt mit den Dingen zu befassen, die im Falle einer ungünstigen Entscheidung zu geschehen haben. Das Kabinett muß politische Richtlinien vorlegen, auch wenn es die Ausführung dieser Richtlinien nicht mehr erleben sollte und sie seinen Nachfolgern überlassen muß.

Wir können natürlich keinen Krieg gegen die Entente führen, und wir können auch keinen Krieg gegen Polen führen. Das ist eine Binsenwahrheit, die jedermann in Deutschland kennt. Aber doch liegen die Dinge heute anders als zu dem Zeitpunkt, da wir den Frieden unterzeichnen mußten. Wir sind sehr wohl in der Lage, eine Politik auf längere Sicht, und zwar besonders nach Osten, zu führen. Von dieser Möglichkeit muß Gebrauch gemacht werden. Der Verlust Oberschlesiens an Polen ist für Deutschland nicht zu verwinden. Unsere zukünftige Haltung gegenüber dem polnischen Staat wird deshalb ganz besonders Gegenstand der Betrachtung sein müssen. Polen betrachtet uns seit langem als seinen Feind; bekommt aber Polen zu den übrigen deutschen Gebieten auch noch Oberschlesien, so können wir nur ein Interesse haben: daß auf unsere Kosten unnatürlich aufgeblähte Polen zum Zusammenbruch zu bringen. Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir nicht einen einzigen Schuß abzugeben, sondern wir haben andere Mittel genug, da Polen auf uns angewiesen ist, den Zusammenbruch Polens, der ja sowieso erfolgt, zu beschleunigen.

Die Regierung Wirth ist für eine Versöhnungspolitik stets eingetreten. Ist eine solche Politik infolge eines etwaigen Fehlspruches von Genf und infolge der Haltung der Polen nicht möglich, so ist das im Interesse der Versöhnung selbst zu bedauern; uns bleibt dann nur das oben angedeutete Ziel, das unablässig verfolgt werden muß!

*

Deutsche Schritte in Paris und London wegen Oberschlesiens.

Berlin, 12. Okt. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Es wird jetzt bekannt, daß gestern die deutschen Botschafter in Paris und London den Ministerpräsidenten von Frankreich und England bei einem Besuche den Standpunkt der deutschen Regierung in der oberschlesischen Frage klar gemacht haben. Nähere Berichte darüber sind bei den maßgebenden Stellen noch nicht bekannt. Man glaubt aber, daß die Darstellungen der Pariser Presse nicht ganz zutreffen. Im Reichskabinett herrscht hinsichtlich der oberschlesischen Frage noch völlige Einstimmigkeit.

Paris, 12. Okt. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Mayer, hat gestern dem französischen Ministerpräsidenten Briand einen längeren Besuch abgestattet. Er legte darin Protest gegen eine Teilung Oberschlesiens durch den Völkerbundsrat ein. Wie „Petit Parisien“ zu wissen glaubt, steht der Besuch Dr. Mayers mit dem Besuch des deutschen Gesandten in London bei Lloyd George in engem Zusammenhange. Beide sind auf Veranlassung des deutschen Außenministers Dr. Rosen ohne Genehmigung des Reichskanzlers Dr. Wirth gemacht worden und sollen die Aufmerksamkeit auf die politischen und wirtschaftlichen Folgen einer Teilung Oberschlesiens für Deutschland lenken. Das Blatt will wissen, daß Dr. Mayer bei seinem Besuche behauptet hat, daß eine Teilung Oberschlesiens den Bestimmungen des Versailler Vertrages zuwider laufe.

Paris, 12. Okt. Zum Besuch des deutschen Botschafters bei Briand meldet Havas noch: Der deutsche Botschafter soll beim Ministerpräsidenten einen letzten Versuch gemacht haben, die Schwierigkeiten darzulegen, die im Falle einer ungünstigen Lösung der oberschlesischen Frage entstehen würden. Eine derartige Lösung würde nicht nur schwere wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen, sondern auch einen politischen Rückschlag, der imstande wäre, den Sturz des Kabinetts Wirth hervorzurufen. Es ist doch, sagt Havas, unzweifelhaft, daß dieser allerletzte Überzeugungsversuch ohne Wirkung sein wird, denn die alliierten Regierungen werden an ihrer Entscheidung festhalten, die Teilung anzunehmen, die der Völkerbundsrat empfiehlt.

Alliierte Konferenz über die Besatzungskosten.

Paris, 12. Okt. Nach der „Chicago Tribune“ soll die alliierte Konferenz für die Regelung der Besatzungskosten in Brüssel endgültig am 17. Oktober abgehalten werden.

Wieder eine Kabinettsberatung.

Berlin, 12. Okt. (WTB.) Das Reichskabinett hat heute vormittag von 9—11½ Uhr getagt. Verhandlungsgegenstand war das oberschlesische Problem. Das Kabinett ist um 12 Uhr wieder zusammengetreten. Die Gerüchte über Unstimmigkeiten innerhalb des Kabinetts hinsichtlich der oberschlesischen Frage sind, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, unbegründet.

Die Völkerbundspläne für Oberschlesien.

Paris, 12. Okt. Pertinax teilt im „Echo de Paris“ mit und der brasilianische Delegierte da Cunha hat es dem Vertreter des „Matin“ bestätigt, daß die Arbeiten des Völkerbundsrates beendet sind. Nach Pertinax wird mit Ausnahme von Kattowitz das gesamte Industriegebiet Deutschland zugesprochen und die wirtschaftliche Einheit durch eine internationale Kommission aufrechterhalten bleiben. Da Cunha erklärte dem „Matin“: Wir halten die dem Obersten Rat von uns übermittelte Ansicht für wohlbegründet und sind sicher, die beste Lösung vorgeschlagen zu haben.

Der „Petit Parisien“ bestätigt die Meldung des „Echo de Paris“, daß außer den Kreisen Pleß und Rybnik, die Bezirke Kattowitz und Königshütte Polen zugesprochen werden und daß während der Übergangsperiode die wirtschaftliche Einheit des Landes aufrechterhalten bleiben soll.

Nollet Mitglied des Obersten Kriegsrates.

Paris, 12. Okt. (WTB.) Der Ministerrat hat in seiner heutigen Sitzung die Ernennung des Vorsitzenden der Interalliierten Kontrollkommission in Deutschland, General Nollet, zum Mitglied des Obersten Kriegsrates genehmigt. General Nollet tritt hier an die Stelle des Generals Nivelle, der in den Ruhestand versetzt wird.

Vermehrung des Notenumlaufs in Ungarn.

Budapest, 12. Okt. (Korr.-Büro.) Der Stand des staatlichen Noteninstituts weist eine Vermehrung des Notenumlaufs gegenüber dem September von 655 Millionen Kronen auf. Bisher beanspruchte der Staat das Noteninstitut gar nicht.

Der König von Serbien will abdanken.

Paris, 12. Okt. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Wie hier bekannt wird, beabsichtigt der König Alexander von Serbien zugunsten seines älteren Bruders Georg abzudanken. In einer Besprechung mit dem Ministerpräsidenten erklärte er bestimmt, daß er in Paris zu bleiben gedenke. Er fürchte, daß bei seiner Rückkehr nach Serbien kommunistische Unruhen ausbrechen könnten.

Die Teilung Oberschlesiens tatsächlich beschlossen!

Genf, 12. Okt. Wenn man den hier vorliegenden, natürlich rein privaten Informationen Glauben schenken kann, dann kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß der Völkerbundsrat tatsächlich die Teilung Oberschlesiens, und zwar auch des Industriegebietes, beschlossen hat. Über die dem Obersten Rat vorzuschlagende Grenzlinie ist naturgemäß nichts Sicheres und nichts Endgültiges zu erfahren. In Kreisen, die dem Völkerbund nahestehen, verlautet aber mit Bestimmtheit, daß die Grenze ein Kompromiß zwischen den beiden Sforzalinien darstellt. Danach sollen an Polen fallen: Rybnik, Pleß, der in den Kreis Pleß hineinragende Südzipfel des Kreises Hindenburg, Kattowitz Stadt und Land, der Ostteil des Landkreises Beuthen ohne die Stadt und Teile der Kreise Tarnowitz und Lublinitz ohne die Städte. Was die rein deutsche Stadt Königshütte betrifft, so wird von einer für die Polen günstigen Lösung gesprochen. Neben den Bestimmungen über die neue Grenze soll das Gutachten des Völkerbundsrates eine Anzahl teilweise sehr verwickelte Bestimmungen enthalten über technische und wirtschaftliche Fragen, deren redaktionelle Ausarbeitung auf große Schwierigkeiten stößt. Von den Mitgliedern des Völkerbundsrates wird jede weitere Auskunft über die Grenzlinie verweigert.

Militärische Vorbereitungen in Oberschlesien.

Genf, 12. Okt. Mit Bestimmtheit verlautet, daß die Veröffentlichung des Gutachtens, gleichviel, ob sie von Genf oder Paris ausgehe, erst dann erfolgen soll, wenn alle militärischen Vorbereitungen in Oberschlesien getroffen und für die rechtzeitige Notifizierung an die interessierten Regierungen gesorgt sei.

Über die dritte Kabinettssitzung am Dienstag

wird aus Berlin berichtet:

Den beiden bisher abgehaltenen Kabinettssitzungen in der Montagnacht und am Dienstagvormittag folgte eine neue Sitzung am Dienstagabend. Der Grund dafür, daß man in den stundenlangen Besprechungen noch nicht zu einem Ergebnis gekommen ist, ist der, daß es bisher noch immer nicht gelang, etwas Authentisches über die Genfer Sphinx zu erfahren.

Der einzige Schritt von Wichtigkeit, den das Kabinett nach Rückkehr des Reichskanzlers unternommen hat, ist der, daß man unseren Botschafter in London, Sthamer, beauftragte, die englische Regierung darüber nicht im Zweifel zu lassen, welche innerpolitischen Folgen in Deutschland eine ungünstige Entscheidung über Oberschlesien nach sich ziehen müsse.

Wenn die Vermutungen über einen abermaligen Umfall Lloyd Georges und den Schacher zwischen England und Frankreich auf Deutschlands Kosten zutreffen, dann allerdings dürfte auch diese letzte Mahnung in London auf unfruchtbaren Boden fallen. Nach allem ist die Lage als überaus ernst anzusehen.

Vertagung des Reichsausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

Die Sitzung des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, die für Mittwoch anberaumt war, ist abgesagt worden, da, wie die Blätter annehmen, die Regierung noch nicht in der Lage ist, positive Mitteilungen über das oberschlesische Problem zu machen.

Die Entscheidung über Oberschlesien und die Kreditaktion der Industrie.

Wie man uns aus Berlin mitteilt, weilten Dienstag abend einige Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Industrie beim Reichskanzler, um sich mit ihm über die Kreditaktion zu unterhalten. Auch die oberschlesische Frage sei im Zusammenhang damit besprochen worden. Industrie, Landwirtschaft und Handel seien fest entschlossen, angesichts der Nachrichten über die Beschlüsse des Völkerbundsrates die größte Zurückhaltung zu üben. Nach dem etwaigen Verlust von Oberschlesien oder nach der Teilung des Industriegebietes werde die deutsche Volkswirtschaft nach Meinung maßgebender Industriekreise nicht die Kraft besitzen, Leistungen zu vollbringen, wie sie mit dem Abschluß des Kreditabkommens verbunden sein würden. Das Abkommen dürfte also nur dann herausgebracht werden, wenn Deutschland Oberschlesien behält, denn die Industrie und mit ihr Handel und Landwirtschaft dächten nicht daran, Leistungen zu übernehmen, von denen sie von vornherein wissen, daß sie nicht erfüllt werden können. Außerdem verlautet, daß die ausländischen Finanzkreise, die an die deutsche Wirtschaft mit Anleiheangeboten herangetreten waren, entschlossen sind, ihre Angebote zurückzuziehen, wenn Deutschland wichtige Teile Oberschlesiens verlieren sollte.

Einmütige Stellungnahme der deutschen Presse.

Sämtliche Blätter sehen die durch die bisher aus Genf eingetroffenen Nachrichten in Deutschland geschaffene Lage als äußerst kritisch an.

Die „Vossische Zeitung“ erklärt, daß die Entscheidung des Völkerbundes, wenn sie auch nur annähernd so ausfallen sollte, wie es die heutigen Meldungen befürchten lassen, keineswegs von Deutschland widerspruchslos hingenommen zu werden brauche. Eine solche Entscheidung wäre kein Votum auf Grund der oberschlesischen Abstimmung, sondern vielmehr eine willkürliche Phantasterei, deren Gutheißung weder ein deutsches Kabinett aussprechen könnte, noch überhaupt politisch ernst zu nehmenden Männern zuzumuten wäre. Einer solchen Entscheidung zu weichen, hätte das Kabinett umsoweniger nötig, als der Reichstag zweifellos einmütig dem selbstverständlichen Vorschlag des Kabinetts zustimmen würde, der Entente gegenüber die Entscheidung als unannehmbar und mit dem Friedensvertrag in Widerspruch stehend zu beanstanden.

Auch die „Deutsche Allgem. Zeitung“ betont, daß weder das Kabinett Wirth noch irgendein anderes imstande wäre, die Verpflichtungen aus dem Versailler Friedensvertrag, aus dem Ultimatum, aus den Wiesbadener Abmachungen zu erfüllen, falls Deutschland nur ein Stück des oberschlesischen Industriegebietes genommen würde.

Der „Lokalanzeiger“ spricht bereits von einer schweren Regierungskrise. Dem Blatt zufolge soll in politischen Kreisen verlauten, daß das Reichskabinett fest entschlossen sei, zurückzutreten, wenn die Entscheidung über Oberschlesien so ausfällt, wie es im Augenblick den Anschein hat.

Die „Zentrumsparlaments-Korrespondenz“ schreibt: Die Wegnahme Oberschlesiens in dem Umfange, wie er geplant ist, erschüttert die Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth. Mit dem Sturz des Kabinetts Wirth wäre aber auch die Koalition selbst kaum noch aufrecht zu erhalten, wenigstens nicht mit einem Erfüllungsprogramm. Der gleichen Ansicht ist auch die Sozialistische Korrespondenz.

Die ersten Folgen einer ungünstigen Entscheidung über Oberschlesien.

Kattowitz, 12. Okt. Die in der sozialdemokratischen Partei Oberschlesiens organisierten Mitglieder stellen an den Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands das dringende Ersuchen, die sozialdemokratischen Mitglieder der deutschen Reichsregierung zu beauftragen, bei einer für Deutschland ungünstigen Entscheidung in der oberschlesischen Frage ihre Ämter im Reichskabinett niederzulegen und erklären, daß die sozialdemokratische Partei als die Vertretung der arbeitenden Bevölkerung für die Zustimmung zu einer solchen Entscheidung die Verantwortung nicht zu tragen vermag.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211012-12/fragment/page=0001

Der Deutsche Ausschuß für Oberschlesien und die Entscheidung des Völkerbundes.

Kattowitz, 12. Okt. Der Deutsche Ausschuß für Oberschlesien hat folgendes Telegramm an den Reichskanzler Dr. Wirth gesandt:

Mit steigender Beunruhigung hat der Deutsche Ausschuß von den Nachrichten aus Genf Kenntnis genommen. Wir können nicht glauben, daß sie richtig sind, denn eine solche Entscheidung wäre eine Katastrophe für das gesamte Wirtschaftsleben Oberschlesiens. Die Vergewaltigung des Rechtes können wir nicht hinnehmen. Wir rufen in letzter Minute noch einmal das Reich an. Das Zentrum, die Demokraten und die sozialdemokratische Partei Oberschlesiens habe von sich aus dem Reichskabinett ihren Standpunkt selbständig dargelegt, daß sie ein Verbleiben ihrer Parteivertreter im Kabinett einer solchen Entscheidung gegenüber für undenkbar halten. So denkt aber auch der Deutsche Ausschuß in seiner Gesamtheit, in dem in völliger Einigkeit alle deutschen Parteien, Gewerkschaften und sonstigen ständigen Körperschaften Oberschlesiens vertreten sind. Wir haben es verstehen können, daß das Ultimatum der Entente von der Reichsregierung angenommen worden ist, um Oberschlesien für das Deutschtum zu retten. Wir würden es aber nicht mehr verstehen, wenn diesem neuen Rechtsbruch gegenüber die Reichsregierung nicht alle Konsequenzen ziehen würde. Es erscheint uns völlig ausgeschlossen, daß die Reichsregierung etwa dem Ansinnen des Völkerbundrates nachgeben könnte, dem Wechselbalg, den man uns mit dem „autonomen Wirtschaftsgebilde" oder ähnlichem unterzuschieben gedenkt, durch die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands Leben einzuhauchen. Wenn der Völkerbundrat nicht wagen will, Recht Recht bleiben zu lassen, so müssen wir es von uns weisen, Gegenstand irrsinniger politischer und wirtschaftlicher Experimente zu sein. Wir fordern unser Recht. Wir fordern aber auch vom Reiche, daß es unser Recht verfechte, ohne Rücksicht darauf, ob dem einzelnen hier wieder schwere Tage bevorstehen mögen. Reichskanzler werde hart! Wir sind es!

Der Deutsche Ausschuß für Oberschlesien
(gez.): Dr. Ankaschek.

Kundgebung der bayerischen Demokraten für Oberschlesien.

München, 12. Okt. Vorstand und Landtagsfraktion der Deutschen demokratischen Partei Bayerns erlassen einen Aufruf zu einer Kundgebung für Oberschlesien. Das deutsche Volk müsse nochmals in letzter Stunde seine Stimme erheben und sich gegen das ihm drohende Unheil auflehnen, durch das auch die Wohlfahrt Europas gestört würde.

Der sozialdemokratische Abg. Wels für ein deutsches Oberschlesien.

Wiesbaden, 12. Okt. Auf dem Parteitage der Sozialdemokratischen Partei für Hessen-Nassau in Weinburg a. d. Lahn sprach Reichstagsabg. **Wels** über die politische Lage, und bemerkte in seinen Ausführungen u. a.: Der Verlust von Oberschlesien wäre für Deutschland furchtbar. Die Reparationsmöglichkeiten, ja, die ganze Finanzwirtschaft wäre in Frage gestellt. Wenn in Genf eine Entscheidung fällt, die Oberschlesien zerreißt, dann gehen wir in Deutschland schwersten innerpolitischen Erschütterungen entgegen. Verliert Deutschland Oberschlesien, dann ist auch eine Niederlage des republikanischen Kabinetts Wirth sicher, denn eine nationalistische Hetze wird einsetzen, durch die unser wirtschaftliches und politisches Leben von Grund auf erschüttert wird.

Pariser Stimmungen und Kombinationen.

Paris, 12. Okt. Der diplomatische Korrespondent des Daily Chronicle erfährt, daß die Gerüchte, wonach „**Manöver** der letzten Stunde" angewendet würden, um die Entscheidung des Völkerbundsrates über Oberschlesien zu beeinflussen, unbegründet seien. Die englische Regierung habe ihr Wort gegeben, und sie würde den Schiedsspruch des Völkerbundsrates annehmen, wie er auch gefällt wird.

Die im Laufe der Nacht aus Berlin eingetroffenen Nachrichten, die von der im deutschen Reiche herrschenden Unruhe berichten, haben auch in Frankreich nicht gleichgültig gelassen, wo man, wie aus dem „Petit Parisien" hervorzugehen scheint, böse Folgen für das Wiesbadener Abkommen befürchtet, falls in der oberschlesischen Frage eine für Deutschland ungünstige Entscheidung gefällt werden sollte. Der „Petit Parisien" erklärt, daß trotz aller Schwierigkeiten, denen das Kabinett Wirth ausgesetzt sein könne, man nicht zulassen dürfe, daß die Durchführung des Wiesbadener Abkommens mit der oberschlesischen Frage in Zusammenhang gebracht werden könne. Dies sei eine Art Erpressung, zu der sich der Völkerbund nicht hergeben dürfe. Aus Berlin lassen sich die hiesigen Blätter berichten, daß die deutsche Regierung der englischen Regierung die Demission des Kabinetts Wirth angedroht hätte, falls eine Polen günstige Entscheidung in der oberschlesischen Frage getroffen würde. Der Kanzler würde den Reichstag zu einer besonderen Sitzung zusammenrufen, und dieser würde in einer feierlichen Resolution gegen die Verletzung des Rechtes protestieren und den Versailler Vertrag und das Wiesbadener Abkommen aufheben, weil Deutschland, der oberschlesischen Produktion beraubt, Frankreich nicht mehr die notwendigen Materialien liefern könne. Gleichzeitig würden auch die Vertreter des Handels, der Industrie und des Ackerbaues ihr der Regierung gemachtes Kreditangebot zurückziehen.

England zur Entscheidung über Oberschlesien.

London, 12. Okt. Das Gerücht, England habe irgendwie versucht, die oberschlesische Entscheidung der Völkerbundskommission zu beeinflussen, wird hier scharf dementiert. „Daily Chronicle" gibt die gemeldete Entscheidung zu. Er schreibt, sie erscheine vom britischen Standpunkte aus höchst unbefriedigend, erklärt aber, daß England nichts anderes übrig bleibe, als sie anzunehmen.

Das Wolffbureau zitiert weiter „Daily Chronicle", weshalb England annehmen müsse. „England habe sich gebunden und könne keine Einwände erheben. Eine größere Frage komme jedoch in Betracht. Es würde unglücklich sein, wenn in der Geschichte des Völkerbundes ein Präzedenzfall geschaffen würde, indem der Bund eine schiedsrichterliche Entscheidung treffe, die nur ausgleichender Art sei."

*

Englische Vorschläge zur Weltwirtschaftskrise.

London, 12. Okt. Die Bewegung, die nach einem Ausweg aus der Krise der Weltwirtschaft nicht nur durch technische Experimente, sondern zugleich durch eine entsprechende internationale Politik sucht, verstärkt sich zusehends.

„Daily Chronicle" veröffentlicht einen Vorschlag, **außer den Schulden der Interalliierten auch die deutschen Reparationsschulden wegen ihrer ruinösen Wirkung zu streichen, ausgenommen die Verpflichtung zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Sie stellt zwei Bedingungen auf: Deutschland soll eine Politik der Deflation einschlagen und die Importzölle reduzieren. Falls Amerika ablehne, solle wenigstens England die Schulden seiner Alliierten streichen.**

Professor **Cassel** fordert im „Daily Telegraph" Amerika auf, mit England zusammenzuarbeiten in einer gemeinsamen Finanzpolitik zur baldigen Wiederherstellung der internationalen Goldwährung, nachdem die bisherige separierte Deflationspolitik und die Konzentrierung des Goldes in Amerika die Verwirrung nur erhöht hätten. Cassel betrachtet eine solche anglo-amerikanische Kooperation als unerläßliche Vorstufe jeder Valutastabilisierung.

Zeitungsverbot im besetzten Gebiet.

Koblenz, 12. Okt. Die interalliierte Rheinlandkommission hat den Vertrieb der Wochenschrift „Rheinland" in Ketten vom 1. und den der Tageszeitung „Hamburger Nachrichten" vom 10. Oktober ab auf die Dauer von je drei Monaten im besetzten Gebiet untersagt.

*

Die amerikanisch-englische Spannung.

Frankreich wirbt um Amerika.

Die „Chicago Tribune" behauptet, daß Ministerpräsident **Briand** in Washington ein französisch-amerikanisches Abkommen zustande bringen wolle, das sich einesteils auf den Rhein, andererseits auf die Fragen des fernen Ostens erstrecken solle. Sollten die Vereinigten Staaten Frankreich Garantien geben, daß sie es gegen deutsche Angriffe unterstützen werden, so würde Frankreich den Vereinigten Staaten seine Unterstützung anbieten, falls es im Pazifischen Ozean und im fernen Osten Frankreichs Hilfe benötige. Ein leitendes Mitglied der amerikanophilen Gruppe in der französischen politischen Welt erklärte der „Chicago Tribune", daß Briand die größten Anstrengungen machen wolle, um diese Verständigung mit den Vereinigten Staaten zustandekommen zu lassen, trotz der Warnungen der Anglophilen in Frankreich, die erklären, daß England geographisch näher liege und Frankreich rascher helfen könnte, als Amerika, wenn Deutschland wirklich wieder einmal angriffe. Briand werde während seines kurzen amerikanischen Aufenthalts nur die Grundlagen für dieses französisch-amerikanische Abkommen entwerfen und es der französischen Abordnung überlassen, die weiteren Verhandlungen zu führen. Würde Briand seitens des Präsidenten Harding Zustimmung finden, so könne er dann nach Paris zurückkehren und mit Lloyd George Verhandlungen führen, um mit ihm eventuell einen neuen Allianzvertrag abzuschließen. Der „Chicago Tribune" zufolge würde Briand weiter mit der amerikanischen Regierung die Frage der Kosten der amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein erörtern.

Amerika rationiert die englische Einwanderung.

Newyork, 12. Okt. Das amerikanische Arbeitsministerium hat beschlossen, auf Grund des Einwanderungsgesetzes monatlich nur 14 000 Einwanderer britischer Nationalität in den Vereinigten Staaten zuzulassen.

Politische Uebersicht.

Die dritte internationale Konferenz zur Wiederherstellung des Weltfriedens.

London, 12. Okt. Gestern ist unter dem Vorsitz Lord Parmoores die dritte internationale Konferenz zur wirtschaftlichen Wiederherstellung des Weltfriedens eröffnet worden. Es waren fast zweihundert Delegierte aus allen Teilen der Welt anwesend. Zur Erörterung kam das Thema „Religion als vereinigender Faktor unter den Nationen und als praktische Grundlage des Weltfriedens." Lord Parmoore erklärte, das Ziel der Konferenz sei die Förderung des internationalen Friedens und des Wiederaufbaues der europäischen Gesellschaft nach dem Weltkriege. Der schwedische Vertretre Dr. Westman erklärte, es gereiche Gott nicht zum Nutzen, daß augenblicklich 1700 deutsche Missionare von ihrer Arbeit in den britischen Kolonien und in Indien abgehalten würden, was auch ein großes Hindernis für die Erneuerung normaler Beziehungen zwischen den Christen auf beiden Seiten der Nordsee sei. Die Konferenz nahm eine Entschließung an, in der die religiösen Kräfte der ganzen Welt aufgefordert werden, die Annahme einer auf alle Nationen angewendeten Abrüstung durch die Washingtoner Konferenz zu unterstützen.

*

Auch Luxemburg rührt sich.

Karlsruhe, 12. Okt. Die „Luxemburger Zeitung" teilt mit, daß für die deutsche militärische Besetzung des luxemburgischen Staates während des Weltkrieges die luxemburgische Staatsregierung eine Entschädigung von 6 Milliarden Goldmark beanspruche.

*

Pogromabsichten in Wien?

Wien, 12. Okt. Hier befürchtet die zionistische Partei auf Grund umgehender Gerüchte aus Anlaß eines monarchistischen Putsches ein Pogrom, der angeblich schon heute aus Anlaß des jüdischen Versöhnungsfestes ausbrechen soll. Die zionistische Partei hat ihrerseits die Polizei um Schutz angerufen, andererseits einen jüdischen nationalen Schutzverband eingerichtet. Da die Juden in Wien mehr als 500 000 Köpfe zählen, so sind sie wahrscheinlich sowieso bei einem solchen Putsch in der Mehrheit.

Die christlich-soziale „Reichspost", die der Frontkämpfervereinigung nahesteht, bestreitet Pogromabsichten von dieser Seite. Sie erklärt die Pogromgerüchte aus dem schlechten Gewissen der Judenschaft. Die Wiener „Arbeiterzeitung" veröffentlicht eine zwei Seiten lange Proskriptionsliste von Persönlichkeiten, die ihr besonderes Interesse der monarchistischen Organisation widmen. Auf der Liste befinden sich alle Persönlichkeiten des österreichischen und des tschechischen Hochadels, einige ungarische Grafen, auch der in Ungarn geadelte Sohn des Mülheimer Großindustriellen Thissen, der einer der heftigsten Gegner der Abtretung Westungarns an Österreich ist.

Kämpfe im Burgenlande.

Wien, 12. Okt. Aus Eisenstadt, das nahe der österreichischen Grenze liegt, kommt die Nachricht, daß dort für mehr als 1000 Mann Quartier gemacht wird, während dort bisher nur etwa 400 Banditen lagen. Die Feuertätigkeit der magyarischen Banden nimmt zu. Es ist offensichtlich, daß es den Banden darum zu tun ist, Österreich zu zwingen, seinen etwa 15 000 Mann starken Grenzschutz auf der ganzen 250 Kilometer langen Grenze zwischen Österreich und Ungarn zu verzetteln. Gestern war insbesondere wieder die Stadt **Bruck** der Mittelpunkt eines sehr lebhaften Gewehr- und Maschinengewehrfeuers.

*

Tirol will Republik bleiben.

Innsbruck, 12. Okt. Die Volkszeitung bespricht in einem Leitartikel die auswärtigen Sensationsmeldungen über Tirol und bemerkt, daß die Masse der Bevölkerung sich darüber nur wundere, daß sie außer dem Aufruf des Staatsschutzverbandes in den letzten Monaten nichts Außergewöhnliches vernommen habe. Dieser Aufruf aber habe im ganzen Lande keinen Eindruck gemacht. Das Volk sei in seiner ganzen ungeheuren Mehrheit republikanisch gesinnt.

*

Der frühere bayerische Kronprinz in Österreich.

Wien, 12. Okt. Wie der „Wiener Mittag" meldet, ist Kronprinz Rupprecht von Bayern in Steinamanger eingetroffen. Er verhandelte mit dem Bischof Grafen Mikes und den anderen Führern der Monarchisten aus der Partei der kleinen Landwirte über die Aufrichtung eines ungarisch-österreichisch-bayerischen Königreiches unter dem Szepter der Wittelsbacher. — Weiter meldet das Blatt aus Oedenburg, daß für die nächsten Tage ein Vorstoß auf österreichisches Gebiet durch Banden mit Artillerie geplant ist. Das Ziel ist Wien.

*

Die Hungerkatastrophe in Rußland.

Kopenhagen, 12. Okt. Wie Politiken aus Riga meldet, fordert die Hungersnot in Rußland immer mehr Opfer, besonders unter den Kindern. Im Samaragebiet verlassen die Eltern vielfach ihre Kinder, töten sie sogar in vielen Fällen, um die notwendigsten Lebensmittel für sich zu behalten. Nach den Berichten der Sowjettruppen über die Beförderung von Kindern aus dem Hungergebiet nach Petersburg ist dieser Versuch der Sowjetregierung völlig mißlungen. In einem Zuge, der mit 700 Kindern abfuhr, befanden sich bei der Ankunft in Petersburg nur noch 300. Zweihundert waren unterwegs gestorben und zweihundert mußten infolge schwerer Erkrankungen unterwegs zurückgelassen werden.

*

Eröffnung der irischen Konferenz.

London, 12. Okt. de Valera erließ eine Proklamation an das irische Volk mit der Aufforderung, jetzt mehr denn je zusammenzustehen, und der Betonung, es sei der brennende Wunsch aller Iren, den hundertjährigen Streit mit England zu beenden. — Die irische Konferenz wurde vormittags eröffnet.

Preußischer Landtag.

Berlin, den 11. Oktober.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Anfrage der Deutschen Volkspartei betreffend die Weigerung verschiedener Gemeinden, ihre Beamten den Staatsbeamten in gleicher Stellung in den Bezügen gleichzustellen. Die Antwort der Regierung führt diese Weigerung lediglich auf die äußerst bedrängte Finanzlage der Gemeinden zurück. Die Anträge des Zentrums über die Versorgung der staatlichen Beamten, Angestellten und Arbeiter mit Wintervorräten und der Antrag der Sozialdemokraten, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei auf Neuregelung der Notzuschläge zur Herstellung des gerechten Verhältnisses zwischen den Bezügen der Beamtenanwärter und -anwärterinnen und der Lehramtsbewerber und -bewerberinnen gehen an den Beamtenausschuß. Zur Beratung des Antrages von Kries (Dn.) und Gen. über die Aufbesserung der Bezüge der aus den abgetretenen Gebieten nach Deutschland verzogenen Ruhegehaltsempfänger des mittleren Staatsdienstes und deren Hinterbliebenen beantragt der Beamtenausschuß, diesen Ruhegehaltsempfängern Ruhegehälter bezw. Zuschüsse vom 1. April 1921 ab bis zur Höhe der den entsprechenden Klassen staatlicher Ruhegehaltsempfänger zustehenden Bezüge zu gewähren, wenn und soweit ihnen Ruhegehälter bezw. Zuschüsse in der gedachten Höhe von den zur Zahlung verpflichteten Körperschaften nicht gewährt werden. Die Hinterbliebenen dieser Ruhegehaltsempfänger sollen entsprechend bedacht werden. Das Haus stimmt dem Ausschußantrage ohne Debatte zu.

Ein Antrag der Deutschnationalen Volkspartei verlangt für Ostpreußen Frachtermäßigung für landwirtschaftliche und kaufmännische Bedarfsartikel und Erzeugnisse, insbesondere Dünger, Kohlen, Maschinen, Lebensmittel. Ein Vertreter des Handelsministeriums erklärt zu dem deutschnationalen Antrag, daß eine Frachtermäßigung für Ostpreußen einen starken Einnahmeausfall bedeute und daß eine weitere große Schwierigkeit in dem Artikel 365 des Friedensvertrages liege, der der Entente das Recht gebe, eine gleiche Frachtermäßigung zu fordern. Ein gangbarer Weg sei ein Staffeltarif dergestalt, daß für eine bestimmte weitere Entfernung der Frachtsatz erheblich sinke. Nach kurzer Debatte gehen die Anträge an den Ausschuß für Verkehrswesen.

Dann setzt das Haus die Besprechung der großen Anfrage der Demokraten über den

Entwurf des Reichsschulgesetzes

zur Ausführung des Artikels 146 der Reichsverfassung betreffend Bekenntnis- und Weltanschauungsschule fort. In Verbindung mit dieser Materie wird weiter behandelt der Antrag der Unabhängigen über den Wegfall des Religionsunterrichts an den Schulen und ein neu eingebrachter Antrag der Deutschnationalen auf staatliche Unterstützung der Privatschulen. Diesen Antrag begründet Frau Lehmann (Dn.).

Abg. **Kimpel** (Dem.): Wir brauchen dringend ein Reichsschulgesetz, aber der gegenwärtige Gesetzentwurf entspricht nicht unseren Wünschen. Unser Ideal ist die Gemeinschaftsschule. Wir bestehen auf loyaler Durchführung der Verfassungsbestimmungen über die Schule.

Abg. Dr. **Wildermann** (Ztr.): Der Entwurf des Reichsschulgesetzes findet auch bei uns keinen ungeteilten Beifall. Auch die deutschen Bischöfe haben sich gegen ihn ausgesprochen. Es handelt sich hier nicht allein um einen Kampf zweier Weltanschauungen, den Weg mit Gewalt zu versperren. Ohne konfessionellen Religionsunterricht in den Schulen gibt es eine wirkliche Erziehung nicht. Wenn Sie versuchen sollten, dann bricht ein Kulturkampf aus, gegen den alle bisherigen Kämpfe ein Kinderspiel sind. (Stürmischer Beifall im Zentrum und auf der Rechten.)

Abg. **Kollmann** (U.S.): Es gibt auch eine Erziehung zur Sittlichkeit ohne Religionsunterricht und wir wollen eine Erziehung ohne Anwendung des Testaments.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt.

Sitzung des preußischen Staatsrates.

Aus **Berlin** wird berichtet: Der preußische Staatsrat hielt am Dienstag seine neunte Sitzung ab. Oberpräsident **Hörsing** ist aus dem Staatsrat ausgeschieden, an seine Stelle ist Landrat **Bergemann** aus Calbe a. S. getreten. Den Antrag der Kommunisten und Unabhängigen betreffend Aussetzung des Strafverfahrens gegen das Staatsratsmitglied Redakteur Schlösser (Komm.) beantragt der Verfassungsausschuß abzulehnen, da die Mehrheit, wie Referent Weinberg betont, der Ansicht wäre, daß den Staatsratsmitgliedern keine verfassungsmäßigen Immunitätsrechte zustehen. Auch gilt Immunität nur für eine bestimmte Sitzungsperiode, die für den Staatsrat nicht besteht. Der Beschluß des Ausschusses wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

Debattelos wird angenommen der Entwurf über Erhöhung der Katasterfortschreibungsgebühren (Gebühr von 0,30 ℳ vom Tausend des Wertes der Liegenschaften und Gebäude, mindestens jedoch 3 ℳ).

Der Verfassungsausschuß beantragt ferner, alle Wahlen, auch die angefochtenen, für gültig zu erklären. Spiegel (Soz.) bittet dagegen, dem Einspruch gegen die ostpreußischen Wahlen stattzugeben, da die vorgeschriebene Frist für die Einreichung der Listen bei der Zulassung der Liste von Gayl (Arbeitsgemeinschaft) nicht innegehalten ist. Der Einspruch wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Unabhängigen zurückgewiesen. Spiegel bittet auch, dem Einspruch gegen die Mandatsverteilung in Westfalen stattzugeben, weil dort bei gleichem Stimmenwert das Los entschieden hat. Er beantragt, ein Gutachten des Wahlprüfungsgerichtes des Landtages einzuholen. Der Einspruch wird gegen dieselbe Minderheit zurückgewiesen und alle anderen Wahlen für gültig erklärt.

Ein Verordnungsentwurf will die bisher vom Minister des Innern vorgenommene Befreiung vom Aufgebot den Regierungspräsidenten überlassen. Das Haus erhebt keinen Widerspruch. Zustimmung findet auch ein Gesetz, nach dem die Ablösung von Reallasten in der Steuerübereinkunft möglich sein soll. Schließlich wird der Gesetzentwurf, der die Steuerverwaltung der jüdischen Synagogengemeinden auf die Reichsfinanzbehörden überträgt, gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen angenommen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung Donnerstag 3 Uhr.

Merseburg und Umgegend.

12. Oktober.

In der 4. Klasse.

Wer die brandende, brodelnde, überhaupt die klassisch zankische Stimmung der Gegenwart erleben will, der steige auf der Bahn in einen Wagen 4. Klasse und höre zu, was sich die andern erzählen. Es ist lehrreich. Geschwatzt, geschimpft, gelacht wird wie nirgendwo. Das Erlebnis der vierten Wagenklasse umschlingt alle. Man kommt sich vor wie in einer großen ungezogenen Familie, der das Oberhaupt fehlt. Die Gesellschaft wird immer gemischter; nach jeder Fahrpreiserhöhung sieht man ungewohnte, scheublickende Gesichter.

Menschen aller Grade führen sich im bunten Durcheinander vor; alle Meinungen, die es heutzutage gibt, von der brutalsten Forderung der Gewalt bis zum entsagungsvollsten, unerschütterlich ruhigen Fatalismus steigen aus den Köpfen wie schwefelnde Feuersäulen. Oft wirken die Worte wie stinkiger Rauch, von dem wir uns abwenden und das Fenster suchen, durch das ein frisches Lüftchen hereinzieht . . .

Am meisten wird in Politik gemacht. Wie könnte es auch anders sein? Noch vor zehn Jahren waren unter uns die Politiker so selten wie die Ähren auf einem zehnmal geharkten Stoppelfeld. Heute politisiert jeder Sechzehnjährige drauflos. Die ewige in Gegensätzen redende Sprache der Geschichte läßt sich bei uns, den „unpolitischen Deutschen", so vernehmen, daß von dem Zeitpunkt an, da wir unser politisches Unvermögen eingesehen haben, plötzlich jedes Kind ein gewiegter Politiker geworden ist. Der Wunsch ist hier gleich Vollendung.

Am erträglichsten sind die Schwätzer, denn die geben, ohne daß sie es wissen, in zehn Minuten Proben von Erkenntnissen gleich aller Parteien durcheinander wie in italienischem Salat. Es sind dieselben, die in Versammlungen automatisch, wahllos bei den gegensätzlichsten Rednern „Sehr richtig!" krakeelen. Auch im Bahnwagen sind sie nur Mörtel zwischen den Steinen! Gefährlich, sehr gefährlich sind dagegen die Moralisten, das heißt: die unter der Maske der Moral die christliche Nächstenliebe verborgen nach einem Punkt, ihrem persönlichsten Eigennutz, strecken und so Richtlinien ausgeben, die für die Halben und die Schwachen verwirrend sein können. Aber, wenn ehrliche, überzeugte Gegner aufeinanderprallen — das ist Kampf, ein feines Schauspiel! Den meisten Spaß machen die Krakeeler an sich. Die schreien, weil sie schreien müssen; da mag die Monarchie oder der Bolschewismus herrschen, es ist einerlei.

Gegenwärtig erregen natürlich die Kartoffelpreise die Gemüter. Dann kommt Kindererziehung und Justiz. Auch Schweine, Rinder und Ziegen werden verhandelt. Alles mit einer beneidenswerten, witzigen Leichtigkeit. Geschickt und sicher werden die schwierigsten Geschäfte gemacht. In zwei Kilometer Schienenlänge ist über eine tragende Kuh so entschieden, daß der Verkäufer am Käufer und umgekehrt verdient hat.

Für Zeitungs- und Romanschreiber bietet sich erster Stoff, hier und da auch für Detektive. Die Zungen sind gelöst, der Klatsch steigt, Schauergeschichten, manchmal ein Stück Wahrheit, finden willige Zuhörer. Oft ist das mit Marktkörben und Menschenleibern vollgestopfte Abteil ein Vortragssaal geworden, in dem ein Dichter der harten Wirklichkeit andächtigen Zuhörern eine nachdenkliche Geschichte erzählt.

*

Sechs Anstreicher abgestürzt.

Aus **Kayna** meldet uns ein eigener Bericht: Heute morgen ereignete sich hier auf dem Werke Vesta ein schweres Unglück. Bei der Pumpstation waren 6 Anstreicher mit dem Streichen eines Hauses beschäftigt, als gegen ½9 Uhr ein Teil des Gerüstes zusammenstürzte und die Leute zum Teil unter sich begrub. Von den Abgestürzten erlitten drei schwere und drei leichtere Verletzungen. Sämtliche Verunglückten wurden sofort mittels Automobil nach dem Krankenhaus Bergmannstrost in Halle transportiert. Einige der Leute sind verheiratet. Die Ursache des Unglücks ist nicht festgestellt. Morgen soll eine Besichtigung des Werkes erfolgen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211012-12/fragment/page=0002
DFG

** **Zur Ausführung des Entschädigungsgesetzes.** Der Reichstagsabgeordnete Brünninghaus, der Vorsitzende des Entschädigungsausschusses hat zusammen mit anderen Abgeordneten folgende Anfrage an die Regierung gerichtet: „In den Kreisen der Verdrängten, der Kolonial- und Auslandsdeutschen herrscht begreifliche Unruhe, daß die Ausführungsbestimmungen zu den Entschädigungsgesetzen noch nicht erlassen sind. Ist die Reichsregierung bereit, diese Bestimmungen unverzüglich dem durch die Gesetze vorgesehenen 15er Ausschuß des Reichstags vorzulegen." Baldige schriftliche Antwort wird erbeten.

** **Schwindelunternehmen.** Durch Anzeige in einer Halleschen Zeitung suchte ein Schwindler eine Privatsekretärin, der Gelegenheit geboten sein sollte, in der eigenen Wohnung zu arbeiten. Darauf meldete sich eine hiesige Dame, die der sicher arbeitende Betrüger zu überreden wußte, ihren Namen für ein zu gründendes Versandgeschäft herzugeben. Er gab nun umfangreiche Inserate in den verschiedensten Zeitungen auf und bot darin gegen bequeme Teilzahlung „Wäscheaussteuern" zum Kauf an, die direkt ab Lager an Privatleute abgesetzt werden sollten. Auf diese Annoncen haben sich weit über 2000 Personen aller Stände und aus allen Teilen des Reiches gemeldet. Den Anfragenden wurde daraufhin eine Preisliste über Wäsche jeder Art mit sehr günstigen Preisen und Bedingungen übersandt. Bei Bestellungen mußte als Anzahlung 1/3 des Kaufpreises auf das Postscheckkonto der Firma geleistet, der Restbetrag sollte in 12—15 Monaten beglichen werden. Auf das verlockende Angebot sind zahlreiche Bestellungen erfolgt und die geforderten Anzahlungen — um die es dem Schwindler allein zu tun war, — auf das Postscheckkonto überwiesen worden. Ein Lager war überhaupt nicht vorhanden, an die Einrichtung eines solchen auch gar nicht gedacht. Durch eifrige Nachforschungen ist es der Kriminalpolizei gelungen, den Betrüger, der unter falschem Namen auftrat, und bereits wegen Rückfallbetruges steckbrieflich gesucht wurde, zu ermitteln und festzunehmen. Er ist inzwischen der Staatsanwaltschaft zugeführt. Der Betrüger hat noch ein größeres Konto, das beschlagnahmt wurde, so daß Betrogene voraussichtlich zu einem kleinen Teil entschädigt werden können. Geschädigte können sich an die Kriminalpolizei Halle, 5. Kriminalbezirk, wenden. Rückporto ist beizufügen.

** **Unterstützung an ehemalige Heeresangehörige aus der Zeit vor dem 1. August 1914.** Durch den Erlaß des Reichsarbeitsministeriums vom 22. September 1920 können ehemalige Militärpersonen, die vor dem 1. August 1914 eine Dienstbeschädigung aus Anlaß eines Feldzuges oder ihrer Militärdienstzeit erlitten haben, sowie den Hinterbliebenen dieser Personen besondere Unterstützungen bewilligt werden, auch wenn sie solche aus Mitteln der sozialen Fürsorge erhalten können, sich also in einer Notlage befinden. Sie können diesbezügliche Anträge bei der für ihren Wohnort zuständigen Fürsorgestelle stellen, damit diese die Anträge zum Zwecke der Bewilligung, unter Umständen über die zuständige Hauptfürsorgestelle, an das Hauptversorgungsamt weiterleitet. Nur in ganz besonderen Ausnahmefällen ist es auch zulässig, Nichtversorgungsberechtigte, sonstige ehemalige Angehörige der deutschen Wehrmacht und deren Hinterbliebene zu unterstützen, wenn sie einer außergewöhnlichen Notlage ausgesetzt worden sind. Im allgemeinen ist bei diesen Personen ihre Notlage nicht als eine außergewöhnliche anzusprechen, wenn sie durch die z. Zt. herrschenden Teuerungsverhältnisse bewirkt ist, von der eben alle Volksgenossen gleichmäßig betroffen werden. Sie liegt aber vor, wenn außergewöhnliche Umstände (Tod, plötzlicher schwerer Krankheitsfall, sonstige Unglücksfälle usw.) die wirtschaftlichen Verhältnisse der Betreffenden stark in Mitleidenschaft ziehen. Auch die nichtversorgungsberechtigten Personen stellen diesbezügliche Anträge am zweckmäßigsten bei der örtlichen zuständigen Fürsorgestelle.

** **Weiteres Steigen der Reichs-Indexziffer.** Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes ist die Reichs-Indexziffer der Lebenshaltung, der die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnungsmiete zugrunde liegen, im September gegenüber dem Vormonat um 17 Punkte oder 1,6 v. H. auf 1062 gestiegen. Gegenüber dem Stand vom Januar dieses Jahres (944) beträgt die Steigerung 12,5 Prozent, gegenüber September 1920 36,3 Prozent. Die Erhöhung der Lebenshaltungskosten ist in der Hauptsache auf Preissteigerungen für Lebensmittel zurückzuführen. Die Indexziffer für die Ernährungskosten allein ist von 1399 im August um 1,4 v. H. auf 1418 gestiegen. Gegenüber Januar beträgt die Steigerung der Ernährungsausgaben 12,1 v. H. Auch die Aufwendungen für Heizung und Beleuchtung sind im Durchschnitt des Reiches erneut gestiegen.

** **Von der Hasenjagd** schreibt uns ein Mitarbeiter folgendes: Freund Lampe ist nun seit Anfang ds. Mts. wieder vogelfrei erklärt und zeigt wieder die ihm anhaftende Charaktereigenschaft Furcht, weshalb er, wie man zu sagen pflegt, um sich vor drohender Gefahr in Sicherheit zu bringen, das Hasenpanier ergreift; die in den Monaten vorher von ihm bewiesene Ruhe und Sorglosigkeit ist wieder dahin. Unsere Jäger haben ihre Reviere bisher meist nur auf der Suche durchstreift, indem man meist nur einen Küchenhasen erlegte, von größeren Treibjagden aber noch Abstand nahm. Dennoch hat man bereits eine Übersicht über sein Vorkommen und ein Urteil über den Ausfall der Hasenjagd. Allgemein kommt Freund Lampe ziemlich zahlreich vor, da bei dem günstigen Frühjahr der erste Satz gut durchgekommen ist, so daß der Ausfall der Hasenjagd befriedigende Resultate verspricht. Durchweg ist Lampe auch feist an Wildbret, da für ihn immer ein reichlicher Tisch gedeckt war, doch kommen auch noch verschiedene Junghasen vor, die noch dringender Schonung bedürfen, weshalb jetzt Treibjagden nicht ratsam sind. Außer seinem Wildbret ist auch sein Pelz geschätzt, doch versteht man hierunter erst den eigentlichen Winterpelz, den er jetzt noch nicht aufzuweisen hat.

** **Mondfinsternis.** In der Nacht zum 17. Oktober geht eine Mondfinsternis vor sich, die auch bei uns zu sehen ist. Es ist eine Teilfinsternis; sie beginnt um 10 Uhr 14 Minuten abends und endet um 1 Uhr 34 Minuten morgens am 17. Oktober. Die Mitte der Finsternis fällt auf 11 Uhr 54 Minuten abends; die Größe der Verfinsterung beträgt dann 0,938, es werden also mehr als neun Zehntel des Monddurchmessers durch den Erdschatten bedeckt. Wenn die Finsternis eintritt, steht der Mond im Scheitelpunkt seiner Bahn.

** **Ein seltenes himmlisches Schauspiel** werden wir im Oktober und November zu bewundern haben. Die beiden großen Planeten Jupiter und Saturn sind das ganze Jahr hindurch einander dem Sternbild der Jungfrau ziemlich nahe. Ende Oktober kommen noch Venus und Mars dazu. Mars, Saturn, Jupiter und Venus werden fast in gerader Linie stehen, in etwa gleichen Abständen, und nicht weit davon der hellste Stern in der Jungfrau, die Spica. Das vertraute Sternbild der Jungfrau wird dadurch unkenntlich. Jene Region des Himmels tritt morgens in Erscheinung, am schönsten in den Nächten um den 1. November.

** **Wieder ein Uhrdiebstahl.** Ein Spezialist für Uhrendiebstähle scheint sich hier niedergelassen zu haben, denn nach dem in der gestrigen Zeitung berichteten wird uns ein zweiter Fall gemeldet. Aus dem Laden des Geschäftes im Grundstück Seitenbeutel 3 wurde dieser Tage unter drei Uhren die wertvollste silberne gestohlen. Von dem Täter hat man bisher keine Spur. Die Geschäftsleute seien aber gewarnt und wollen durch ihre Aufmerksamkeit mit dazu beitragen, den Täter zu ermitteln.

** **Der Stenographenverein Stolze-Schrey** hielt gestern abend im Vereinshaus „Bergschlößchen" eine sehr gut besuchte Monatsversammlung ab, die der 2. Vorsitzende, Kaufmann Caesar mit Begrüßungsworten eröffnete. Die Niederschrift der letzten Versammlung fand einstimmige Genehmigung. Unter Punkt Mitgliederbewegung kann der Vorsitzende Neuanmeldungen von 7 ordentlichen Mitgliedern bekannt geben, außerdem 1 jugendliches Mitglied und 1 Schüler. Sodann gab Herr Papsdorf einen eingehenden interessanten Bericht über die 47. Bundestagung des Stenographen-Bundes Sachsen-Anhalt in Stendal, aus dem folgendes hervorzuheben ist: Dr. Pröneke-Magdeburg teilte mit, daß sich im letzten Jahre der Bund um 2 Vereine vergrößert hat, so daß ihm jetzt 118 Vereine mit insgesamt rund 8000 Mitgliedern angehören, nach Anschluß der 154 Schülervereine zählt er 9000 Mitglieder. Unterrichtet wurden im vergangenen Jahre im ganzen 12000 Personen. Ein Vertreter des Stenographenvereins Nordhausen weist besonders darauf hin, daß Lehrer mit der Kenntnis der Stenographie und des Schreibmaschinenschreibens der 8. Besoldungsklasse angehören, also eine Stufe höher stehen als die Volksschullehrer. Weiter ist bemerkenswert, daß der hiesige Verein mit seinen 297 Mitgliedern der viertgrößte des Bundes ist. Am Wettschreiben des Bundes beteiligten sich 700 Stenographen, als Höchstgeschwindigkeit erreichte Ernst Ruhe-Magdeburg 420 Silben, beim Wettlesen wurde eine Silbenzahl von über 600 in der Minute erreicht. Die nächste Bundestagung wird in Wernigerode stattfinden. Zu der Bezirksvertretersitzung in Weißenfels am nächsten Sonntag entsendet der hiesige Verein 3 Vertreter. Der Vorsitzende verteilte sodann die Preise für das letzte Korrekt- und Wettschreiben sowie für das Wettlesen in Gestalt von stenographischen Unterhaltungsbüchern. Desgleichen gelangen eine Anzahl von Auszeichnungskarten für abgegebene preiswürdige Monatsarbeiten zur Verteilung. Der Stenographie-Anfänger-Lehrgang am hiesigen Lehrerseminar mit 16 Teilnehmern ist am 27. September abgeschlossen worden. Von der Versammlung wurde einstimmig beschlossen, der Oppau-Spende einen Betrag von 50 ℳ zu überweisen. Darauf erfolgte Schluß der Versammlung gegen [illegible] W.

** **In den Kammerlichtspielen** läuft seit gestern der 2. Teil der Nobody-Serie. Nach der gewaltigen Reklame, die diesem Film vorausging, waren die Erwartungen äußerst hoch gespannt. Kein Wunder also, wenn man von dem „größten bisher gezeigten Filmwerk" etwas enttäuscht ist. Es scheint überhaupt, als ob wir in der Filmschöpfung jetzt auf einem toten Punkt angelangt sind. Man hat das Gefühl, daß wirkliche neue Gedanken immer seltener in den Filmwerken zu finden sind. Daß trotzdem die Filme ihre Zugkraft bewahren, liegt nur an der immer mehr verfeinerten Kunst der Darsteller. Das beweisen auch die zwei anderen Filme, die diese Woche auf dem Programm stehen: „Moriturius" und „Der Schrecken im Hause Ardon". — Der Besuch des Theaters war äußerst schwach.

*

Verein der Ostmärker.

In der am 10. Oktober abgehaltenen Monatsversammlung teilte der Vorsitzende mit, daß der Deutsche Ostbund eine Abteilung für Grundstücksvermittelung eingerichtet habe, um zu verhindern, daß ostmärkische Abwanderer Agenten in die Hände fallen, die zum Teil nur sich Provisionen zahlen lassen, ohne etwas dafür zu leisten. Die Vermittelungsstelle des Ostbundes befindet sich Berlin SW. 68, Zimmerstraße 87, und vermittelt im Interesse ostmärkischer Flüchtlinge den Verkauf von landwirtschaftlichen Grundstücken, Häusern und Geschäften für Verkäufer provisions- und kostenfrei.

Weiter wurde mitgeteilt, daß sich in Frankfurt a. O., Berliner Straße 12—14, eine Ostmärkische Spar- und Darlehnskasse gegründet habe, die ostmärkischen Abwanderer zu mäßigen Bedingungen Gelder darleihe.

Alsdann teilte der Vorsitzende mit, daß ein Deutscher Vermittelungsdienst für Privatversicherungen in Magdeburg mit dem Ostbund in Verbindung getreten sei und Mitgliedern des Ostbundes und seiner Ortsgruppen in allen Versicherungszweigen günstige Bedingungen gebe und Auskünfte hierin kostenlos erteile.

Aus der Zeitschrift „Ostland" wurden einige Ostmärker berührende Mitteilungen verlesen, insbesondere daß nach den Ansichten des polnischen „Wojwoden Celichowski" die Stadt Bromberg noch nicht genügende Fortschritte in der Polonisierung gemacht habe.

Im Interesse der ärmeren Mitglieder des Vereins wurde der Vorsitzende ersucht, vorstellig zu werden, daß auch diesen Vereinsmitgliedern Kartoffeln zu dem vom Landbunde bekanntgegebenen billigeren Preisen zur Verfügung gestellt werden. Es wurde darüber Klage geführt, daß es nicht nur nicht möglich sei, Kartoffeln zu diesen billigeren Preisen von der Landbevölkerung zu erhalten, sondern nicht einmal zu den augenblicklich auf dem Markte geltenden.

Der Vorsitzende wies daraufhin, daß das Verdrängtschadengesetz zwar angenommen und veröffentlicht sei, daß aber die Ausführungsbestimmungen und die sog. Richtlinien noch nicht herausgegeben seien und daß infolgedessen Schadensanträge, die sich nicht auf Sachschäden beziehen, zurzeit noch nicht weitergegeben werden können. Weitergegeben können zurzeit nur werden, Sachschädenanträge, die nach wie vor den sog. Feststellungsausschüssen erledigt werden. Der Vorsitzende bat darum, daß diejenigen, die Sachschädenanträge weitergereicht wünschen, ihm dies alsbald mitteilen möchten.

Der Vorsitzende wurde ermächtigt, an der im November in Aussicht genommenen Reichstagung des Deutschen Ostbundes und seiner Ortsgruppen als Vertreter der hiesigen Ortsgruppe teilzunehmen.

Zum Schluß wurde beschlossen, im Januar 1922 eine einfache Feier im internen Kreise zur Erinnerung an die vorjährige Gründung abzuhalten. Mit der Ausgestaltung wurde ein Ausschuß betraut. Näheres darüber wird allen Mitgliedern später bekannt gegeben werden.

*

Beamtenhochschulkurse (B. H. K.) des Ortskartells Merseburg (Deutscher Beamtenbund).

Bei genügender Beteiligung beginnen Ende d. Mts. in der Aula des Lyzeums (3. Stock links, Eingang Schulstraße) die B. H. K. Oktober/Dezember. Es werden folgende Vorlesungen gehalten:

1. Gerhart Hauptmann und der Naturalismus. Vortragender: Dr. Edgar Groß, Oberspielleiter am Stadttheater zu Halle. Jeden Montag. Beginn: 31. Oktober. (8 Stunden.)
2. Das neue Verfassungsrecht im Reich und Preußen unter besonderer Berücksichtigung beamtenrechtlicher Fragen. Vortragender: Geheimer Reg.-Rat Schwanert-Merseburg. Jeden Dienstag. Beginn: 1. November. (10 Std.)
3. Wirtschafts- und Staatsideale in Vergangenheit und Gegenwart. Dozent: Universitätsprofessor Dr. Joerges-Halle. Jeden Donnerstag. Beginn: 3. November. (10 Stunden.)
4. Der Mensch ein Zellenstaat. Entwickelungstheorie nach Darwin; Entwickelung des Menschen, die verschiedenen Zellen des menschlichen Körpers; die Gefahren, die das Leben dem Zellbestande bringt; die wichtigsten Erkrankungen mit Berücksichtigung der einzelnen Berufe; die Möglichkeit, den Gefahren zu begegnen. In gemeinverständlicher Form in Verknüpfung mit philosophischen Betrachtungen des gesamten Stoffes. Vortragender: Kreisarzt Dr. Kühnlein-Merseburg. Jeden Freitag. Beginn: 4. November. (10 Stunden.)

*

Deutsche demokratische Partei.

Mitgliederversammlung. Der Ortsverein Merseburg hält am Mittwoch den 19. Otober, abends 8 Uhr, im Saale der „Grünen Linde" hier eine Mitgliederversammlung ab. Nach der Delegiertenwahl für den Bezirkstag in Halle am 22. und 23. Oktober werden die Mitglieder Gelegenheit haben, den bekannten Lichtbildervortrag von Dr. S. Berger-Merseburg „Die Reichsverfassung" zu hören, den der Vortragende bereits in einer großen Anzahl Städte gehalten hat. Zum Schluß kommt dann noch Verschiedenes zur Besprechung. Es darf die Erwartung ausgesprochen werden, daß die Mitglieder gemäß ihrer Pflicht zahlreichst zu der Versammlung erscheinen. Angebracht ist es auch, daß sie zu dem äußerst wichtigen und sehr interessanten Vortragsabend ihre Angehörigen und Parteifreunde mitbringen. Der Mitgliederversammlung geht im gleichen Lokale um 6½ Uhr eine Sitzung des erweiterten Vorstandes voraus.

*

Wetterwarte.

V. W. am 13. Oktober (Donnerstag): Trübe, neblig, kühler, etwas Regen. Später zeitweise etwas aufheiternd. — Am 14. Oktober (Freitag): Teils heiter, teils nebliger, nachts etwas kälteres Wetter, ohne nennenswerte Niederschläge.

Selbstmord aus Liebeskummer.

Corbetha b. Schkopau, 12. Okt. Am Montag morgen gegen 4 Uhr wurde bei Neukirchen ein junger Mann in schwerverletztem Zustande aufgefunden, der nachmitags 6 Uhr starb. Es handelte sich um den Gastwirtssohn Otto Lindner aus Rockendorf, der sich aus Liebeskummer in der Nähe seiner Braut mit seinem Revolver einen tödlichen Schuß beigebracht hatte. Neben ihm lag ein Brief und seine Mütze darauf, in der Hand hielt er noch den Revolver. Sein Rad fand man später im Gebüsch im sogenannten Kälbergarten.

§ **Schkeuditz**, 12. Okt. Der Streik der Zurichter ist beendet. Die Arbeit in den Kürschnereien wurde am Montag früh wieder aufgenommen.

§ **Schkeuditz**, 12. Okt. Die hiesige Zweigstelle der Allgemeinen Deutschen Kredit-Anstalt Leipzig eröffnete für die Opfer von Oppau eine Annahmestelle freiwilliger Spenden. Als bisheriges Ergebnis der Sammlung konnten 768,35 ℳ an die Hauptsammelstelle abgeführt werden.

§ **Wehlitz**, 12. Okt. In der hiesigen Papier- und Pappenfabrik geriet gestern nachmittag die Arbeiterin Emma Schatz in die Papier-Rollmaschine. Ihr wurde der linke Oberarm gebrochen und die Hand gequetscht. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde die Verunglückte der Klinik in Halle zugeführt.

§ **Papitz**, 12. Okt. Am Montag abend zwischen 7 und 8 Uhr ist ein Radfahrer aus Papitz, welcher von Gröbers kam, am Roßberg von zwei Wegelagerern angefallen worden. Sie holten den Radfahrer vom Rade herunter. Der Überfallene, eine kräftige Statur, kam mit den Banditen in eine Rauferei, in deren Verlauf er sich losreißen, aufs Rad schwingen und davonfahren konnte. Bekanntlich ist vor Jahresfrist fast an derselben Stelle der Karussellbesitzer Hütel ermordet worden.

g. **Lochau**, 12. Okt. In vergangener Woche wurde der zum hiesigen Rittergute gehörige Teich, welcher zwischen unserem Orte und Wesenitz gelegen ist, ausgefischt. Nach den in demselben untergebrachten Sätzen war der Fang nur ein mäßiger an Karpfen und Schleien. Merkwürdigerweise kamen aber auch einige Aale zum Vorschein, welche als fingerlange Brut 1902 in den Teich gesetzt waren. Die Aale hatten sich aber außerordentlich günstig entwickelt, indem Exemplare von drei, vier, sogar sechs Pfund gewogen wurden, ein Beweis, daß auch Aale in Teichen gut gedeihen.

Mücheln und Umgegend.

‡ **Mücheln**, 11. Okt. Privat-Realschule Mücheln i. E. Nachdem sich der geschäftsführende Ausschuß für den Bauplan entschlossen hat, der den Bau der neuen Schule so vorsieht, daß Ostern 1922 zunächst 4 Klassen nebst 4 Lehrer- und Sammlungszimmern, Hausmeisterwohnung im Erdgeschoß und Nebenanlagen eingerichtet und ausgestattet werden, werden voraussichtlich bereits nächste Woche die Ausschachtungsarbeiten auf dem Grundstück beginnen, das die Stadt Mücheln in anerkennenswerter Weise der neuen Realschule kostenlos zur Verfügung gestellt hat. Der Platz vereinigt 2 Vorteile: er liegt 100 Meter aufwärts der sogenannten Polenkaserne abseits von dem Kohlenstaub der Gruben und nur 2 Minuten von der Haltestelle der Elektrischen entfernt. Ostern 1922 wird die 4. Realklasse aufgesetzt. Die Anlage des Obergeschosses ermöglicht es, mit geringen Kosten durch Innenausbau desselben 2 weitere Klassen und 2 Nebenzimmer zu gewinnen; auch sieht der Plan den späteren Anbau eines Seitenflügels für 2 noch fehlende Zimmer vor. Der Antrag auf Angliederung der Schule an eine höhere öffentliche Schule der Umgegend liegt dem Provinzialschulkollegium Magdeburg bereits vor und ist in Bälde zu erwarten, daß der Studiendirektor derselben mit der wissenschaftlichen Aufsicht betraut wird. Hierdurch wird erreicht, daß abgehende Schüler auf den öffentlichen höheren Schulen keine Aufnahmeprüfung zu machen brauchen, die Zeugnisse also den Wert der von öffentlichen Schulen ausgestellten ziemlich erreichen. Durch Gymnasial-Parallelkurse und gemeinschaftliche Erziehung wird es den Eltern ermöglicht, ihre Kinder, die Lyzeum oder Gymnasium bezw. Studienanstalt auswärts besuchen müßten, in ihrer Nähe zu behalten und ihnen so einen anstrengenden und auch kostspieligen Schulweg oder sich selbst die teuere Pension zu ersparen. W.

‡ **Freyburg a. U.**, 11. Okt. Das hiesige Lokalblatt enthielt kürzlich folgende Anzeige: Um nach meinen bescheidenen Kräften ein wenig beizutragen, die Lage des Mittelstandes zu erleichtern, will ich 100 Zentner Speisekartoffeln zum Preise von 2 ℳ in Posten von je 5 Zenter an hiesige Einwohner mit einem Jahreseinkommen unter 4000 ℳ verkaufen. Werte Adressen erbitte ich unter Zusicherung von Verschwiegenheit mit der Aufschrift „Mittelstand", postlagernd Postamt, Freyburg a. U.

‡ **Niedereichstädt.** Bei der am Freitag von der hiesigen Jagdgesellschaft veranstalteten Treibjagd wurden 390 Hasen und 40 Rebhühner zur Strecke gebracht.

‡ **Querfurt**, 12. Okt. Für den von hier verzogenen Stadtverordneten Schalk tritt der Rottenführer Albin Schimpf in die Stadtverordnetenversammlung als Mitglied ein.

‡ **Querfurt**, 12. Okt. Ein eigenartiges Schauspiel bot sich gestern im Sperlingsweg. Der Familie C. war eine Wohnung im N.schen Hause Nr. 11 zugewiesen. Der Möbelwagen erschien früh vor der neuen Wohnung, die verschlossen war; der Hausbesitzer weigerte sich, der Familie C. die Wohnung zu übergeben. Das Dazwischentreten eines Polizeiwachtmeisters hatte keinen Erfolg und nun rückte am nachmittag die Schupo an in Begleitung eines Schlossers, der die Wohnung gewaltsam öffnete. Unter dem Schutz der Schupo konnte nun endlich der Einzug beginnen. — Gestern mittag explodierte aus bisher unaufgeklärte Ursache eine auf dem Fabrikhofe in der Nähe des Fabrikgebäudes der Vereinigten Zuckerfabrik lagernde eiserne Flasche mit schwefliger Säure, die zum Reinigen der Zuckersäfte Verwendung finden sollte. Durch das Einatmen der schnell ausströmenden Schwefeldämpfe ist leider die Arbeiterin B., die sich in der Nähe befand, trotz sofortiger ärztlicher Hilfe ums Leben gekommen.

‡ **Bottendorf**, 12. Okt. Am letzten Sonntag fand hier die Enthüllung des zu Ehren der im Weltkrieg gefallenen Helden errichteten Denkmals statt.

‡ **Schönewerda**, 12. Okt. Keine Gemeindesteuern zu zahlen, kann sich unser Ort glücklich preisen. Infolge der hohen Einnahmen an Acker-, Wiesen- und Obstpächten ist es der Gemeinde möglich, keine Gemeindesteuern zu erheben.

Gerichtsverhandlungen.

Verurteilte anarchistische Brandstifter.

Frankfurt a. M., 12. Okt. Das Schwurgericht verurteilte von den sechs der Brandlegung am Kulissenhaus der Oper am 28. März angeklagten Mitgliedern der anarchistischen Vereinigung wegen vorsätzlicher Brandstiftung den Schreiner Karl Werner, den Fahrburschen Franz Estenfelder und den Gärtner Adam Mehr zu je anderthalb Jahren Gefängnis und wegen Beihilfe den Eisenbahnunterassistenten Franz Levejohann zu einem Jahr, den Zimmermann Georg Weber und den Arbeiter Joseph Bönner zu je acht Monaten Gefängnis. Der Angeklagte Mehr, der erblindet ist, wurde bedingt begnadigt und der Haftbefehl gegen Weber und Bönner wurde aufgehoben.

Verworfene Revision von Sklarz.

Leipzig, 12. Okt. Das Reichsgericht verwarf gestern die Revision von Heinrich Sklarz, der vom Berliner Landgericht wegen Beamtennötigung verurteilt war.

Vermischte Nachrichten.

Meuterei auf einem deutschen Dampfer.

München, 12. Okt. Auf dem Durchtransport nach Hamburg zwecks Ablieferung an das Hamburger Seemannsgericht trafen hier 22 Matrosen eines deutschen Dampfers unter Bedeckung ein, die auf hoher See unter Drohung an den Kapitän Lohnforderungen gestellt hatten, worauf der Kapitän sie in Triest der Polizei übergeben hatte.

Ein wilder Streik bei der Dortmunder Union.

Der „D. A." meldet aus Essen: Auf der Dortmunder Union trat gestern ein Teil des Hochofen- und Thomasstahlwerkes wegen Lohndifferenzen in einen wilden Streik. Da durch den Ausstand auch die Stromerzeugung unterbunden war, mußte das ganze Werk stillgelegt werden.

27 Gehöfte durch Feuer vernichtet.

Wie der „L.-A." aus München berichtet, legte in Wettringen bei Hofheim (Bayern) ein Großfeuer ein ganzes Dorfviertel in Asche. 27 Gehöfte wurden völlig vernichtet.

* **Der Schwanenschuh.** Eine neue Schuhform, die gegenwärtig in London Aufsehen erregt, ist der „Schwanenschuh". Es sind Niederschuhe, die zur großen Toilette getragen werden und über und über mit Schwanenfedern besetzt sind. Eine Rosette bildet den Mittelpunkt, von dem aus die Pracht der weißen Federn sich über den Schuh breitet.

* **12000 Opfer des Autos in einem Jahre in den Vereinigten Staaten.** Die Unfall-Statistik der Vereinigten Staaten hat festgestellt, daß im Jahre 1920 in den Vereinigten Staaten 12000 Personen durch fahrende Automobile getötet und 1500000 Personen verletzt worden sind. Der von Autos angerichtete Sachschaden belief sich 1920 auf 1 Million Dollars und die Versicherungsgesellschaften hatten 4500000 Dollars auszuzahlen.

* **Das Grab des Apostels Johannes.** Bei Ausgrabungen in Ephesus wurden bedeutende Teile der Kirche des Evangelisten Sankt Johannes freigelegt, besonders die Krypta, die als Grab dieses Apostels betrachtet wird.

* **Das heiratsunlustige Frankreich.** Ein Entwurf zu einem Heiratszwangsgesetz, das zur Hebung der Bevölkerungsziffer dienen soll, ist dem französischen Senat eingereicht worden. Das Gesetz, wenn es angenommen wird, würde sehr einschneidend wirken und sogar das Erbrecht beeinflussen. Der Staat darf danach künftig nur noch verheiratete Beamte beschäftigen; wer eine Staatsstellung anstrebt, muß sich verpflichten, bis zum 25. Lebensjahr zu heiraten. Beamte, die drei oder mehr Kinder haben, werden bei der Beförderung bevorzugt, erhalten höhere Gehälter und Pensionen. Unverheiratete müssen ferner doppelt solange Heeresdienst leisten als Verheiratete, und wer bis zum 45. Lebensjahre noch keine Lebensgefährtin hat, bleibt dienstpflichtig bis ins Greisenalter hinein. Schon früher wurde einmal ein ähnlicher Entwurf eingereicht, vom Senat auch angenommen, schließlich aber doch nicht durchgeführt.

Steckenpferd-Seife
die beste Lilienmilchseife für zarte weiße Haut

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Rößner; für Provinz, Lokales usw. Philipp Schmitt
für Anzeigen- und Reklameteil Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Ahmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Straße 38.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211012-12/fragment/page=0003

Alle Kriegerhinterbliebenen

des Landkreises Merseburg, für die noch kein Fragebogen zur Umanerkennung ihrer Rente ausgefüllt worden ist, werden hiermit aufgefordert, sich unverzüglich an den zuständigen Unterausschuß oder Fürsorger oder direkt an das Kriegsfürsorgeamt des Kreises Merseburg, Abt. 2 Kriegerhinterbliebenenfürsorge, Merseburg, zu wenden, um die Umanerkennung ihrer Rente durchzuführen.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
gez. Guske.

CASINO. Freitag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr
die berühmten Vereinigten
Leipziger Sänger.

Dramatischer Verein Euterpe.
Etablissement „Strandschlösschen".

Sonnabend, den 15. Oktober, abends 8 Uhr,

19. Stiftungsfest
bestehend in **Konzert und Theater.**

Zur Aufführung gelangt:
„Der liebe Onkel".
Schwank in 4 Aufzügen.

Kassenöffnung 7 Uhr. — Anfang 8 Uhr.

Sonntag, den 16. Oktober, von nachm. 3 Uhr an
Grosser Ball
bei vollbesetztem Orchester.

Blumenverlosung. — Blumenpolonaise.

Gäste sind herzlichst willkommen.
Einladungskarten werden nicht ausgegeben.
Der Vorstand.

Pachtverträge

nach den neuesten gesetzlichen Vorschriften hält vorrätig

Th. Röpner, Buchdruckerei,
Kleine Ritterstraße 3.

Nur 1 Tag!
Achtung Hausfrauen
Der Leipziger Lumpen-Mann ist wieder da.

Kaufe morgen, Donnerstag, d. 13. Okt., v. früh 9—4 Uhr im Gasthof Goldener Stern, Neumarkt:
Lumpen / Knochen / Zeitungen
Bücher / / Moschpapier
sowie sämtliche Metalle
zu den allerhöchsten Tagespreisen ein.

Giese & Weiß, Leipzig.

Kleine Anzeigen finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

Schürzen

Hausschürzen
Kleiderschürzen
Wirtschaftsschürzen
Trägerschürzen
Tändelschürzen
Zierschürzen

in weiß — bunt — schwarz — und beste Stoffe und gute Verarbeitung — — sehr preiswert

Mädchen-Schul-Schürzen
in bunt — schwarz — weiß — reizende Neuheiten

Knaben-Spiel-Schürzen
— — — in reichhaltiger Auswahl — — —

Markt 19. Mitgl. Rab.-Spar-Verein
G. Hoffmann
Gegr. 1846 Telephon 464
Inh. Bernh. Taitza

„Meine Frau war über 20 Jahre mit einer häßlichen **Flechte** behaftet. Kein gesundes Fleckchen hatte sie auf dem Leibe. Durch Tucker's Patent-Medizinal-Seife wurden die Flechten in 8 Wochen beseitigt. Diese Seife ist Tausende wert. E. W."
Dazu Tucker's Creme (nicht fettend und festhaftig). In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.

Pianos
gediegen u. preiswert bei bequemer Zahlweise.
Erstklassige Ausführ.
Sicherste Garantie.
Albert Hoffmann
Halle a. S.,
am Riebeckplatz.

Kurt Karius
Gummi- u. Metallstempel
Merseburg
Gröbnerstraße 6, Fernruf 620

Geldschränke, Kassetten, Mauerschränke sof. lieferb. Preisl. umsonst. H. & F. **Steinbach, Mühlhausen 178 Th.**

Epilepsie- (Fallsucht, Krämpfe) **Leidende,** auch solche die alles umsonst angewandt, verlangen kostenlos belehrende Broschüre.
Adler-Apotheke
Sommerfeld 154 N/L.

Bettnässen
Befreiung sof. Alter u. Geschl. angeb. Ausk. umsonst. Vers. sanit. Artikel. Gg. Engelbrecht, München, S 324 Kapuzinerstr. 9

Ata

Henkel's Scheuerpulver
putzt reinigt Alles!

Ata eignet sich für alle Küchengeräte besonders auch für Öfen, Badewannen, Klosetts, Marmor, Steinböden.
Hersteller: Henkel & Cie. Düsseldorf.

Rheingold

Tel. 202. Inh. Hugo Richter. Tel. 202.
Im Café sowie Diele täglich
KONZERT
Im Speiserestaurant gute Speisen und Getränke.
— — Vereinszimmer noch frei. — —

Vortrag

im kleinen Saal des „Casino",
Donnerstag, den 13. Okt., abends 8 Uhr:
Muß es ein Weltgericht geben?
Eintritt frei! — Ref. Kapitz-Halle.

Künstlerspiele

Heinrichshof — Weißenfels
Der Treffpunkt.
Bis 15. Oktober 8½ Uhr täglich abends
Gastspiel Maria Carla
der italienischen Kunsttänzerin.
Im weiteren: **Ada Fürstenberg,** mod. Sprecherin; **Dr. Hans Schlicher,** Chansonier; **Alfred Margraf,** Komiker; **„Osi",** der Originelle; **Oscar Strauch,** Kunstmalakt.
— —
Während der Pausen und nach der Vorstellung trifft man sich in der
I. Etage. **Römer-Diele.** I. Etage.
Täglich von 4 Uhr ab **Stimmungsmusik.**
Jeden 1. u. 16. ds. Mts. neue Künstler und neue Vorträge.

Landwirtschaftlicher Kreisverein Merseburg. Bauern-Verein Merseburg und Umgegend.

Sonnabend, den 15. Oktober, 9 Uhr vorm. im „Tivoli" hält Herr Zuchtdirektor Freyschmidt-Berne (Oldenburg) Geschäftsführer der Herdbuchgesellschaft für das Oldenburger Weservarschvieh einen

Vortrag

über: **den Wiederaufbau der Rindviehzucht unter besonderer Berücksichtigung der Jungviehaufzucht.**
Sämtliche Landwirte, auch Nichtmitglieder, werden hierzu erg. eingeladen. **Die Vorstände.**

Pfaff-Nähmaschine

mustergültiges Deutsches Fabrikat v. hoher Vollendg.
Vor- und rückwärts nähend
Sticken — Stopfen.
Beste Nähmaschine für Haushalt und Gewerbe.
Erleichterte Zahlungsbedingungen.
Gustav Engel Söhne Tel. 203

Achtung! Achtung!
Brunnenarbeiten all. Art, Tiefer bohren derselb., Liefern aller Pumpen und Reparaturen
führt billig aus
Hermann Herbst, Brunnenbauer.
Bestellungen im Gasthof zur „Linde", Merseburg, beim Ober. Telephon 80.

Suchen Sie Landkundschaft?

so inserieren Sie in dem in diesen Ortschaften durch eigenen Botendienst verbreiteten „Merseburger Korrespondent"!

Atzendorf	Crumpa	Göhlitzsch	Kämeritz	Kriegsdorf	Möritzsch	Ober-Beuna	Rockendorf	Tragarth
Baldiz	Cracau	Göhren b. Iffzschen	Keulschberg	Kriegstedt	Mücheln	Ober-Kriegstedt	Rössen-Dorf	Unter-Kriegstedt
Bedra	Daspig	Golau	Kirch-Fährendorf	Lanchstedt	Naundorf	Oetkendorf	Runstädt	
Benkendorf	Dehlitz a. Berge	Gräfendorf b. Neumark	Klein-Göhren	Lennewitz	Netzschkau	Ostrau	Schadendorf	Wallendorf
Beundorf	Dölkau	Groß-Göhren	Klein-Görschen	Leuna-Dorf	Neu-Biendorf	Ober-Globlau	Schafstädt	Wegnitz
Beuchlitz	Dürrenberg	Groß-Görschen	Klein-Gräfendorf	Leuna-Werk	Neukirchen	Pürsten	Schkopau	Wernsdorf
Bischdorf	Eisdorf	Groß-Gräfendorf	Klein-Kayna	Lippitz	Neumark-Land	Preßsch	Schladebach	Zscherneddel
Blösien	Eptingen	Groß-Kayna	Klein-Lauchstedt	Löffen	Neumark-Kolonie	Porbitz-Poppitz	Schotterey	Zöllschen
Bothfeld	Fährendorf	Groß-Ostrau	Knapendorf	Lützen	Neumark-Dorf		Schorteau	Zöbigker
Bündorf	Frankleben	Günthersdorf	Kölzen	Lützkendorf	Neu-Rössen	Rahna	Schmeßwitz	Zscherben
Burgstaden	Gasmerk-Baracke	Hohenweiden	Körbisdorf		Nied.-Beuna (Dorf)	Raschwitz	Starsiedel	Zizau
Caja	Geiselröhlitz	Holleben	Kötschau	Menschau	N.-Beuna (Kolonie)	Rattmannsdorf	Söllen	Zweimen
Corbetha (Sand)	Geusa	Horburg	Kötschen	Michlitz	Nieder-Kriegstedt	Reipisch	Spergau	Zschöchergen
Cröllwitz			Kötschlitz	Milzau	Nieder-Globlau	Rippach	Stößen	Zützschdorf
				Möckerling		Röcken		

Außerdem in vielen hunderten Orten durch die Postbriefträger.

Daher das beste Werbemittel des Kaufmanns.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211012-12/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent“.

Nr. 239. | Mittwoch den 12. Oktober 1921. | 48. Jahrg.

Das Siedlungswesen.

II. Volkswirtschaftliche Bedeutung der Siedlung.

Von Generalsekretär Richard Bax-Berlin.

Die Ansiedlung von Bauern liegt im allgemeinen Staatsinteresse. Die bäuerlichen Betriebe tragen fast immer den Charakter der Familienwirtschaft. In ihnen stehen ungefähr 70 Prozent der Arbeitskräfte im engen Zusammenhang mit der Familie, bei den Großbetrieben nur 3 Prozent, so daß hier 97 Prozent auf fremde Arbeitskräfte entfallen. Darin liegt eine nationale Gefahr, weil die Arbeiter bei einem Zerwürfnis durch einen plötzlichen Streik die Ernte auf dem Felde verderben lassen können. Dann wird nicht nur der betreffende Besitzer geschädigt, sondern die Allgemeinheit, die auf die Feldfrüchte angewiesen ist. Wir wollen nicht hoffen, daß es so weit kommt, aber die Möglichkeit ist doch heute, wo auch die Landarbeiter das Vereins- und Versammlungsrecht besitzen, zweifellos vorhanden. So gewährt auf dem Gebiete der Feldfrüchte der mit seinen Familienkräften wirtschaftende Bauer dem Staate eine viel größere nationale Sicherheit als der von fremden Arbeitern abhängige Großgrundbesitzer.

Der Fluch, der auf dem Kinderreichtum ruht, wird restlos beseitigt. Je mehr Kinder in der Familie vorhanden sind, desto weniger ist der kleine Bauer auf fremde Hilfe angewiesen. Trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit in den Industriegebieten und großen Städten ist es heute nicht immer möglich, genügende Arbeitskräfte für den Großgrundbesitz herbeizuschaffen. Wir können nicht mit einem Schlage Arbeiter, die seit Generationen in der Großstadt beschäftigt gewesen sind, ohne weiteres auf das Land verpflanzen; wohl aber können wir Arbeiter, die erst seit kürzerer Zeit infolge der besseren Verdienstmöglichkeit nach der Stadt abgewandert sind, die sozusagen noch Landblut in den Adern haben, zur Landbeschäftigung wieder zurückzuführen, besonders wenn es Söhne oder Töchter von kleinen Stellenbesitzern sind. Sie werden durch die Vergrößerung der väterlichen Scholle der Landwirtschaft wieder zugeführt werden können und dann später, wenn auf dem Baumarkt wieder gesunde Zustände eingekehrt sind, die gegebenen Neusiedler sein und dazu helfen, daß in unseren Grenzprovinzen möglichst wenig oder besser gar keine fremden Elemente eindringen.

Die großen Güter, besonders im Osten unseres Vaterlandes, waren in den letzten Jahren vor dem Kriege nicht mehr Wohnstätten deutscher Bevölkerung. Mit Ausnahme des Besitzers, einiger Beamten und Tagelöhner wurden sie von polnischen und galizischen Arbeitskräften bewohnt und durch sie nach und nach dem Deutschtum entzogen. Die geplanten Siedlungen werden den besten Schutzwall des Deutschtums bilden. Dadurch werden wir auch anregend auf unsere Volksgenossen in den abgetretenen Gebieten wirken, ihr Deutschtum stärken und ihnen helfen, die Trennung leichter zu ertragen. Nur durch die Schaffung eines starken deutschen Volkstums im Mutterlande wächst und beruht letzten Endes die Anwartschaft auf eine Wiedervereinigung mit uns. Nur auf der Grundlage eines möglichst zahlreichen freien Bauernstandes, der — kerndeutsch in seinem Innern — im ausgesprochenen Deutschtum seine festen Wurzeln hat, wird die deutsche Volkssaat der Zukunft entstehen.

Der bäuerliche Klein- und Mittelbetrieb ist verhältnismäßig leistungsfähiger als der landwirtschaftliche Großbetrieb. Dieser kann bei der Entwicklung der politischen und sozialen Verhältnisse in Polen und Galizien in langen Jahren nicht die Massen von Wanderarbeitern wieder bekommen, die er zu einer guten Bewirtschaftung braucht. Trotz aller Arbeitslosigkeit findet er keinen Ersatz in der heimischen Bevölkerung, die zudem heute ganz andere Ansprüche stellt. Er kann gar nicht mehr so gründlich wirtschaften wie vor dem Kriege. Damit gehen aber die Erträge zurück. Der bäuerliche Kleinbetrieb dagegen verwendet ganz vorwiegend die eigene wie die Arbeitskraft der Familienmitglieder. Der Knecht und die Magd ißt mit am selben Tisch und beansprucht daher auch keine kürzere Arbeitszeit als der Bauer selbst. Hier wird also ganz anders gearbeitet und daher verhältnismäßig mehr aus dem Boden herausgeholt als beim Großbetrieb. Durch die Umwälzung des Krieges und der Revolution hat sich eben das ganze Verhältnis zugunsten der selbstarbeitenden Kleinbetriebe verschoben.

Besonders zeigt der bäuerliche Betrieb seine Überlegenheit auf dem Gebiete der Viehwirtschaft. Vor Jahren hat man in der Provinz Posen und in Westpreußen gesiedelt. Man wollte dort das Deutschtum heben. Zu diesem Zwecke kaufte die Ansiedlungskommission den polnischen Großgrundbesitzern Ländereien ab, machte Bauernstellen daraus und siedelte deutsche Landwirte an. Auf diesen Flächen hat sich in einem Jahre die Pferdehaltung gegen früher verdoppelt, die Rindviehhaltung verdreifacht, die Schweinehaltung sogar verzehnfacht. Gestiegen ist auch die Geflügelhaltung und der Obstbau. Nur die Schafzucht ist zurückgegangen, wie es in allen Gegenden vorkommt, wo die Landwirtschaft gründlich betrieben wird. Nach dem amtlichen statistischen Jahrbuch (von 1912, Seite 132) kommen auf 100 Hektar Anbaufläche (also nicht Gesamtfläche; Wälder und Ödland sind dabei schon abgezogen):

im Großgrundbesitz	9 Pferde,	33 Rinder,	14 Kühe,	19 Schweine
im Großbauernbesitz	13 Pferde,	53 Rinder,	22 Kühe,	40 Schweine
im Mittelbauernbesitz	15 Pferde,	69 Rinder,	36 Kühe,	70 Schweine
im Kleinbauernbesitz	9 Pferde,	90 Rinder,	58 Kühe,	115 Schweine

Diese amtlichen Zahlen überzeugen.

Die Großgrundbesitzer behaupten, der Getreideertrag sei bei ihnen erheblich größer als auf den Wirtschaften der Bauern (auf denselben Flächeninhalt berechnet). Dem muß entgegengehalten werden, daß — selbst wenn diese Behauptung zuträfe — der bäuerliche Betrieb unter allen Umständen die doppelte und dreifache Anzahl von Menschen auf derselben Fläche ernährt. Dieselbe Domäne, auf der mit Kindern höchstens 100 Menschen lebten, weist zwei Jahrzehnte nach der Aufteilung die zehn- bis zwölffache Bevölkerung auf. Nach Serings Ausführungen zum Siedlungsgesetz haben die Kreise kleinbäuerlicher Wirtschaften in fruchtbaren Gegenden durchschnitlich auf einem Quadratkilometer 90—100, großbäuerliche Kreise 40—80 und in unfruchtbaren Strichen 35—50 Einwohner. Dagegen bilden die östlichen Gutsbezirke durchweg Inseln geringer Bevölkerung. Die gutbesetzten haben im Kreisdurchschnitt 20—30, die schwach besiedelten 4—12 Einwohner auf das Quadratkilometer, nicht mehr als die nordamerikanische Prärie oder die sibirische Steppe. Die Menschenleere der großen Gutsbezirke liegt nicht bloß darin begründet, daß sie zum Teil große Forsten umfassen, die in den Landgemeinden fehlen, sondern vor allem in der geringen Ausstattung mit Arbeitskräften. Die Betriebe unter 20 Hektar beschäftigen und ernähren auf derselben Getreidefläche rund viermal soviel Arbeitskräfte als die über 20 Hektar. Noch günstiger wird das Verhätlnis für die Kleinbetriebe, wenn man ihnen die Güter über 100 Hektar gegenüberstellt.

Warum erfolgt denn die Einschätzung zur Vermögenssteuer pro Morgen um so höher, je kleiner der Betrieb ist? Wirtschaftet der „rückständige Bauer“ wirklich weniger pro Morgen heraus als der ihm „überlegene „Großbetrieb“, dann ist es der Gipfel des Unrechts, daß der Bauer trotz seiner „Unfähigkeit“ höhere Steuern zahlen muß. (Das mindeste wäre doch, daß eine Revision der Einschätzungen zu den Vermögenssteuern erfolgt, die den Boden gleicher Güte gleich hoch besteuert im Großbetrieb wie im Kleinbetrieb). Von rechtswegen müßte der Großgrundbesitz doch auf Grund seiner „behaupteten“ Überlegenheit zu den Steuern höher als der Bauer herangezogen werden. Das könnte leicht eine gestaffelte Grundsteuer bewirken. (Schluß folgt.)

*

Befriedigung des Landhungers.

Gotha, 12. Okt. Das in der Gemarkung Obermehler gelegene Gut Pöthen war an einen Herrn aus Langensalza verkauft worden. Die Siedlungskommission in Gotha hat jedoch 200 Morgen Land beschlagnahmt, um es den Ortsinteressenten käuflich zu überlassen. Es kommen größttenteils Leute in Frage, die noch kein Land besitzen. Ein anderer nach Menterode zu gelegener Plan soll unter Menterodaer Interessenten vertelit werden.

Die Lage im Reiche.

Die Wohnungsnot.

Berlin, 12. Okt. Nach einer amtlichen Feststellung muß jetzt die Zahl der Wohnungsuchenden auf weit über eine Million geschätzt werden, davon allein in Berlin mehr als 100000. Die Arbeitslosigkeit hat sich demgegenüber nur in sehr engen Grenzen gehalten. Während vor dem Kriege in Deutschland jährlich über 200 000 Wohnungen errichtet wurden, ist jetzt im Laufe von zwei Jahren nicht viel mehr als die gleiche Zahl fertiggestellt worden.

Zeitungsverbot in Bayern.

München, 12. Okt. Das Erscheinen der unabhängigen „Morgenpost“ ist vom 12. bis 25. Oktober wegen eines Artikels „Die Verschwörung gegen die Republik“ verboten worden.

Scharfe Untersuchung nach Waffen in Ostpreußen.

Königsberg, 12. Okt. Auf Grund einer heute in der „Königsberger Volkszeitung“ enthaltenen Anschuldigung, wonach trotz der Entwaffnung in Ostpreußen von seiten privater Organisationen Waffenlager unterhalten würden, ist eine scharfe Untersuchung eingeleitet worden.

Um die Schupo.

Obwohl die Interalliierte Überwachungskommission sozusagen nur noch eine Abwickelungsstelle ist, glaubt ihr Chef, der französische General Nollet dennoch ständig ihre Existenzberechtigung nachweisen zu müssen. So kommt es, daß er eine geradezu kaninchenhafte Fruchtbarkeit in Schupo-Noten entwickelt. Militärisch hat Deutschland alle Forderungen der Entente restlos erfüllt. Die Schutzpolizei ist uns ausdrücklich zugestanden worden. Die verlangte Ablieferung ihrer Geschütze, Maschinengewehre, Flammenwerfer und Flugzeuge ist längst erfolgt. Heute hat sogar nur ein Drittel der Schutzpolizei noch Gewehre. Die neueste Note des Generals Nollet verlangt nun eine Dezentralisierung der Schutzpolizei. In einer Unterredung mit einem französischen Pressevertreter weist der Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer darauf hin, daß die Entente wiederholt Forderungen an uns gestellt hat, die nur durch eine zentral geleitete Schutzpolizei erfüllt werden konnten. Der Oberste Rat verlangte von Deutschland, daß wir Schutzpolizei nach Oberschlesien entsenden. Dann sollte sie wieder abberufen werden. Beides ist doch nur möglich, wenn die Schutzpolizei der Landeszentralbehörde untersteht. Übrigens wäre es völlig ausgeschlossen gewesen, in Mitteldeutschland den kommunistischen Märzputsch, ohne eine zentral geleitete Schupo niederzuwerfen. Das Verlangen der Entente rührt also an Deutschlands Lebensfaden, und man muß endlich einmal verlangen, daß die verantwortlichen Ententeminister dem Notensport ihrer Militärs in der Interalliierten Überwachungskommission Einhalt gebieten. Schließlich geht doch die Aufstellung unerfüllbarer Forderungen auf Kosten des Ententeansehens.

Drohender Eisenbahnerstreik im Bezirk Halle.

Aus Halle wird uns berichtet:

Im Eisenbahndirektionsbezirk Halle ist eine Bewegung im Gange, die sich nicht um eine Lohnerhöhung, sondern um die Erhaltung des Achtstundentages dreht. Die Verhältnisse haben sich im Laufe der letzten Tage derart zugespitzt, daß täglich mit einem Streik der Eisenbahner gerechnet werden kann. Die Ursachen zu dieser Bewegung sind, daß die Eisenbahndirektion in Halle als erste beabsichtigt, die Arbeitszeit durch eine zweistündige Mittagspause zu unterbrechen. Auch die Rechte der Betriebsräte sollen nach Ansicht der Eisenbahner geschmälert werden. Wie der „Klassenkampf“ meldet, sind die Verhandlungen der Betriebsräte und Arbeiterorganisationen mit der Eisenbahndirektion gescheitert. Die Eisenbahner der Direktion Halle stellten an die Direktion ein

Ultimatum,

in dem sie verlangten, daß der Herrenstandpunkt aufgegeben werden solle, daß man den Achtstundentag respektiere und die Goslaer Richtlinien nicht anerkenne. Die Eisenbahndirektion hat auf dieses Ultimatum nicht geantwortet. Darauf fanden in Halle Versammlungen der Eisenbahner statt. Das Ergebnis war der Beschluß, im Direktionsbezirk Halle in den Streik zu treten. An der Bewegung sind beteiligt der Deutsche Eisenbahnerverband, der Allgemeine Eisenbahnerverband und die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner. Die Zentrale der Reichsgewerkschaft schloß sich der Bewegung nicht an. Am 8. und 9. Oktober fand, wie bereits gemeldet, im ganzen Direktionsbezirk Halle, sowie im Bereich der Ortsverwaltung Leipzig des Deutschen Eisenbahnerverbandes eine Urabstimmung über den Streik statt. **Im ganzen hat die Abstimmung in Halle eine überwiegende Mehrheit für den Streik ergeben. In den Eisenbahnwerkstätten Engelsdorf stimmten 1491 für und nur 40 gegen den Streik. In Falkenberg, Bezirk Halle, erklärten sich 41 Vertreter der Ortsgruppen mit ungefähr 13 000 Arbeitern für den Streik, und 10 Vertreter von 900 Stimmen nahmen eine abwartende Stellung ein.**

Der Berliner Kellnerstreik geht weiter.

Die Aussichten auf Beilegung des Streiks im Berliner Gastwirtsgewerbe sind immer noch sehr gering. Am Montag bezahlte die Streik-

Von der Ost-See-Küste.

I.

Das Spiel ist gemacht.

Keine Angst, es werden keine Geheimnisse der heimlichen Spielklubs von Warnemünde, Binz, Heringsdorf oder einer der sonstigen Berliner Kolonien ausgeplaudert. Warum solche Geheimnisse aufdecken, wir sind doch so fortgeschritten, daß wir auch in aller Öffentlichkeit spielen können, ohne etwa nach Monte Carlo fahren zu müssen. Man kann das jetzt viel bequemer alles haben. Gleich zwei Orte streiten sich heute um die Bezeichnung „das nordische Monte Carlo“, nämlich Zoppot und Memel, was brauchen wir da noch nach Monte Carlo!

„Roulette, Bakkarat, Poule Royale“ kündigt das Spielkasino in Memel-Sandkrug verheißungsvoll an. Es ist also alles da, um Geld verlieren zu können, denn schließlich will doch die Gesellschaft und schließlich will doch auch die Stadt Memel verdienen. Die Spielbankgesellschaft ist nämlich verpflichtet, die Hälfte ihrer Einnahmen an die Stadt abzuführen, das waren im Sommer, wie man erzählt, wöchentlich etwa 50 000 *M*, so daß bei gleichbleibenden Einnahmen der Memeler Stadtkasse ein Gewinn von etwa 2½ Millionen jährlich erwachsen würde. Das zeigt schon, daß der Betrieb noch „ausdehnungsfähig“ ist, und tatsächlich setzt man auch auf die Zukunft große Hoffnungen und macht große Pläne. Vorerst ist die Spielbank erst einmal in dem sehr netten Kurhaus von Sandkrug, Memel gegenüber gelegen, untergebracht, das man zu diesem Zweck einem Umbau unterzogen hat. Man spielt in einem großen Saal, dessen Eingang getreu bewacht wird, damit kein Unberufener dort etwa sein Geld verliere. Den Memelern selbst ist es nicht möglich, dort zu spielen, wenigstens nicht offiziell — es sei denn, sie versteuerten ein Jahreseinkommen von über 40 000 *M*. Man sieht, die Stadtväter Memels sind durchaus um das Heil der Stadt besorgt gewesen. In einem neben dem Spielsaal gelegenen Saal speist und trinkt man recht gut und man kann auch von hier aus, wenn in den späten Abendstunden eine hohe Direktion den geheimnisvollen Vorhang, der beide Säle voneinander trennt, zurückziehen läßt, einen Blick in die Spielhölle werfen. Aber es sieht wirklich gar nicht nach Hölle aus. Es macht alles einen sehr netten und einen sehr bürgerlichen Eindruck. Die Internationalität wird — die Herren der französischen Besatzungstruppen tauchen hier nur selten auf — dadurch gewahrt, daß hier und dort einmal englisch gesprochen wird. Bei genauer Prüfung stellt sich dann freilich heraus, daß es Memeler sind, die ihre Sprachkenntnisse hier verwerten. Dazwischen schlagen die harten Laute irgendeiner Randstaatensprache hier und da einmal an unser Ohr. Diese „Internationalität“ läßt es denn auch zweckmäßig erscheinen, von den französischen Fachausdrücken zu guten deutschen Worten überzugehen. „Es kann noch gesetzt werden!“ „Das Spiel ist gemacht!“ „Nichts geht mehr!“ Immer wieder tönt es uns von dem unermüdlichen Spielleiter entgegen, dazwischen schallt es einmal vom Bac-Tisch herüber: „Das Spiel geht um 1000 *M*!“ oder „Was hat die Bank?“ Die über dem Spiel in behaglichen Sesseln thronenden Spielleiter mahnen auch von Zeit zu Zeit einmal zur Ruhe, wenn die Zuschauer den Spielsaal mit einem Konversationssaal verwechseln. Bei den Spielern selbst ist eine solche Mahnung kaum nötig. Sie verlieren und gewinnen schweigend. Höchstens draußen vor dem Kasino, auf dem Heimweg, wenn die Geldtasche leer ist, sagt einmal in edler Selbsterkenntnis der eine oder der andere zu einem guten Freund: „Was war ich für ein Idiot, hätte ich doch .....“ Und dann rechnet er aus, was er mit dem Geld alles hätte tun können. Zu spät. Das Spiel ist gemacht. Nichts geht mehr.

Die Kugel rollt über das Roulette. „Das Spiel ist gemacht.“ Noch wird rasch ein Einsatz hingeschoben, bis das berühmte „Nichts geht mehr!“ ertönt. Eine Minute voll bänglicher Spannung, dann weiß man — es war wieder einmal nichts. Die kleine Harke rafft die Chips zusammen (Spielmarken zu 10, 20, 50, 100 *M*) und schiebt auch hier und da einem glücklichen Gewinner ein Häuflein Chips zu. Bei größeren Gewinnen reicht der Croupier dem glücklichen Gewinner gleich eine kleine Sparbüchse mit herüber. Mit einer eleganten Nachlässigkeit, die auch gelernt werden will, spendet der vom Glück Begünstigte 10 *M* oder auch mehr. Auf diese Art ist also der Croupier der einzige, der bei jedem Spiel gewinnt. „Es kann noch gesetzt werden!“ und wieder beginnt das Spiel. Mit anerkennenswerter Ausdauer setzt ein junger Mann immer wieder dieselbe Nummer. Er hat „sein System“. Die Geldtasche ist zwar bald leer, aber „das System ist gut“, es lag eben immer nur an einer Kleinigkeit. Gegen dieses System, Geld los zu werden, läßt sich nicht viel sagen. Nur nicht die Ruhe verlieren! Ist der eine blaue Lappen erledigt, kommt der andere heran. „Changeur“, und schon steht der Jüngling neben einem, um das Papiergeld in Chips umzutauschen. Und immer wieder rollt die Kugel, und immer wieder wandert das Geld. Gleichmütig wird verloren, gleichmütig wird gewonnen, ohne Aufregung, so leicht läßt sich der Menschenschlag hier oben nicht aus der Ruhe bringen. Nein, nach „Hölle“ sieht es wirklich nicht aus, ein paar passionierte Spieler, aber sonst alles bürgerlich, sehr bürgerlich. Gerüchte wollten wissen, die Gesellschaft habe sich auch so etwas wie „Halbwelt“ verschreiben lassen, aber wie gesagt, es sind nur Gerüchte.

Die Kugel rollt, das Geld wandert. Draußen glänzt der Mond, der Memeler Leuchtturm sendet seine Strahlen hinaus in die milde Sommernacht.

„Eine wunderweiche Sommernacht,
die von Liebe geigt,
und das Meer, das schweigt.“

Man hätte, man hätte, ja man hätte etwas anderes tun sollen, als sein Geld zu verspielen. Aber, na ... vorbei ... das Spiel ist gemacht, nichts geht mehr. A.

Berliner Brief.

Kellnerstreik. — Die gefährdeten Säuglinge. — Die Zeitungsfahrer.

Poetische Naturen bevorzugen das Bild „Auf leisen Sohlen wie der Lenz in der Nacht“ oder gar „Wie die Liebe in der Nacht“. Poetische Naturen sollen zu zeitgemäßeren Vergleichen übergehen und etwa sagen „Wie ein Streik über Nacht“. Streiks kommen nämlich immer über Nacht, es riecht zwar manchmal schon vorher etwas brenzlich; dann gibt es in einer Nacht große Versammlungen, die mit einem Streikbeschluß enden — solche Versammlungen enden immer mit einem Streikbeschluß — und am nächsten Morgen steht der ahnungslose friedliche Bürger vor der angenehmen Tatsache, daß wieder einmal irgendwo gestreikt wird. Diesmal freilich trifft es den verheirateten Berliner nicht so schlimm wie die Unbeweibten, aber auch die Unbemannten jammern, und das ist ja eigentlich auch nichts weiter als ausgleichende Gerechtigkeit, denn warum sollen es diese Herrschaften immer besser haben, als die ehrsamen Familienväter! Jetzt freilich sieht es böse aus, wenn man auf die Restaurants angewiesen ist, denn die Kellner streiken und die hungernden Junggesellen können nun ihren knurrenden Magen an den geschlossenen Restaurationsbetrieben vorbei spazieren tragen. Hunger pflegt im allgemeinen nicht gerade die Laune zu verbessern, und so empfiehlt es sich nicht, diese Herrschaften allzu sehr zu reizen. Freilich, hier und da ist auch einmal ein Lokal geöffnet, aber man ist nie ganz sicher, ob man heil wieder herauskommt. Die Streikenden haben sich leider wiederholt zu Ausschreitungen hinreißen lassen, sie sind in die geöffneten Lokale eingedrungen und da haben sich dann meist Szenen abgespielt, auf die man bei einem friedlichen Abend- oder Mittagessen nicht gerade Wert zu legen pflegt. So ziehen die Herrschaften es denn vielleicht vor, sich lieber von ihrer Zimmerwirtin den selbstgeschossenen „Falschen Hasen“ vorsetzen zu lassen. Inzwischen hat man allerdings einige Notbetriebe eröffnet, vor denen meistens zwei vertrauenerweckende Grüne auf und ab patrouillieren. Auf der anderen Seite der Straße sieht man einige wartende Gestalten, doch genügt meistens die Anwesenheit der Schupo, um Ausschreitungen zu verhindern. Ebenso stehen vor den großen Hotels die berühmten Streikposten mit großen Schildern, auf denen auf den Streik der Hotelangestellten verwiesen wird. So mancher Gast sieht sich jetzt genötigt, sein Zimmer selbst in Ordnung zu halten, und ganz besondere Sorgen hat die Reichsvermögensverwaltung — so eine Verwaltung gibt es tatsächlich — um ihren Verpflichtungen den in den Berliner Hotels einquartierten Ententeoffizieren gegenüber erfüllen zu können, da diesen Herrschaften natürlich die nötige Bedienung zusteht.

Neben dem Streik der Gasthausangestellten geht im Augenblick noch ein anderer Streik einher, dessen verhängnisvolle Wirkungen noch nicht zu übersehen sind. Es streiken nämlich die Handelsangestellten in der chirurgischen Industrie. Das hat zur Folge, daß die großen medizinischen Kaufhäuser geschlossen sind, und dadurch erleidet wieder die Krankenpflege und vor allem die Säuglingspflege sehr empfindsame Störungen.

Andere Leute dagegen verbinden ihren Beruf gleich mit einem interessanten Sport, und das sind die Berliner Zeitungsfahrer. Man muß sie schon kennen, um sie richtig einschätzen zu können. Gewiß, zugegeben, sie haben Knigges Umgang mit Menschen wohl meist nicht gelesen, aber man kann es ihnen nicht übel nehmen und die sogenannte Öffentlichkeit sollte eigentlich nicht so achtlos an diesen Leuten vorübergehen. In früher Morgenstunde, mittags, nachmittags und abends — wann erscheint in Berlin eigentlich keine Zeitung — durchjagen sie die Straßen. Wirklich, sie durchjagen sie, sie schleichen nicht etwa wie der berühmte Eilbote, nein, sie nutzen jede kleine Lücke zwischen Straßenbahn, Auto und anderen Gefährten, um sich mit ihrem Zweirad hindurchzuquetschen. Rasch an die nächste Straßenecke heran, wo die Händler schon warten, die Exemplare werden abgezählt, schnell abgerechnet, dazwischen findet sich noch Zeit, auf eine sensationelle Meldung im Blatt hinzuweisen und schon stieben die Händler auseinander mit lauter Stimme ausrufend: „Raubmord in der Reichenberger Straße“, „Lloyd George geht nach Washington“, oder was es sonst an aufregenden Nachrichten gibt. An aufregenden Nachrichten, die in der nächsten Ausgabe schon längst überholt sind, oder die vielleicht, auch das soll vorkommen, dann schon wieder dementiert werden. Im Augenblick aber stürzt sich der großstädtische Zeitungstiger auf sein Leibblatt, vertieft sich in den Kurszettel, in die hohe Politik, Raubmord, Ministerrat, Uraufführung, Explosion usw. Wer redet morgen noch davon? Aber im Augenblick ist es wichtig, ist weltbewegend. Wie recht hat doch der alte Fontane mit seiner Anschauung: „Alles ist wichtig nur auf Stunden“. Der Zeitungsfahrer aber jagt mit seinem großen Rucksack von Zeitungen weiter durch die Straßen von Verkäufer zu Verkäufer. Am letzten Sonntag nun hatten sich die Herrschaften zusammengefunden, um zum zweitenmal die „Meisterschaft der Zeitungsfahrer von Berlin“ zum Austrag zu bringen. Etwa 150 Fahrer hatten sich eingefunden, um die über 42 Kilometer führende Reise anzutreten. Die Belastung schwankte je nach Alter und „Form“ zwischen 3½ und 15 Kilo. Die Schlußrunde wurde im Berliner Stadion ausgefochten. Als Erster ging der Sieger in der vorjährigen Meisterschaft Otto Tietz durch das Ziel. Fahrradschäden, Stürze usw. hatten das Feld ziemlich weit auseinandergezogen, die gefahrenen Zeiten aber müssen namentlich in Anbetracht des schwierigen Geländes als recht gut bezeichnet werden. Nun jagen sie, die Herren Zeitungsfahrer wieder durch die Straßen und ich kann nur jedem den guten Rat geben, ihnen nicht in das Rad zu laufen. Man könnte sonst Liebenswürdigkeiten zu hören bekommen, die im „guten Ton in allen Lebenslagen“ nicht verzeichnet sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211012-12/fragment/page=0005

leistung die erste Million Mark Streikunterstützungen aus. Es ist leider damit zu rechnen, daß durch die unversöhnliche Haltung der Angestelltenschaft dieser Streik auch noch über die laufende Woche hinaus geführt werden wird. Die Ausschreitungen der Streikenden wiederholen sich tagtäglich. So ist es auch am Montagnachmittag und -abend wieder vornehmlich im Westen Berlins zu teilweise recht unliebsamen Zusammenstößen zwischen Polizei, Streikenden und Publikum gekommen, wobei es in einem Falle auch nicht ohne schwere Verletzungen abging.

Noch immer Buchdruckerstreik in Hamburg.

Hamburg, 12. Okt. Der Buchdruckerstreik geht weiter. Das gemeinsame Nachrichtenblatt der am Erscheinen verhinderten Zeitungen bringt jetzt auch wichtigste Anzeigen. 50 Firmen haben die Forderung der Gehilfenschaft bewilligt.

Die Zahl der Oppauer Opfer hat 600 überschritten.

Die Zahl der Toten und Vermißten im Oppauer Unglück hat nach amtlicher Mitteilung nunmehr 600 überschritten, nachdem noch mehrere Schwerverwundete in den Krankenhäusern gestorben sind.

An Spenden sind bis jetzt

über 60 Millionen Mark

aufgebracht worden. Deutsche Volkspartei, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten haben im preußischen Landtage folgenden Antrag eingebracht: „Zur Unterstützung der Opfer des Oppauer Unglücks werden sechs Millionen Mark bereitgestellt. Das Staatsministerium wird ermächtigt, in Verbindung mit der Reichsregierung und der bayerischen Landesregierung die Verteilung dieser Summe vorzunehmen und ersucht, dem Landtage über deren Verwendung Bericht zu erstatten.

*

Aus dem besetzten Gebiet.

Französische Gewaltpolitik im Saargebiet.

Im Dienstbüro der französischen Bergwerksdirektion in Saarbrücken ist eine Werbestelle für Arbeitslose eingerichtet worden, die den Arbeitslosen in Algier Beschäftigung vermitteln soll. Sie ist nichts anderes als eine Werbestelle für die Fremdenlegion. Sobald der Arbeitsuchende den vorgelegten Vertrag unterschrieben und einen Vorschuß erhalten hat, steckt man ihn in einen verschlossenen Wagen, mit dem er an irgend einen unbekannten Ort befördert wird. Dann hört und sieht man nichts mehr von ihm. — Im Gebäude dieser Bergwerksdirektion befindet sich noch ein anderes Büro, das Eintragungen zur Erlangung der französischen Staatsangehörigkeit annimmt. Hierfür wird ein Grundbetrag von tausend Franken für die Familie gezahlt. Nach der Anzahl der Kinder steigt dieser Betrag, so daß für eine Familie mit fünf Kindern 3000 Franken gezahlt werden. So erkauft sich Frankreich Gesinnung! Erfreulicherweise haben sich bisher alle anständigen Leute von diesem Gesinnungsankauf ferngehalten. Die Wenigen, die den Judaslohn angenommen haben, bedeuten keinen Verlust für den deutschen Volksbestand.

Deutsche Ingenieure für die französischen Zeppeline?

Im „Matin" wird eine kleine Geschichte erzählt, die lehrreich und nicht uninteressant ist: Chef der französischen Mission für Luftschiffahrt in Deutschland war eine zeitlang der Oberst Dorant. Er ist aus Deutschland mit Ideen zurückgekehrt, die dem „Matin" verwunderlich erscheinen. Dorant erklärte, daß die französische Luftschiffstechnik wenig leiste, daß namentlich für die Metallkonstruktionen, auf die es bei der Entwicklung der Luftschiffahrt besonders ankomme, die französische Industrie nicht die nötigen Fähigkeiten besitze. Er machte eine Eingabe an den Kriegsminister, in der er vorschlug, ein Amt für Luftschiffahrtneuerungen zu gründen, dem deutsche Ingenieure und Arbeiter für Metallkonstruktionen zur Verfügung gestellt werden sollten. Dieser Vorschlag fand nicht die Billigung des französischen technischen Büros, das unter der Leitung des Ingenieurs Fortant steht. Aber in dem Kabinett des Kriegsministers fand Dorant in dem Oberleutnant Armengaud einen wichtigen Bundesgenossen. Der „Matin" regt sich darüber auf, daß französische Offiziere auf den Gedanken kommen konnten, deutsche Ingenieure für eine solche Arbeit in Frankreich vorzuschlagen.

Deutschland.

Eine parlamentarische Umfrage

über den Zustand der Steuerverwaltung regt die demokratische Monatsschrift „Die deutsche Nation" an. Es sei ein öffentliches Geheimnis, daß die Finanzämter, insbesondere in Preußen, die Veranlagung und Einziehung der bisherigen Steuern nicht zu meistern verstehen. Eine Armee von neuen und ungewandten Beamten sitze mit redlichem Bemühen, die komplizierten Gesetze und ihre zahlreichen Unklarheiten zu verstehen, vor einer Masse von sogenannten unerledigten „Resten", deren auf jeden einzelnen Beamten Tausende entfielen. Bleibe dieser Zustand und kämen neue, noch kompliziertere Steuern hinzu, so würden weder die alten noch die neuen Steuern bezahlt, weil einfach niemand mehr Bescheid wisse, wann, an wen und wieviel er zu zahlen habe. Eine parlamentarische Erhebung über diese Zustände werde ergeben, daß alles zusammenbrechen werde, wenn keine verwaltungstechnische Vereinfachung der Steuergesetze geschaffen würde.

Judenkaiser und Judenknecht.

Eine der radikalen Gruppen rechts von der Deutschnationalen Volkspartei, gegen die sich der Abg. Hergt in letzter Zeit mehrfach gewehrt hat, die Deutsch-soziale Partei, hielt am letzten Sonntag in Berlin ihren ersten Parteitag ab. Den Vorsitz führte Herr Knüppel-Kuntze, der auch das Hauptreferat hielt. Er findet auch die äußerste Rechte verjudet; die Lösung der Judenfrage, und zwar „mit geistigen Waffen", sieht er in der Ausweisung aller seit dem 1. August 1914 eingewanderten Juden, der Stellung der Zurückbleibenden unter Fremdenrecht und der Einführung einer Höchstzahl bei der Besetzung öffentlicher Ämter und bei der Zulassung zu den Hochschulen. Im übrigen verlangte er Herabsetzung des Zinsfußes und Verstaatlichung des Bank- und Börsenwesens. Dann pflückte Herr Kuntze ein Hühnchen mit Herrn Hergt, der auf dem Münchener Parteitag hatte durchblicken lassen, daß Gruppen rechts von den Deutschnationalen an der Ermordung Erzbergers schuld sein könnten. Die Versammlung quittierte darüber mit dem Rufe: „Hergt ist ein Judenknecht." Den Deutsch-Sozialen gelte es gleich, ob Deutschland Monarchie oder Republik sei, wenn nur ein starker Mann am Steuer stehe. Sie dächten nicht daran, Wilhelm II. aus Holland zurückzuholen. — „Nicht den Judenkaiser", rief die Versammlung —, denn grade das Kaiserreich hat uns in Elend geführt" — „weil es verjudet war", erscholl das Echo. So ging es mit Grazie weiter. Im übrigen wird man bei Gelegenheit der Berliner Stadtverordnetenwahlen eine deutschsoziale Zählkandidatur finden und also Gelegenheit haben, festzustellen, ob hinter dieser Partei in Berlin mehr Leute stehen, als eine Handvoll radikaler Antisemiten.

Die billige deutsche Konkurrenz.

Aus Kopenhagen wird gemeldet: In dem von der kürzlich von Industriellen und Konsumenten gegründeten dänischen Vereinigung sozialer Arbeit abgehaltenen Vortragsabend beschäftigte sich die Mehrzahl der Fragen mit der deutschen Konkurrenz. Es standen u. a. folgende Anfragen zur Beantwortung:

Wie sind die Verhältnisse bezüglich der großen Einfuhr deutscherseits? Ist das Kupfergeschirr, das in der königlichen Küche Verwendung findet, aus Deutschland eingeführt? Warum sind die in Deutschland hergestellten Kleidungsstücke viel billiger als die hier im Lande verfertigten? Wie groß war die Einfuhr deutscher Klaviere im Jahre 1914 und wie groß ist sie jetzt? Ist es wahr, daß für das neue Kopenhagener Gerichtsgebäude deutsches Material verwandt wird? Werden für die Schiffe, für die der Staat Zuschüsse gewährt, deutsche Motoren verwendet? Ist das Papier unserer Wochenzeitschriften dänisch oder deutsch? Ist die dänische Landwirtschaft imstande das Land zu versorgen, wenn die Industrie vollkommen aufhört?

Von den Antworten seien nachstehend einige wiedergegeben: Das Kupfergeschirr für die königliche Küche ist deutsch; das aus Deutschland bezogene Geschirr kostete 16 000 Kronen, während es in Dänemark 24 000 Kronen gekostet hätte. Im Jahre 1914 wurden 3500 Klaviere eingeführt, 1919: 7500, 1920: 3800. (Ein Teilnehmer erwähnte bei dieser Gelegenheit, daß deutsche Klaviere für 500—600 Kronen eingekauft und für 1500 Kronen weiter verkauft würden.) Eine Anzahl Wochenschriften verwendet deutsches Papier und konnte daher ihre Preise herabsetzen.

Das Wichtigste vom Tage.

Die Konferenz in Washington soll sich nach amerikanischen Absichten zunächst mit den Fragen des Stillen Ozeans und erst dann mit Bank- und Kreditfragen beschäftigen. Aus dieser Reihenfolge ergibt sich, daß die Vereinigten Staaten erst dann eine Besserung der finanziellen Weltverhältnisse erwarten, wenn ihr Verhältnis zu Japan, das es zu großen Rüstungen zwingt, bereinigt worden ist.

*

Nach Nachrichten aus La Paz soll in den an Ecuador angrenzenden Provinzen Perus eine Revolution ausgebrochen sein. Für südamerikanische Verhältnisse wiegt das Wort Revolution zu schwer, es handelt sich dort im allgemeinen nur um Militärputsche nach Art Kapp-Lüttwitz, bloß daß sie dank größerer Praxis geschickter aufgezogen werden.

*

Vom Kleinasiatischen Kriegsschauplatz liegen widersprechende Nachrichten vor, in denen sowohl Griechen wie Türken Siege melden. Da der Krieg dort zu versumpfen droht, wäre es Pflicht des Völkerbundes, dem unsinnigen Morden ein Ende zu bereiten.

*

Der deutschparlamentarische Verband der bürgerlichen Parteien der Tschecho-Slowakei hat beschlossen, an den Beratungen der Nationalversammlung, von denen er sich zurückgezogen hatte, wieder teilzunehmen. Dieser Beschluß ist trotz der Vergewaltigung der Deutschen durch die Tschechen zu begrüßen, da die deutschen Interessen natürlich nicht wahrgenommen werden können, wenn die deutschen Vertreter den Parlamentsverhandlungen fernbleiben.

*

Eine französische medizinische Fachzeitung klagt bei der Besprechung der jetzt in Straßburg stattfindenden „Medizinischen Woche", daß die Universität dort durch Schuld der französischen Unterrichtsverwaltung ständig heruntergehe. Das war vorauszusehen, da in Frankreich sich alles in Paris konzentriert und auch größere Provinzialstädte absterben, ein Schicksal, das auch dem unter deutscher Herrschaft erblühten Straßburg nicht erspart bleiben wird.

*

Nach einer amerikanischen Meldung soll die Rheinlandbesatzung um ein Drittel herabgesetzt werden. So verständig in aller Interesse eine solche Maßnahme sein würde, werden wir an sie erst glauben, wenn sie eingetreten ist.

Provinz und Nachbarländer.

Eine Ehrengabe für Professor Abderhalden.

Halle, 12. Okt. In der geschlossenen Sitzung der Stadtverordneten am Montag erledigte man als wichtigsten Punkt der Tagesordnung einen Antrag betr. eine Ehrengabe für Professor Abderhalden. Der Magistrat hat beschlossen, zum Dank dafür, daß Professor Abderhalden unlängst einen Ruf an die Universität Basel abgelehnt hat, ihm eine Ehrengabe von 100 000 M zur Verfügung zu stellen. Es soll damit dem Stolz Ausdruck gegeben werden, daß Halle einen Forscher von Weltruf, wie Abderhalden, besitzt, und zugleich die Tatsache zur Würdigung kommen, daß Professor Abderhalden durch seine Initiative das große Hilfswerk organisiert hat, wonach Hunderten unterernährter deutscher, besonders auch Hallescher Kinder, gastliche Aufnahme im Auslande geboten wurde. Die Versammlung stimmte freudig zu.

Vereitelte Falschmünzerei in Weißenfels.

Weißenfels, 11. Okt. Gestern unternahm die hiesige Kriminalpolizei verschiedene Haussuchungen. Sie beschlagnahmte Maschinen, die in Leipzig gekauft und hierher gebracht worden waren, um der Anfertigung falscher Geldscheine zu dienen. Am späten Abend erfolgte die Verhaftung einiger hiesiger Personen. Weitere Verhaftungen stehen in Leipzig bevor.

Eine Darlehnskasse für Kleinrentner.

Weimar, 12. Okt. Nach Beschluß des Gemeinderates hat die Stadt Weimar zur Unterstützung von Kleinrentnern eine Darlehnskasse errichtet, deren Geschäftsführung der Sparkasse zu Weimar übertragen worden ist.

Bierstreik.

Suhl, 12. Okt. In einen Bierstreik einzutreten infolge des von den Brauereien erhöhten Bierpreises ruft das Gewerkschaftskartell von Suhl und Umgegend auf. Für einen Streikbruch sieht der Aufruf 20 M Geldstrafe zugunsten Sowjetrußlands vor.

Wieder ein Zeitungsverbot.

Gera (R.), 12. Okt. Der deutschnationale „Heimatbote", der bereits im vorigen Monat auf zwei Wochen verboten worden war (das Verbot wurde dann aufgehoben), ist abermals bis 15. Oktober verboten worden, auf Grund von Bemerkungen, die das Blatt gegen die Regierung gerichtet hatte.

Kartoffeln an Beamte zu 40 M.

Camburg, 12. Okt. Oberamtmann Leiter in Frauenprießnitz hat sich bereit erklärt, der gesamten Beamtenschaft von Camburg den diesjährigen Kartoffelbedarf zum Preise von 40 M pro Zentner frei Keller zu liefern. An dem Verhalten des Herrn Oberamtmannes könnten sich manche andere Landwirte ein Beispiel nehmen.

Erbstreit im Hause Koburg.

Berlin, 12. Okt. Im Hause Koburg ist nach dem Tode des Prinzen Philipp von Koburg, der am 4. Juli d. J. in Koburg gestorben ist, ein Erbstreit ausgebrochen. Die ehemalige Gattin des Prinzen Philipp, die Prinzessin Luise von Koburg, ficht das Testament ihres ehemaligen Gatten an, weil das Vermögen zum größten Teil den Universalerben, nämlich dem Prinzen Philipp Josias von Koburg und dem Prinzen Kyrill von Bulgarien, dem Neffen des Erblassers und dem Sohne des Königs Ferdinand von Bulgarien, zugefallen sein soll. Die Herzogin von Schleswig-Holstein beansprucht nur das frei verfügbare Vermögen, zu dem allerdings auch 40 000 Pfund Sterling, nach heutigem Kurs etwa 18½ Millionen Mark, gehören. Prinzessin Luise steht auf dem Standpunkt, daß die in Koburg geschiedene Ehe für sie fortbesteht.

Zwölf neue Fundstätten der Steinzeit in Mitteldeutschland.

Seit meinem letzten Bericht in Heft 33 der Umschau, so schreibt der bekannte Forscher Dr. O. Hauser dieser Zeitschrift, haben sich neue, glückliche Funde aus dem Gebiet von Halle a. S. bis zum Kyffhäuser und dem Unstruttale gezeigt. Den eifrigen Bemühungen der Herren G. A. Spengler in Sangerhausen und Erich Freygang in Hettstedt ist es zu verdanken, wenn ich aus den mir in den Monaten Juni bis August zur Untersuchung unterbreiteten Materialien nunmehr Kunde geben kann, daß wir in Deutschland mindestens ebenso interessante Siedelungen aus der alten Steinzeit finden wie in Frankreich, wenn wir uns nur die Mühe machen wollen, sie zu suchen.

Das Hauptresultat meiner Prüfungen möchte ich gleich vorweg nehmen: Mitteldeutschland hat heute schon mindestens ein Dutzend wichtiger Altsteinzeitsiedlungen, von denen man bislang leider nichts gewußt hat. Interesselosigkeit ist Schuld daran, wenn Eisenbahndämme, Chausseen und Straßen mit den schönsten Feuersteinwerkzeugen

---

Über den Ozean.

Kriminalroman von Erich Ebenstein

34. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Spannberg würde dann zu entscheiden haben, ob er auf der Vermählung bestehen oder diese nicht lieber bis zu einem gewissen Zeitpunkt hinausschieben wolle. Für heute wolle er ihr nur noch mitteilen, daß ihre Mutter zwar wenige Tage nach ihrer Geburt gestorben, ihr Vater aber möglicherweise noch am Leben sei, wenn auch niemand seinen Aufenthalt kenne. Alles weitere würde er ihr morgen, wenn Spannberg käme, mitteilen.

Hellkreut, der sehr müde war, begab sich dann zur Ruhe, während Serena, aufgeregt durch das Gehörte, noch im Garten blieb.

Und da habe nun plötzlich George Munk vor ihr gestanden, den sie aber nur unter dem Namen Georg Greiner kannte und zuweilen auf Schloß Losenegg, wo er als Sekretär des alten Grafen Andreas lebte, gesehen hatte.

Er sagte Serena, daß er alles gehört, was ihr Vater ihr soeben gesagt, denn er trachte bereits seit langem, sich mit ihr unter vier Augen in Verbindung zu setzen, ein Wunsch, der ihn auch heute abend heimlich an den Gartenzaun geführt habe. Was ihr Vater ihr angedeutet habe, sei buchstäblich wahr, nur daß er selbst ihr die traurige Geschichte ihrer Eltern noch viel genauer erzählen könne, als Dr. Hellkreut. Ehe er ihr aber davon spreche, müsse er sich ihr als Bruder und Abgesandter ihres Vaters vorstellen, der einzig zu dem Zweck, sich ihr zu nähern, nach Europa gekommen sei und die Stellung auf Losenegg angenommen habe. Sein wahrer Name sei Munk.

Die Geschichte ihrer Eltern sei kurz und schrecklich. Sie hätten einander aus Liebe geheiratet, aber die junge Frau, die sehr schön war, sei etwas gefallsüchtig gewesen und habe sich besonders von einem jungen Maler mehr als klug war, den Hof machen lassen. Da habe Serenas Vater, sein unglücklicher Bruder, eines Tages in eifersüchtiger Aufwallung den Maler erschlagen und seinen Schwiegervater, der jenem zu Hilfe kommen wollte, schwer verletzt. Darauf habe er an Geld zusammengerafft, was im Hause zu finden war, und sei nach Amerika geflohen.

Der alte Mann starb schon tags darauf, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Dies und der Umstand, daß Geld fehlte, ließen die Tat in ganz anderem Licht erscheinen. Man nahm an, Thomas Munk — so hieß Serenas Vater — habe es auf seinen wohlhabenden Schwiegervater, in dessen Haus das junge Paar lebte, abgesehen und den Maler, der zufällig dazukam, erschlagen, um sich des Zeugen zu entledigen. So wurde er als gemeiner Raubmörder steckbrieflich verfolgt. Serenas Mutter, die bald danach niederkam, starb aus Schmerz, Reue und infolge der Aufregungen. Dr. Hellkreut habe das verlassene Kind dann zu sich genommen. Aber offenbar stiegen ihm nun doch Bedenken auf, ob er einem Mann von so untadeligem Namen wie Spannberg, zumuten dürfe, die Tochter eines Raubmörders — denn als solcher gelte ja Thomas Munk vor der Welt — zu heiraten. — Darum wolle er morgen das Geheimnis enthüllen und die Entscheidung in seine Hände legen.

Serena, halb von Sinnen durch diese Eröffnung, erklärte sofort, das dürfe nie geschehen. Sie würde die Schmach dieser Stunde nicht überleben und Spannberg nie vor eine solche Alternative stellen lassen. Denn selbst wenn seine Liebe ihn zu einem hochherzigen Entschluß treiben würde, das Gespenst ihres unglücklichen Vaters, auf dessen Seele zwei Menschenleben lasteten, würde doch ewig trennend zwischen ihnen stehen und kein Glück mehr aufkommen lassen.

Ihr Onkel stimmte ihr bei. Er hatte es nicht anders erwartet. Dazu käme, daß sein Bruder sich in Sehnsucht nach ihr verzehre und sie durch ihn bitten lasse, Erbarmen mit seinem einsamen Alter zu haben. Er schlug Serena vor, um der peinlichen Erklärung morgen und dem Abschied von Spannberg zu entgehen, lieber allem zuvorzukommen und freiwillig zu verschwinden. Sie brauche dann vor niemand die Augen niederzuschlagen und erleichtere Spannberg den Entschluß, den er ja schließlich doch würde fassen müssen: auf die Verbindung mit ihr zu verzichten.

Drüben aber erwartete sie sehnsüchtig ihr alter Vater, dessen Liebe und Dankbarkeit sie für alles entschädigen würden. An seiner Seite begänne dann ein neues Leben für sie, das sie hoffentlich das alte bald vergessen lassen werde.

Er selbst sei frei und könne jeden Moment reisefertig sein, da er — ihre Liebe zu Spannberg seit Monaten heimlich beobachtend — das, was heute geschah, längst vorausgesehen und sich darauf vorbereitet habe.

Serena war so gebrochen, daß in ihr damals auch nicht der leiseste Zweifel an der vollen Wahrheit dessen, was George Munk ihr mitgeteilt hatte, aufstieg.

Es stimmte ja auch in der Hauptsache mit den Andeutungen, die ihr Pflegevater ihr gemacht hatte. George Munk sprach liebevoll und zärtlich. In all seinen Reden war nichts, das ihr Mißtrauen einflößen konnte. Er schilderte ihr beweglich die traurige Einsamkeit, in der ihr Vater sein Leben bisher verbracht, und wie glücklich ihn ihr Kommen machen würde. Er deutete auch sanft an, daß es ihre Kindespflicht sei, den alten Mann nicht länger auf sich warten zu lassen.

Dennoch konnte Serena sich nicht gleich entschließen. Aber als sie dann allein war und sich vorstellte, was morgen geschehen würde — geschehen mußte, wenn sie bliebe, da schrie alles in ihr: fort, nur fort! Sie durfte Spannberg nicht in die Versuchung führen, die Tochter eines Mörders für seine Braut zu erklären . . .

So ergab sie sich willenlos der Führung ihres Onkels. Erst viel später, als sie längst auf hoher See waren und ein Zufall ihr den Tod Hellkreuts verriet, den Munk ihr absichtlich verschwiegen hatte, erwachten die ersten Zweifel in ihr. Dann sprach er ihr plötzlich von Stone, dem ihr Vater viel Dank schulde und den er gerne mit ihr verheiraten würde. Es sei dies ein Herzenswunsch von ihm, den sie hoffentlich erfüllen werde mit der Zeit . . .

Es kam der Untergang der „Queen Mary", bei dem George Munk nur an seine eigene Rettung dachte und sich um sie gar nicht kümmerte, bis ein wunderbarer Zufall sie beide in dem gekenterten Boot wieder zusammenführte. Und als sie von Mick Orady später gerettet wurden, hörte sie die lügenhaften Erklärungen, die Munk dem Patron gab. Da war es, als zerrisse ein Schleier von ihren Augen. Tausend Kleinigkeiten fielen ihr ein, die nun erst ihr Mißtrauen weckten. Sie empfand Grauen vor Munks Nähe und zitterte vor der Begegnung mit ihrem Vater. Sie war irre an allem geworden, konnte nicht mehr blindlings glauben an das, was man ihr gesagt hatte, und wollte nur mehr sterben, um ihrer Verzweiflung und ihren Selbstvorwürfen ein Ende zu machen . .

Dann brachte George Munk ihren Vater an ihr Krankenlager. Und es kam alles, wie sie gefürchtet: Sie konnte kein Herz fassen zu dem alten Mann und ihr graute vor Stone, den man mitgebracht und der sich als ihr Verlobter gebärdete, obwohl sie einander ganz fremd waren. Und sie zitterte nun, diesen Leuten hier in dem fremden Land überliefert zu werden, denn immer deutlicher sagte ihr eine innere Stimme, daß sie gar nicht zu ihnen gehörte und daß alles ganz anders zusammenhängen müsse . . .

Dr. Loose, der längst aufgestanden war und in heftiger Erregung auf und nieder schritt, blieb, als Serena endlich erschöpft schwieg, plötzlich vor ihr stehen und starrte tiefbewegt auf sie nieder.

Sein Antlitz war bleich, sein Blick verstört. Mehrmals öffnete er die Lippen, um zu sprechen, preßte sie aber immer wieder zusammen und schwieg.

Nun wußte er freilich, woher Serena die Namen hatte, die ihm aus ihren Fieberphantasien so seltsam aufregend entgegengeklungen waren. Sie hatte in Losenstein gelebt, das seine Heimat war! Aber — wer war sie selbst? Es war ja nicht möglich . . .

Er fuhr sich über die Stirn, auf der Schweißperlen standen.

Nein — das, was während ihrer Erzählung zuweilen blitzartig in schneidendem Schmerz sein Inneres durchzuckt hatte — war wohl nicht möglich. Wie hätte Marion ihm das verschweigen können? Wie hätte sie danach sich von ihm wenden können? Und doch — es war so seltsam . . .

„Ich darf kein Wort sagen, ehe ich nicht Gewißheit habe", dachte er. „Aber Himmel und Erde werde ich in Bewegung setzen, Gewißheit zu erlangen, um ihret- und um meinetwillen!"

Er beugte sich nieder und strich mit scheuer Hand liebkosend über Serenas Haar.

„Sie dürfen sich nicht beunruhigen, mein Kind", sagte er weich. „Ich verspreche Ihnen, daß Sie nicht gegen Ihren Willen zu jenen Leuten zurück sollen. Dafür aber müssen Sie nun auch an gar nichs weiter denken, als an Ihre Gesundheit. Versprechen Sie mir das?"

„Ja", murmelte Serena dankbar.

Eine halbe Stunde später sandte Dr. Loose folgende Depesche an das Pinkerton-Institut in New-York: „Verschaffen Sie mir umgehend alle deutschen und österreichischen Zeitungen ab 22. Mai, deren Sie habhaft werden können."

Eine zweite Depesche mit bezahlter Antwort ging nach Markbrunn an Freiherrn von Marko: „Bitte um genaue Auskunft über Familie Hellkreut, besonders über Serena Hellkreut, die am 22. Mai verschwand. Habe dringenden Grund. Dr. Loose, Olridge City, North Carolina."

Dreiundzwanzigstes Kapitel.

Dr. Loose saß in seinem Ordinationszimmer, dessen Tür er verschlossen hatte, nachdem sein Diener den Auftrag erhalten: „Sie lassen jetzt absolut niemand vor. Dr. Senders hat meinen Dienst übernommen. An ihn hat man sich vorkommenden Falles zu wenden."

Die deutschen Zeitungen waren endlich nach fünf Tagen mit der Mittagspost gekommen. Ein ganzer Berg. Loose schied zuerst die aus Österreich stammenden aus, um mit ihnen zu beginnen, da er mit Recht annahm, daß Serenas Verschwinden darin wohl am ausführlichsten behandelt sein würde.

Wunderliche Gefühle bestürmten ihn, als er die Namen der Blätter las, die er fast neunzehn Jahre ängstlich gemieden hatte, um durch nichts an die Vergangenheit erinnert zu werden.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211012-12/fragment/page=0006

belegt, und wenn seit mehr als 15 Jahren von den herrlichsten Fundplätzen solche Stücke waggonweise abgefahren worden sind. So sammelte ich am 28. August d. J. auf der Bahnhofstraße in Hettstedt eine Reihe hervorragend gut gearbeiteter Altsteinzeitfunde! Und die Bahndämme von Halle bis Kassel und alle Seitenwege bergen zerstreute Schätze altsteinzeitlichen Materials, wie sie in Frankreich, in der Dordogne, nicht besser und wichtiger zu finden waren. Die Kiesgrube „Feldbahn" bei Teutschenthal (Halle a. S.) ist m. E. eine Paläolithsiedlung von allergrößter Bedeutung; sie stellt sich würdig den mir entrissenen Fundplätzen Südfrankreichs an die Seite und ich hoffe nur, daß ihre Entdeckung zu dem wirklich vorhandenen Vorwelt-Pompeji Deutschlands hinüberleiten möge. Probleme von höchster Tragweite erschließen sich in „Feldbahn", und wer die Funde bei Spengler in Sangerhausen und bei Freygang in Hettstedt ohne Voreingenommenheit studiert und sie in ihrer Gesamtheit zu verstehen sucht, der wird sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß wir in Deutschland auch beim Studium der älteren Steinzeit recht gut auf eigenen Füßen stehen könnten. Der geologischen Bestimmung „Feldbahn" will ich nicht vorgreifen, sie liegt in den Händen von Prof. Dr. Emil Werth-Berlin.

Auch typologisch möchte ich mein Urteil noch nicht abgeben; es genüge, zu konstatieren, daß wir durchgehend von Halle a. S. bis zum Kyffhäuser und ins Unstruttal in der Gesamtheit der Befunde eine eigenartige Kultur erkennen, die jedenfalls derjenigen in Frankreich gleichwertig ist.

Der Landesverband Provinz Sachsen des Deutschen Rentnerbundes hielt am Montag eine von den Ortsgruppen der Provinz stark beschickte Generalversammlung in Halle ab. Als Vorstandsmitglieder wurden einstimmig neu- bezw. wiedergewählt: 1. Vors. und Geschäftsführer: Robert Somburg, Halle, 2. Vors.: Bruno Wildt, Nordhausen, 3. Vors.: Wilhelm Unverzagt, Wernigerode. Als 1. Schriftführer Max Schultz, Halle, als 2. Schriftführer Pastor em. Kessel, Halle, als erster Schatzmeister Otto Voigt, Halle, als 2. Schatzmeister Frl. M. Heise, Halle. Als Beisitzer wurden gewählt: Horn-Magdeburg, Schneider-Erfurt, Brühns-Merseburg, Leonhardt-Wittenberg, Platen-Delitzsch und Dietz-Ziesar.

Der Geschäftsführer trug den Halbjahrsbericht vor und konnte zu seiner großen Genugtuung die frohe Kunde voranschicken, daß die humanitären Bestrebungen des Bundes zu einem großen Erfolge geführt haben. Der Reichskanzler Dr. Wirth hat nämlich soeben die schon lange vom Bund beantragte und von allen Reichstagsfraktionen unterstützte Reichshilfsaktion zugunsten der Kleinrentner amtlich in sein Programm aufgenommen, und angekündigt, daß die schwer notleidenden Kleinrentner sehr bald, wahrscheinlich noch vor Weihnachten, wesentliche Beihilfen zu erwarten hätten. Der Landesverband hat sich jetzt eine breite Basis in der Provinz gesichert, zählt er doch jetzt 51 Ortsgruppen mit 8000 Mitgliedern. Weitere Ortsgruppen sind in der Bildung begriffen.

In dankenswerter Weise hat sich auch das an das Oberpräsidium in Magdeburg angegliederte Provinzial-Wohlfahrtsamt der Rentnerfürsorge angenommen und die örtlichen Wohlfahrtsämter zur Unterstützung der bedürftigen Mitglieder aufgefordert. Der Landesverbands-Geschäftsführer Somburg ist in den Arbeitsausschuß hineingewählt worden, um ein engeres Zusammenarbeiten zu gewährleisten. Angestrebt wird auch noch, daß die Vorsitzenden der einzelnen Ortsgruppen dementsprechend auch den betreffenden lokalen Wohlfahrtsämtern als Mitglieder angehören sollen. Angenommen wurde folgende Entschließung:

„Der Landesverband der Provinz Sachsen des Deutschen Rentnerbundes erwartet von der Regierung, daß die in Vorbereitung befindliche Reichshilfsaktion zugunsten der Rentner in großzügiger Weise erfolgt, und zu den Ausschußberatungen des Reichstages Rentner als Sachverständige hinzugezogen werden. Der Landesverband schlägt als solche vor: 1. Somburg-Halle, Wildt-Nordhausen, Unverzagt-Wernigerode, Wolf-Dresden, Dr. Wegner-Freiburg i. Br., Amtsrichter Schneider-Nürnberg, von Colomb-Kassel, Schriftsteller Besenbruch-Görlitz, Justizrat Jahns-Berlin-Friedenau. Bei Festsetzung der Reichszuschüsse ist nicht nur die Höhe des Einkommens zu berücksichtigen, sondern auch die Zahl der Personen, die von diesem Einkommen leben müssen. Als Existenzminimum für alleinstehende Personen sind 8000 *M* p. a. anzusehen, wozu für jede weitere ernährungspflichtige Person des Haushalts je 40 Prozent dieser Summe hinzutreten muß."

Bemerkenswert von der Tagung ist noch, daß ein Vertreter des Landbundes der Provinz Sachsen einen längeren Vortrag über die Ernährungsverhältnisse in unserer Provinz hielt und auf das Entgegenkommen der Landwirt den notleidenden Rentnern gegenüber hinwies. Reicher Dank und Beifall wurde diesem Redner sowie auch dem Geschäftsführer Somburg für seine mühevolle Tätigkeit im Interesse der notleidenden Klassen gezollt.

Kleine Rundschau.

Die Tischlerinnung in Zerbst kann in diesen Tagen auf ihr 375jähriges Bestehen zurückblicken. — In Aschersleben fanden große Eisenbahndiebstähle ihre Aufklärung. Bis jetzt konnten 40 Beamte und Arbeiter des Diebstahls überführt werden. — Die Transportarbeiter in Naumburg sind wegen Lohnforderungen in den Streik getreten. — Eingebrochen wurde in Dessau auf der Meiereibreite, wobei 12 Treibriemen gestohlen wurden. — Der Kreisausschuß in Hersfeld setzte den Kartoffelpreis pro Zentner auf 45 *M* fest. — Beim Herausschaffen eines Topfes mit glühender Schlacke in der Clausthaler Silberhütte ergoß sich der Inhalt über einen Arbeiter, der tödlich verletzt wurde. — In Schmalkalden wurden zwei Angestellte, die 50 000 *M* unterschlagen hatten, in Haft genommen. — Von den Beamten des Werksicherheitsdienstes der Mansfelder Gewerkschaft in Eisleben konnten zwei Einbrecher festgenommen werden. — Die Zahl der Studierenden auf dem Technikum zu Bad Sulza beträgt 250. — Die Pachtpreise in der Gemeinde Bad Sulza sind nach den bisherigen Ergebnissen um das 37fache gestiegen. — Bei einem Eifersuchtsdrama in Erfurt wurde ein Schuhmachermeister von einem Schneider angeschossen und schwer verletzt. — Beim Abbruch eines Taubenpfeilers in Groß-Alsleben fand ein Landwirt einen größeren Posten Gold- und Silbermünzen, mehrere silberne Armleuchter und andere wertvolle Geräte. — In Magdeburg ist die Gründung einer Aktiengesellschaft eingeleitet worden zur Errichtung einer Stadthalle. Die Baukosten sind auf 7—10 Millionen Mark veranschlagt worden. — Auf der Landstraße kurz vor Kisteritz fand eine 60jährige Händlerin einen schnellen Tod dadurch, daß ihr eine Krampfader platzte. Ehe Hilfe herbeikam, hatte sie sich verblutet. — Ein Großfeuer legte in Wettringen ein ganzes Dorfviertel in Asche. — In der Apoldaer Seidenfabrik Posern & Co. waren 18 Pakete je 4½ Kilogramm Glanzseide gestohlen worden. Das Diebesgut wurde jetzt im Schötener Grund vergraben aufgefunden. — In Halberstadt wurden bei einem Händler Teppiche im Werte von 200 000 *M* gestohlen. Die Täter konnten jetzt verhaftet werden. — Bei Schwarza wurde eine ältere Ehefrau von einem Auto tödlich überfahren. — In Leipzig wurde in ein Dienstzimmer des Postamtes 2 ein Stück Draht, das mit einer brennenden Masse versehen war, geworfen. Der Brand konnte sofort gelöscht werden. — Auf dem Waldsanatorium Oybin schnitt eine 19jährige Pflegerin 16 Mädchen die Zöpfe ab und verkaufte sie. — Aus Kassel ist ein 18jähriges Mädchen spurlos verschwunden. Man nimmt an, daß sie Mädchenhändlern in die Hände gefallen ist.

Handel — Verkehr — Industrie.

= **Der Markkurs** notierte am Dienstag in Zürich 4,52½ Centimes, die Notierung ist somit unverändert geblieben. In Amsterdam wurden für die Mark 2,49 Cents bezahlt, die Notierung ist somit unverändert geblieben.

= **Leipziger Produktenbörse vom 11. Oktober.** Amtliche Preise: Weizen per 50 Kilo netto brauner 228—236 bez. u. Br., hiesiger 228 bis 236 bez. u. Br. Roggen per 50 Kilo netto hiesiger 187—194 bez. u. Br., preußischer 187—194 bez. u. Br. Gerste per 50 Kilo netto Braugerste hiesige 245—265 bez. u. Br., Saatgerste 245—265 bez. u. Br., Wintergerste 200—218 bez. u. Br. Hafer per 50 Kilo netto inländischer 185—194 bez. u. Br. Mais per 50 Kilo netto amerikanischer 165 bis 180 bez. u. Br., runder 175—185 bez. u. Br. Raps per 50 Kilo netto 375—410 bez. u. Br.

= **Berliner Produktenmarkt vom 11. Oktober.** Für den Produktenmarkt boten die geringfügigen Schwankungen der Devisenkurse keine Anregung. Dagegen wirkten die amerikanischen ermäßigten Maispreise eher etwas abschwächend. Weizen wurde reichlicher angeboten. Roggen behauptete seinen Preisstand, weil Schlesien sich kauflustig zeigte. Gerste behielt feste Tendenz. Es wurden davon größere Mengen ostpreußischer Brauware umgesetzt. Hafer war in sofort greifbarer Ware stark gesucht, während sonst die Käufer Zurückhaltung beobachteten. Weizenmehl war mehr angeboten. Das Geschäft gestaltete sich ruhig. Hülsenfrüchte hatten kleines Geschäft bei mäßigem Angebot in Speiseware und geringeren Offerten in Futterware.

= **Amtliche Notierungen der Berliner Produktenbörse vom 11. Oktober.** (Alles für 100 Kilo in Mark.) Weizen, märkischer 232—234, ruhig; Roggen, märkischer 184—186, ruhig; Gerste, Wintergerste 220 bis 225, Sommergerste 255—272, fest; Hafer, märkischer 192—195, ruhig; Mais, Laplata 174—175, ohne Provenienzangabe 171—172 ab Hamburg, matter; Weizenmehl 620—635, ruhig; Roggenmehl 470 bis 520, ruhig; Weizenkleie 125—135, behauptet; Roggenkleie 125—135, unverändert; Raps 400—425, unverändert; Leinsaat 350—365, unverändert; Viktoriaerbsen 315—330, kleine Speiseerbsen 220—240, Futtererbsen 180—200, Peluschken 185—190, blaue Lupinen 110—115, gelbe Lupinen 115—130, Rapskuchen 140—150, Leinkuchen 220—240, Trockenschnitzel, prompt 126, Okt.-Jan. 125.

= **Stroh- und Heupreise.** In Berlin wurden gestern im freien Verkehr notiert: Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 23—25, Haferstroh 27—30, strohseilgebündeltes Stroh 18—20, Langstroh 21—23, Wiesenheu, gut, gesund und trocken, Vormahd 70—76, Nachmahd 68 bis 70, Wiesenheu, gesund und trocken 53—60, Kleeheu 86—100 *M* für 50 Kilo.

= **Ammendorfer Papierfabrik.** Die Verwaltung berichtet, daß sich die Erzeugung auf der letztjährigen Höhe gehalten hat. Der diesmal erst nach Abzug der Fabrikationsunkosten (i. V. 29 588 803 *M*) ausgewiesene Überschuß beträgt 5 511 688 *M* (3 601 461 *M*), wozu noch 289 179 *M* (63 107 *M*) Zinseinnahmen und 507 487 *M* (32 547 *M*) Vortrag treten. Für Versicherung waren 205 931 *M* (146 628 *M*), für Abschreibungen 260 000 *M* (253 000 *M*) aufzuwenden. Aus dem Reingewinn von 5 842 424 *M* (3 297 487 *M*) sollen wieder 40 Prozent Dividende und 200 *M* Bonus verteilt, 500 000 *M* dem Dispositionsfonds überwiesen, sowie 512 424 *M* vorgetragen werden. In der Bilanz stehen den Kreditoren von 3 927 291 *M* (2 281 274 *M*) gegenüber Debitoren 11 453 910 *M* (8 247 397 *M*), Bankguthaben 5 692 451 *M* (740 142 *M*), Staatspapiere 287 993 *M* (669 912 *M*) und Vorräte 4 820 304 *M* (1 170 045 *M*). Das bei der letzten Kapitalserhöhung um 4 600 000 *M* durch die Begebung der Stammaktien erzielte Aufgeld wurde dem Reservefonds zugeführt, der jetzt mit 4 620 000 *M* (2 570 000 *M*) erscheint.

= **Die Kohlenförderung des Ruhrgebiets.** Nach vorliegenden täglichen Ausschreibungen ist die Kohlenförderung des Ruhrbeckens (einschließlich der linksrheinischen Zechen) für September in 26 Arbeitstagen auf 7,77 Millionen Tonnen zu veranschlagen. Im August 1921 hat die Kohlenförderung 8,07 Millionen Tonnen an 27 Arbeitstagen betragen. Die arbeitstägliche Förderung wird sich voraussichtlich auf etwa 209 000 Tonnen stellen gegen 298 000 Tonnen im August und 299 300 Tonnen im Juli 1921.

= **Unterbrechung der Schnittholzzufuhr aus Polen.** Die polnische Eisenbahndirektion hat verfügt, daß die Schnittholzausfuhr von Polen nach Deutschland gesperrt wird. Diese Maßnahme, die auf den Kohlenmangel zurückgeführt wird, ist für den polnischen und deutschen Holzmarkt in gleicher Weise schädlich, da erhebliche Abladungen von Schnitthölzern im Gange waren. Wie lange die Sperre dauern wird, ist unbekannt.

= **Preise für Altmetalle.** Die Metall- und Rohstoffgesellschaft in Berlin gibt folgende Notierungen bekannt: Altkupfer 2600—2700 *M*, Altrotguß 1900—2050 *M*, Altmessing 1300—1400 *M*, Messingspäne 1250 bis 1350 *M*, Altzink 725—800 *M*, neue Zinkabfälle etwa 850—900 *M*, Zinkzünderlegierung 725—775 *M*, Altblei 850—925 *M*, Aluminiumblechabfälle 98—99 proz. 2900—3300 *M*, alles je 100 Kilo.

= **Erneute Erhöhung der Zinkblechpreise.** Die Rheinisch-westfälische Zinkblechhändler-Vereinigung hat mit Rücksicht auf die Erhöhung der Werkpreise die Lagerpreise für Zink um 239 auf 1671 bis 1677 *M* für den Doppelzentner je nach Zone erhöht. Die letzte Preiserhöhung um 110 *M* erfolgte am 25. September.

Sport-Nachrichten des „Merseburger Korrespondent".

Sporttätigkeit der Schutzpolizei.

Nach Überwindung großer Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Sportbekleidung konnte die Sportabteilung der hiesigen Schutzpolizei am vergangenen Sonntag mit ihrer ersten sportlichen Veranstaltung an die Öffentlichkeit treten. Daß dieser sehr enge Grenzen gezogen waren, war sehr bedauerlich, aber trotzdem erkennt man den gesunden Sportgeist der Schutzpolizei, die mit dem wenigen, was ihr zur Verfügung stand, zeigte, daß sie an ihrer Weiterbildung rüstig arbeitet. Durch einige schöne Preisspenden verschiedener hiesiger Geschäftsleute war es möglich, den einzelnen Siegern ihre Leistungen zu belohnen. Gleichzeitig zeigte es sich, daß auch in Merseburg in geringem Maße etwas Sympathie für die Schutzpolizei vorhanden ist. Wir können den Spendern der Preise im Namen der Sportabteilung der Schutzpolizei unseren wärmsten Dank aussprechen, aber auch den Gönnern, die die Abteilung mit ihren Geldspenden in den Stand setzten, die Veranstaltung abzuhalten, danken wir vielmals. Mögen noch viele unserer begüterten Mitbürger auf diese Weise der Schutzpolizei ihre Sympathie bekunden, denn noch fehlt es ihr am Allernötigsten, was zum Sport erforderlich ist.

Die Sporttätigkeit selbst begann um 2,45 Uhr mit einem Fußballwettspiel zwischen der Schutzpolizei I-Halle gegen Schutzpolizei Merseburg. Zu diesem Spiel hatte die Sportabteilung Merseburg einen schönen Kranz gestiftet, der schon einige Tage in der Gotthardtstraße die Bewunderung aller erregt hatte. Das Spiel selbst wurde mit 8:0 von Merseburg gewonnen und so konnte der Kranz seinen Platz in der Merseburger Kantine finden. In der Halbzeit wurde eine 4×100 Meter-Stafette zwischen der 1., 2. und 3. Hundertschaft gelaufen, die die 2. Hundertschaft in 52,5 Sek. gewann, als Preis winkte ihr dafür eine Siegerfigur.

Nach Beendigung des Fußballspieles kämpften wiederum genannte Hundertschaften im Tauziehen um eine Standfigur sowie eine extra gestiftete Flasche Kognak. Die 3. Hundertschaft konnte beides in Empfang nehmen. Hierauf folgte die 3×1000 Meter-Staffel, welche die 2. Hundertschaft überlegen in 9,38 Min. gewann. Auch für diese Leistung war eine größere Siegerfigur gestiftet worden. Als Schluß folgte ein Faustballwettspiel zwischen Sportverein 99 I und Schutzpolizei I, welches die Schutzpolizei mit 41:29 Angaben gewann. Während der Kämpfe spielte das hiesige Beamtenorchester ein schönes Platzkonzert, und alle Besucher verließen zufrieden mit dem Gebotenen den Kasernenhof.

Am Abend fand im Feldschlößchen ein Sportkränzchen statt, zu dem Bürgermeister Dr. Mosebach nebst Frau Gemahlin erschienen war. Um 9 Uhr wurden nach einer Ansprache des Majors Rangen durch Frau Mosebach die Preise und Diplome den Siegern übergeben, womit der offizielle Teil des Festes sein Ende gefunden hatte.

VfL.-Liga—Halle 96.

Dieses Spiel findet am kommenden Sonntag vormittags ½11 Uhr in Halle auf dem 98er Sportplatz in der Merseburgerstraße statt. Schiedsrichter ist Ficht (Naumburg 05). — Vormittags 9 Uhr treffen sich auf demselben Platz die Liga-Reserven beider Vereine.

Mitteilungen des Saale-Gaues.

Neue Adressen: Komet-Halle: Fritz Kirchner, Halle a. S., Gr. Steinstr. 34 (f. Vereinsangelegenh.), Carl Großmann, Halle a. S., Ludwigstr. 7 (f. Spiele); Olympia-Halle: Albin Jänicke, Halle a. S., Reilstr. 51, Vereinslokal Gemeindeschänke, Tel. Nr. 4143.

Sperrvermerk gestrichen: Walter Freitag (Borussia), Fritz Michaelis (Neumark), Viktor Erben (Germ.-M.).

Mannschaften zurückgezogen: Sportvereinigung-Halle III.

Termin-Änderungen für Sonntag den 16. Oktober 1921: 2 Uhr Pr.-M. II—Ol. II (Germ.-M.), nicht Pr.-H.; 2 Uhr Komet III—99-M. III (Spfr.); 10 Uhr Komet I—99-M. I (Knoche 96); 3 Uhr Kötzschen I—Neumark I (99-M.); ½2 Uhr Kötzschen II—Neumark II (99-M.); 3 Uhr Sportring-Mücheln I—Germ.-M. I (Neumark); ¼4 Uhr Sp.-V. I—1910 I (Scherf), 1910er-Platz; 2 Uhr Sp.-V. II—1910 II (Spfr.), 1910er-Platz; 4 Uhr Tv.-G. I—Spfr. III (Pr.-H.), nicht Sp.-V.; ¼4 Uhr Wa. III—Pr.-H. III (Eintr.), Wacker-Platz; 2 Uhr Wa. IV—Pr.-H. IV (Vor.), Wacker-Platz; ¼4 Uhr Schafstädt II—Neumark III (Lauchstedt); ¼4 Uhr Wa.-Z. III—Querfurt II (96); ½1 Uhr Pr.-M. IV—Mücheln III (Germ.-M.); vorm. 9 Uhr 96 Liga-Reserve—VfL.-M. (Am.) in Halle, 98er-Platz.

Durch Zurückziehen von Mannschaften wird die IV c-Klasse der Gruppe II gestrichen und Querfurt II, Körbisdorf II, Schafstädt II und Neumark III der IV b-Klasse zugeteilt. Die bisher von den vorgenannten Mannschaften untereinander ausgetragenen Spiele behalten ihre Gültigkeit.

Betr. Sportring-Mücheln. Entgegen der Bekanntmachung über die Gültigkeit der von dem früheren Sportklub-Mücheln ausgetragenen Spiele hat der G.V. beschlossen, daß der neuen Vereinigung diese Spiele nicht angerechnet werden können, sondern von dieser neu auszutragen sind.

Busch. Biebach.

Saale-Gau.

(Verbindliche Mitteilung des Ausschusses für die Jugend.)

Die IV b-Jugend des Sp.-V. 98 ist zurückgezogen und in der Klasse IV der Terminliste zustreichen.

Am Sonnabend den 15. Oktober findet im Restaurant „Mars la Tour" der Herbstverbandsjugendleitertag statt. Die Vereine haben ihre Vertreter sowie Jugendleiter bestimmt zu entsenden, hierzu Treffpunkt sämtlicher Vereinsvertreter zwecks einer wichtiger Aussprache um 5½ Uhr im Gastzimmer 1. Etage.

Die Meßblätter des Deutschen Fußballbundes sind eingegangen. Die Vereine haben sämtliche Knaben und Jugendliche bis zu 16 Jahren festzustellen, und die entsprechende Anzahl Meßblätter am Montag den 17. Oktober 1921 in Empfang zu nehmen. Die Durchführung der Messung und Ausfüllung der Blätter ist dem J.-A. schriftlich bis zum 15. November 1921. zu melden.

Perlitz.

*

Eine Denkschrift über das Schulturnen.

Über die Entwicklung des Schulturnens in Preußen ist dem Landtage eine Denkschrift des Unterrichtsministeriums zugegangen. Sie gibt eine Übersicht über das Schulturnen bis zum Ausbruch des Krieges und die Maßnahmen, die nach dem Kriege beabsichtigt sind. Das Schulturnen hatte bis zum Kriege eine glänzende Entwicklung genommen und die Turnpflicht war auf beide Geschlechter ausgedehnt worden, das Turnen legte den Grund zur Ausgestaltung des deutschen Sports und die Entwicklung des Sports zu seiner Höhe verdankt man dem Schulturnen.

Jetzt will man mit neuem Eifer Turnen und Sport pflegen, will die Schäden des Krieges an unseren Kindern infolge der Unterernährung durch körperliche Übungen heben, denn der friedliche Wettbewerb der Völker erfordert einen gesunden Nachwuchs.

Der Fortfall der Wehrpflicht muß Ersatz finden in der sportlichen Betätigung des männlichen Nachwuchses. Regierung und Gemeinden sind bestrebt, trotz der schlechten Finanzlage Mittel aufzuwenden für die Belebung von Turnen, Spiel und Sport, Ausbildung von Lehrkräften, Beschaffung von Geräten und Plätzen. Auch dem Rudersport wird vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt werden, in den Schulen soll der Schwimmsport gefördert werden, die Schülerwanderungen mit Spielen werden vermehrt werden. Die Landesturnanstalt soll Hochschule für Körperübungen werden. Jugendheime in Gebirgen sollen geschaffen werden.

Hoffentlich werden diese Pläne durch die Entente nicht vereitelt. Vereinzelt, namentlich im besetzten Westen, gilt eine Wanderung zu vieren nebeneinander bereits als militärische Übung, und allen Sportbetätigungen werden Schwierigkeiten bereitet. Frankreich wünscht keine körperlich tüchtige deutsche Jugend und betrachtet Sport als Vorbildung zum Revanchekrieg.

Die Deutsche Turnerschaft über den Sportbetrieb.

Der 17. Deutsche Turntag in Kassel erließ folgende Mitteilung: Die Verträge mit den Sportverbänden, die am 20. 3. 1921 vom Vorstand abgeschlossen waren, sind vom Turnwart als rechtsgültig anerkannt worden. Über Änderungen soll verhandelt werden. Die Schwierigkeiten, die sich aus den Verträgen ergeben haben, gehen meist darauf zurück, daß Vereine, Abteilungen und einzelne Mitglieder außer der Deutschen Turnerschaft einem Sportverband angehören. Sie lassen sich zum größten Teil beseitigen, wenn man rechtzeitig mit den betr. Unterverbänden der Sportverbände die Terminlisten austauscht oder vereinbart. Dazu raten wir also dringend.

Um für alle Fälle Klarheit zu schaffen, hat der Turnwart folgende Bestimmung getroffen:

„Bei gemeinsamen Veranstaltungen von Turnerschaft und Sport oder bei zeitlichem Zusammenfallen gleichwertiger turnerischer und sportlicher Veranstaltungen sind die Mitglieder der Turnvereine im Falle ihrer Beteiligung verpflichtet, bei der Turnerschaft anzutreten. Bei Verletzung dieser Bestimmung erfolgt Ausschluß auf Zeit von turnerischen Wettkämpfen und im Wiederholungsfalle Ausschluß für immer aus dem Verein, oder wenn es sich um einen Verein handelt, aus der Deutschen Turnerschaft."

Es ist also die Möglichkeit offen gelassen, daß man auch fernerhin in zwei Verbänden Leibesübungen treibt. Wir müssen aber darauf bestehen, daß sich unsere Mitglieder in erster Linie als Mitglieder der Deutschen Turnerschaft fühlen.

Kassel, 6. Oktober 1921.

gez. Dr. Berger. Lachenmeier. Breithaupt.

Die 10 Gebote des Sportsmannes.

1. Treibe Sport um des Glückes willen, das in einem gesunden und schönen Körper liegt; nur in ihm kann hoher Geist wohnen!
2. Mache den Körper zum Diener des Geistes, nicht aber den Geist zum Sklaven des Körpers!
3. Meide Gift und Exzesse — nur ein reiner Körper kann schön sein!
4. Treibe mit allen Gliedern Sport, aber nicht mit dem Munde. Halte auch nicht für dein Verdienst, was eine gütige Natur dir schenkte!
5. Suche nicht mehr zu leisten, als dein Körper vermag.
6. Neide nicht den Stärkeren, aber krieche auch nicht vor ihm!
7. Lieber weniger gut, als vieles schlecht!
8. Wer anderen zusieht, ist deshalb selbst noch lange kein Sportsmann!
9. Übe dich, um zu siegen, aber nicht — um gesiegt zu — haben! Des Sportsmanns bester Freund und größter Feind heißt — Sieg!
10. Sei ehrlich im Sport, sei frei im Sport — seid einig im Sport!

C. R.

Vermischte Nachrichten.

15 Wohnhäuser eingeäschert.

In der Ortschaft Lanze bei Lüchow entstand durch Unvorsichtigkeit in einem Gehöft Großfeuer, das in kurzer Zeit 15 Wohnhäuser mit vielen Stallungen und Scheunen, im ganzen 32 Gebäude, einäscherte. Fast die ganze Ernte des Dorfes sowie große Mengen von landwirtschaftlichen Maschinen wurden vernichtet.

* **Die ermittierten Höhlenbewohner.** Wir berichteten dieser Tage, daß in Buer i. W. ein Bergmann für sich und seine junge Frau eine Höhlenwohnung hergerichtet und bezogen habe. Das eigenartige Wohnungsidyll ist bald gestört worden. Die Polizei holte das Paar aus seinem Erdloch heraus, brachte die Frau im Versorgungshaus und den Mann im Logierhause unter und forderte den sofortigen Abbruch der „Villa bei Mutter Grün".

* **Mord auf offener Straße.** Ein Aufsehen erregender Mord ereignete sich in Prag auf einem der belebtesten Plätze, dem Wenzel-Platz. Der Fabrikant Rudolf Weil aus Przikam, der sich wegen falscher Zeugenaussage in gerichtlicher Untersuchung befand und seinem Verteidiger, dem Advokaten Steiner, die Schuld daran zuschob, erschoß aus Rache den 23jährigen Sohn des Advokaten, dem er zufällig begegnete.

* **Gattenmord in Nürnberg.** In der Pegnitz bei Nürnberg wurde ein zugenähter Sack aufgefischt, der die Leiche eines Mannes enthielt. Der Mann war erst wenige Stunden vorher ermordet worden. Seine Persönlichkeit konnte ebenso rasch festgestellt werden wie die Täterschaft seiner Frau, die eingestand, ihren Mann im Streite mit einem Beil erschlagen zu haben.

* **Reitertod.** Bei dem Jagdreiten der Offiziere und Unteroffiziere des 17. Reiterregiments in Bamberg ist der 36jährige Regimentsadjutant und Rittmeister, der vormalige Generalstabshauptmann Oskar Schäfer aus Kaiserslautern, im Hauptmoorwald bei Strullendorf beim Hindernisspringen tödlich verunglückt. Er kam unter sein Pferd zu liegen, das ihm den Kopf eindrückte.

* **Einbruch in Schloß Wustrau.** In einer der letzten Nächte statteten Einbrecher dem Schlosse Wustrau einen Besuch ab. Sie stahlen u. a. einen gravierten silbernen Kranz; ferner einen 70 Zentimeter hohen silbernen Pokal mit einem in rotweis gehaltenen Wappen, zwei kostbare Zigarettendosen, auf deren Rückseite eine Fürstenkrone eingraviert ist, und zahlreiche silberne Bestecke mit verschiedenen Wappen.

* **„Auge um Auge — —."** Ein Zwischenfall ereignete sich im D-Zug Düsseldorf—Hamburg zwischen Düsseldorf und Duisburg. Ein deutscher Reisender, der bei der Suche nach einem Platz zweimal einen Wagen passierte, der für die Besatzungstruppen reserviert war, wurde von einem Angehörigen der belgischen Armee mit dem Knie in den Rücken gestoßen, ohne daß ihm für diese Roheit im geringsten Veranlassung gegeben war. Die Mitreisenden konnten zu ihrer Freude beobachten, daß der betreffende Herr, nachdem das besetzte Gebiet verlassen war, eine gute deutsche Antwort erteilte, indem er den unverschämten Burschen kräftig ohrfeigte. Der Belgier hatte zwar nicht den Mut, sich zu verteidigen, aber die Geistesgegenwart, die Notbremse zu ziehen. Ein Herr und eine Dame, die sich in Begleitung des Belgiers befanden, sahen der Prozedur im Bewußtsein gesühnten Unrechts untätig zu. Nach Halten des Zuges stellte der Zugführer die Personalien fest.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211012-12/fragment/page=0007

Anzeigen.

Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Aus auswärt. Blättern.

Verlobt.
Margarete Mennicke m. Carl Gustav Knaul, Nordhausen.

Vermählt.
Karl Gräf m. Erna geb. Müller, Weißenfels; Gustav Otto mit Elisabeth geb. Reimer, Halle; Carl Schmidt m. Hedda geb. Fuge, Leipzig-Halle.

Geboren.
Arthur Gödel, Beesenlaublingen, 1 S.; Paul Bauchwitz, Halle, 1 T.

Gestorben.
Frieda Burghardt (22 J.), Querfurt; Alwine Lochow, (45 J.), Obhausen-Petri; Herm. Hundertmark, Neutz; Carl Straube, (73 J.), Weißenfels; Max Salomon (52 J.), Halle; Lina Husung (19 J.), Nauendorf.

Preuß.-Südd. Lotterie

Hauptziehung
14. Oktbr. bis 14. Novbr.
Kauflose noch zu haben.
Staatliche
Lotterie-Einnahme,
Hallesche Str. 25.

Bekanntmachung.

Die Merseburger Vieh- und Mastanstalt „Wyandottehof“ G. m. b. H. in Merseburg ist aufgelöst. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei ihr zu melden.

Merseburg, den 3. Okt. 1921

Der Liquidator
der Merseburger Vieh- und Mastanstalt „Wyandottehof“ G. m. b. H. in Liquidation.
Wilhelm Juckoff.

Guter warmer
Abendtisch gesucht.
Angeb. mit Preis unt. 212 an die Exp. d. Bl.

Junger Mann, solid und ordnungsliebend,
sucht ein gemütlich möbliertes Zimmer
in ruhigem Hause. Bettwäsche kann gestellt werden. Ang. u. 223 a. d. Exp. d. Bl.

Suche sofort oder später ein
möbl. Zimmer.
Ang. u. 225 a. d. Exp. d. Bl.

Anständig. jung. Ehepaar
1 bis 2 leere oder möblierte Zimmer
mit Kochgelegenheit. Betten werden selbst gestellt. Ang. unt. 226 an die Exped. d. Bl.

Junger, anständ. Arbeiter
sucht einf. möbl. Zimmer oder anst. Schlafstelle
möglichst in ruhigem Hause. Angebote unter 224 an die Exped. d. Bl.

Jg. anst. Herr sucht einfach
möbliertes Zimmer oder angenehme Schlafstelle
m. Spind. Ang. u. 22 a. d. Exp.

Anständ. Schlafstelle od. möbliertes Zimmer sucht
solider, besserer Herr. Anb. unt. 220 an die Exped. d. Bl.

Ordtl. Mädch. sucht z. 15. 10.
einfaches Zimmer.
Federbett u. Wäsche w. gest. Ang. u. 219 a. d. Exp. d. Bl.

Aeltere Dame sucht
2 bis 3 Zimmer,
möglichst unmöbliert, mit Küche od. Küchenbenutzung. Ang. u. 218 a. d. Exp. d. Bl.

Junger Mann sucht Logis.
Derselbe ist Schuhmacher und gern bereit, die Schuhe im Logis mit zu reparieren. Angebote unter 228 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Leeres Zimmer
von 2 anständigen Herren zu mieten gesucht. Betten und Bettwäsche wird selbst gestellt. Merseburg, Rössen od. näh. Umgebung. Ang. u. K. W. 197 a. d. Exp. d. Bl.

Wohnungstausch
von Magdeburg S., drei Zimmer, nach Merseburg. Ang. u. 221 a. d. Exp. d. Bl.

Kleiner Stall oder Keller
zu mieten gesucht. Angeb. unt. 229 an die Exp. d. Bl.

Statt Karten.

Für die uns anläßlich unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten danken wir allen hiermit herzlichst.

Otto Gärtner und Frau Martha
geb. Gaudig.

Nieder-Beuna, im Oktober 1921.

Für die uns anläßlich unserer Vermählung so zahlreich erwiesenen Gratulationen und Geschenke danken wir hierdurch herzlichst.

Willy Gottschalg und Frau
Luise geb. Siedentopf.

Merseburg, den 12. Oktober 1921.

Nachruf.

Am 9. d. M. verschied nach langem Leiden unser Kamerad

Paul Thomas.

Der Verstorbene war uns ein lieber Kamerad und hat zu jeder Zeit ein reges Interesse für unsere Gilde gezeigt.

Wir gedenken seiner in Treue.

Priv. Bürger-Scheiben-Schützengilde.

Merseburg, den 12. 10. 1921.

Nachlaßversteigerung.

Sonnabend, den 15. Oktbr. d. J. vormittags 11 Uhr,

versteigere ich im „Schwarzen Bär“ in Querfurt:
1 Automobil (Zweisitzer) mit neuer Bereifung, 1 kleinen Kastenwagen, 1 eiserne Bettstelle, 1 Bohrmaschine, 1 große Blechschneidescheere, 1 Schneidezeug, 1 Feldschmiede, 3 Bankschraubstöcke, 1 Amboß, 1 Schmirgelmaschine, div. Handwerkzeuge als: Hämmer, Zangen, Schraubenschlüssel, Schraubenzieher, Feilen usw., 1 Lötlampe, Fahrrad- und Nähmaschinen-Ersatzteile, Installationsteile für elektrische Licht- und Klingelanlagen, 1 Milchzentrifuge, 1 Ladenkontrollkasse, 1 Stufenleiter, Gummiringe für Einkochgläser, Taschenlampen mit Zubehör, 1 eiserner Wandschrank, 1 Gehrock-Anzug, div. Kleidungsstücke u. a. m.

Besichtigung von 10³⁰ vormittags an.

Krieg, Gerichtsvollzieher in Querfurt.

Studienrat sucht sofort
möbl. Zimmer.
Angebote unter 202 an die Exped. d. Bl.

Transporte per Bahn

Transporte per Achse — Intern. Möbeltransport

mit und ohne Umladung

Kaffeehaus Menschau.

Sonntag, den 16. Oktober
Montag, den 17. Oktober **Kirmes!**

An beiden Tagen ab nachm. 3 Uhr
Ballmusik bei vollbesetztem Orchester. — —
Flotte Musik. — — Neueste Tänze.

Für vorzügliche Speisen und gute Getränke ist bestens Sorge getragen.

Freundlichst laden ein W. Julius u. Frau.

Die Tatsachen beweisen!

den unbestreitbaren Erfolg der Reklametätigkeit im
„Merseburger Korrespondent“.

Wanderer-Fahrräder
Brennabor-Fahrräder
Opel-Fahrräder
zu billigsten Preisen
Gustav Engel Söhne
Fahrrad-Reparatur-Werkstatt.
Tel. **203.**

Sterne * * * * lügen nicht!

Wie gestaltet sich Ihr Lebensweg? Sie erhalten genaue Auskunft über Ihr kommendes Schicksal, böse Dinge od. Erfolge, sowie Charakterbeurteilung in wiss., bisher unerreichter Form. Senden Sie heute noch Ihre Adresse unt. Beigabe des Geburtsdatums sowie 8.- M. und Sie erhalten einen Führer und Ratgeber. Dank und Anerkennung aus allen Kreisen. **Astrologisches Büro „Huter“, Dresden 321, Alaunstr. 43.**

Quittungs-Bücher
für Miete, Zinsen, Pacht
hält vorrätig
Geschäftsstelle des „Merseburger Korrespondent“.

Unser treues Gründungsmitglied

Herr

Paul Thomas

ist am 9. d. M. sanft verschieden. Sein Andenken werden wir immer in Ehren halten.

Männergesangverein
Neu-Rössen.

Engros-Verkaufs-Lager

Halle a. S., Leipzigerstr. 87, 1. Et.

Beste Kaufgelegenheit für Wiederverkäufer!

Groß. Neueingang von Herbst- u. Winterwaren.

Jagdwesten, Damenwesten mit u. ohne Ärmel, woll. Damen- u. Herrenstrümpfen u. Socken, Schals, Barchenthemd., Damen- und Kinderhemden, Barchentröcke für Frauen u. Mädchen, Herren-, Damen- und Kinder-Unterhosen.

Baumwollwaren. Bettdamaste, Bettsatins, Bettbarchent, Linons in allen Breiten, — Hemdentuche, — Schürzenstoffe, Bettlakenstoffe, Hemdenbarchente, Handtücher, — Taschentücher — u. viele andere Artikel,

Velour-Barchent für — Röcke, — fertige Barchent-Betttücher u. Schlafdecken in weiß und bunt. — — Ferner: Fabrikation von Schürzen, Hemden, Kinder-Kleidern und — Blusen. —

Ia Hühner-Mais
(kleinkörnig) hat abzugeben
Feit, Meuschauer Mühle.

Spinat
(auch zentnerweise) empfiehlt
A. Trebst,
Nordstraße 2, Fernruf 10.
Entenplan 3, Fernruf 475.

Hohenzollern!
Heute
Schlachtefest

Dankfagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben, viel zu früh entschlafenen Sohnes und Bruders, meines lieben Bräutigams

Albert Bartholomäus

möchten wir allen für die überaus reiche Teilnahme unseren herzlichsten Dank sagen. Vor allem der Jugend zu Reipisch für den Grabschmuck, die Stellung der Trauermusik und das Ehrengeleit. Dank Herrn Pastor Klamroth für seine trostreichen Worte am Grabe und Herrn Kantor Baumgraß nebst Schuljugend und dem Arbeiter-Gesang-Verein für die Trauergesänge. Ferner Dank der Gewerkschaft Vesta, dem Arbeiter-Gesang-Verein, dem Arbeiter-Radfahrer-Verein und der K. P. D. Ortsgruppe Frankleben für die Kranzspenden.

Möge Gott allen ein reicher Vergelter sein.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Albert Bartholomäus.
Anna Jobst.

Reipisch, den 10. Oktober 1921.

Dr. Oetker's Puddingpulver in feinster Friedensqualität ist wieder überall zu haben. Man achte darauf, daß man die echten Fabrikate mit der Schutzmarke „Oetker's Hellkopf“ erhält.

Viele verm. Damen wünsch. sich bald glückl. zu verheirat. Herr., wenn auch ohne Verm., erhalten sofort Ausk. durch „Union“, Berlin, Postamt 25

Wer erteilt **Klavierunterricht?**
Angebote mit Preis unter 227 an die Exp. d. Bl. erb.

Junger Kaufmann
(verh.) vertraut mit allen schriftl. Arbeiten, auch mit einf., dopp. u. amerik. Buchführung, sucht für die Abendstunden Nebenbeschäftigung. Ang. u. 185 a. d. Exp. d. Bl.

Wir leihen **GELD**
in jeder Höhe auf Möbel ꝛc. ohne Bürgen, beschaffen Betriebskapitalien, Hypotheken und Baugelder. Näheres durch:
J. Pieper, Naumburg a/S. Jägerplatz 20.

Ausgekämmtes
Damenhaar
kauft höchstzahlend
Alfr. Kluge, Bahnhofstr. 8a.

3,60 m hell. Anzugstoff (300 Mk.) und 10 Paar Rassetauben sind abzugeb. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Die Hilfe

Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst.
Begründer: Friedrich Naumann.
Herausgeber Wilhelm Heile u. Gertrud Bäumer.

In der Zersplitterung einseitiger Interessenrichtungen und parteipolitischer Strömungen sucht die „Hilfe“
alle zukunftsgläubigen Deutschen
zusammenzurufen, die an dem Bau eines neuen, auf nationale und soziale Grundlagen gestellten Volksstaates mithelfen wollen.

Probeheft kostenfrei. Vierteljahrespreis 10 Mk.

Verlag der „Hilfe“, Berlin NW. 40.

Mehrere tüchtige
Arbeiter
für landwirtschaftl. Arbeiten sofort gesucht.
Feit, Meuschauer Mühle.

Geübte
Stenotypistin
möglichst zum 1. November gesucht.
Arthur Kornacker,
Papierwarenfabrik.

Dankfagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres teuren Entschlafenen sage ich allen denen, die seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten, meinen herzlichsten Dank. Besonders Dank seinen werten Kollegen für die reichliche Spende und das letzte Geleit. Auch Dank Herrn Pastor Werther für seine trostreichen Worte.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Helene Fleischer u. Kind.

Dank.

Für die wohltuenden Beweise liebevoller Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen sprechen wir nur hierdurch unseren herzlichsten Dank aus. Ferner herzlichen Dank Herrn Pastor Werther für seine trostreichen Worte, sowie dem Verein ehem. Kampfgenossen und den Kollegen der Ambi-Werke für das ehrenvolle Geleit.

Die trauernden Hinterbliebenen
Ww. Alwine Schneider nebst Kindern.

Merseburg, den 12. Oktober 1921.

---

1 kl. Einfamilienhaus m. Garten z. kauf. ges., wenn 1 in vorzügl. Lage befindl. Wohnh. m. gutgeh. Lebensmittelgesch. in Tausch gen. wird. Wiegand, Mälzerstr. 8.

Kleines
Mühlengut
nahe der Stadt, sucht Fachmann zu kaufen. Angeb. unt. 206 an die Exp. d. Bl.

Größere Obstplantage mit zugehörig. Grundstück
zu kaufen gesucht.
Angebote unter 205 an die Exped. d. Bl.

Ein Regal
mit mehreren Fächern, sowie
eine Drehbark
für Fußbetrieb zu kaufen gesucht. Angebote unt. 183 an die Exp. d. Bl.

Brauner Strickmantel u. dunkelgrüner Filzhut
(für Mädchen v. 8—10 Jahr) billig zu verkaufen
Naumburger Str. 29, ptr. l.

Guterhaltener dunkelgr.
Klapp-Wagen
mit Verdeck zu verkaufen
Gotthardtstraße 9, Hof.

Fast neuer, großer
Kinderwagen
z. verk. Kl. Ritterstr. 1, 1 Tr.

---

1 gutes Klavier
preiswert zu verkaufen. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

---

1 Rechenschieber
zu verkaufen. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Guterh. Fahrrad
ohne Bereifung zu verk.
Roter Feldweg 10, ptr., l.

Ein guterhaltener
Fleischwolf
für Kraftbetrieb sofort zu verkaufen. Besichtigung kann jederzeit erfolgen.
H. Andermahr,
Weißenfelser Straße 6, 1 Tr.

---

2 Fuhren Dünger
abzufahren
Gasthof „Drei Schwäne“.

Aeußerst wachsamer
Hofhund,
groß und kräftig, zum Ziehen geeignet, verkäuflich
Daspig Nr. 12.

Zu verkaufen:
mehrere Zwerghühner und Hahn
mit transportabl. Hühnerstall.
Paul Lützkendorf,
— Holzhandlung. —

Drucksachen jeder Art
für Geschäfts- und Privatbedarf sowie Broschüren, Formulare, Zeitschriften, Kontobücher usw. liefert bei billigster Preisstellung in moderner u. geschmackvoller Ausführung

Buch- und Akzidenz-Druckerei
Th. Rössner, Merseburg S.
Kleine Ritterstrasse 3

Setzmaschinen-Betrieb — Eigene Buchbinderei

Wegen Verheiratung des jetzigen Mädchens suche ich zum 1. November oder 1. Dez. ein ehrliches, fleißiges
besseres Mädchen
bei gutem Lohn u. Behandlg.
Frau Martha Schlegel,
Schuhfabrik, — Weißenfels,
Tagewerbenerstraße 34.

Gummireifen
verloren.
Bitte abzugeben
Mälzerstraße 3.

Sicherheitsschlüssel Montag verloren.
Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Kleiner, fuchsfarbiger
Hund
mit gerolltem Schwanz und ohne Halsband entlaufen. Geg. Belohng. zurückzugeben
Neu-Rössen, Friedensstr. 47

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211012-12/fragment/page=0008

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 6.— Mk., durch unsere Austräger 6.— Mk. und 75 Pfg. Zustellungsgebühr, durch unsere Landboten 6.— Mk. und 85 Pfg. Zustellungsgebühr, durch die Post bezogen 7 Mk. einschl. Bestell- und Bezugsgeld. Einzelnummer 30 Pfg.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 35 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag, Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V., Kreis Mitteldeutschland.

Mit der wöchentlich 2maligen Beilage „Amtsblatt der Stadt Merseburg" und „Amtsblatt für den Kreis Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 239 — Mittwoch den 12. Oktober 1921 — 48. Jahrg.

Das Kabinett Wirth, das Ausland und Oberschlesien.

Die Entdeckung, daß der Bestand der „Regierung der Erfüllung" in Deutschland durch die drohende ungünstige Entscheidung über Oberschlesien aufs verhängnisvollste in Frage gestellt ist, hat überall in der Welt das entsprechende Aufsehen erregt und besonders in Frankreich unverhohlene peinliche Empfindungen ausgelöst. Dort ist man insgeheim sehr befriedigt darüber, daß die Genfer „Vier" eine Lösung der oberschlesischen Frage gefunden zu haben scheinen, die im großen und ganzen den französisch-polnischen Wünschen entspricht. Andererseits weiß man aber in Frankreich, daß keine Regierung Deutschlands in der Welt ein so festgefügtes Ansehen gehabt hat, wie das über Nacht und entgegen allen Erwartungen bedrohte Kabinett Wirth, und so hat man denn den „Trick" gefunden, daß man Deutschland gegen England oder auch umgekehrt ausspielte, indem man ausstreute, einerseits hätte man von London aus Berlin mitgeteilt, daß die englische Regierung zugunsten Deutschlands in Genf intervenieren werde, und daß andererseits der zu ganz kurzem informatorischem Aufenthalt nach Berlin berufene deutsche Botschafter in London nach dorthin den Auftrag mitgenommen habe, der englischen Regierung zu erklären, daß die Regierung Wirth zurücktreten werde, wenn Oberschlesien verloren ginge. Durch diese Andeutungen eines Teils der französischen Presse sollte erreicht werden, daß die Zeugniskraft der Tatsachen, auf Grund deren das Leben der jetzigen deutschen Reichsregierung bei einem Verlust Oberschlesiens ohne weiteres und wirklich ein vorzeitiges Ende finden würde, nach Möglichkeit entkräftet und widerlegt würden. Gleichzeitig sollte aber auch von vornherein Grundsätzliches dagegen geschehen, daß die ohne Frage vorhandene Abneigung Englands gegen eine ausgesprochen polenfreundliche Lösung der oberschlesischen Frage zu irgendwelchen praktischen Folgerungen führte. Wir werden es der englischen Regierung überlassen dürfen, ihren Standpunkt, wie er auch sein möge, gegebenenfalls durchzusetzen oder nicht. Den uns gegenüber ausgesprochenen Verdächtigungen, als ob die Besorgnisse über den Fortbestand des Kabinetts Wirth nur gemacht seien, muß indessen doch in aller Schärfe unterstrichen werden, daß von Mache dabei in keiner Weise die Rede ist. Es steht in der Tat so, daß bei einem Verlust Oberschlesiens nicht nur die Existenz der gegenwärtigen Regierung in Frage gestellt sein würde, sondern daß darüber hinaus jede positive Politik für unabsehbare Zeit unmöglich wäre. Man gibt im Auslande, besonders aber in Frankreich, doch immer vor, daß man die antirepublikanische Bewegung in Deutschland als eine außerordentlich starke Gefahr betrachtet. Eine wider alles Recht und alle Vernunft erfolgende Entscheidung über Oberschlesien wäre aber ein tödlicher Schlag gegen die Republik und die beste Rechtfertigung für die deutschen Monarchisten, deren heftigster Widerstand sich bekanntlich immer gerade gegen die versöhnliche und vertragstreue Politik der Regierung richtete. Aber auch eine positive innere Politik wäre nach dem Verlust Oberschlesiens künftig einfach nicht mehr möglich. Wie sollte man auch nur versuchen, zu geordneten Etatsverhältnissen zu kommen? Nein, es bleibt dabei, daß die Entscheidung über Oberschlesien gleichzeitig die über die ganze Zukunft Deutschlands sein wird.

*

Und dann?

Infolge des Ernstes der Lage, die durch den Stand der oberschlesischen Angelegenheit hervorgerufen ist, hat sofort nach der Rückkehr des Reichskanzlers noch in der Nacht eine Kabinettssitzung stattgefunden, in der Dr. Rosen Bericht erstattete. Am nächsten Tage sind diese Besprechungen fortgesetzt worden. Ihr Inhalt war selbstverständlich streng vertraulich, aber wir dürfen wohl annehmen, daß man sich mit allen Eventualitäten beschäftigt hat. Die Reichsregierung darf sich durch eine ungünstige Entscheidung nicht überraschen lassen. Die Möglichkeit eines Fehlspruches von Genf muß in die politische Rechnung eingestellt werden und die Frage, was dann werden soll, muß heute bereits erörtert werden. Daß die Möglichkeit einer Kabinettskrise besteht, kann ja ernsthaft von niemandem bestritten werden, und es ist auch erklärlich, daß, genau so, wie der Reichskanzler es tat, auch die deutschen Vertreter bei den alliierten Regierungen die Möglichkeit einer Regierungskrise nicht leugnen konnten, wenn auch das Androhen einer Regierungskrise selbstverständlich nicht erfolgt ist, da das taktisch ein schwerer Fehler gewesen wäre. Die Reichsregierung hat aber die Pflicht, sich bereits jetzt mit den Dingen zu befassen, die im Falle einer ungünstigen Entscheidung zu geschehen haben. Das Kabinett muß politische Richtlinien vorlegen, auch wenn es die Ausführung dieser Richtlinien nicht mehr erleben sollte und sie seinen Nachfolgern überlassen muß.

Wir können natürlich keinen Krieg gegen die Entente führen, und wir können auch keinen Krieg gegen Polen führen. Das ist eine Binsenwahrheit, die jedermann in Deutschland kennt. Aber doch liegen die Dinge heute anders als zu dem Zeitpunkt, da wir den Frieden unterzeichnen mußten. Wir sind sehr wohl in der Lage, eine Politik auf längere Sicht, und zwar besonders nach Osten, zu führen. Von dieser Möglichkeit muß Gebrauch gemacht werden. Der Verlust Oberschlesiens an Polen ist für Deutschland nicht zu verwinden. Unsere zukünftige Haltung gegenüber dem polnischen Staat wird deshalb ganz besonders Gegenstand der Betrachtung sein müssen. Polen betrachtet uns seit langem als seinen Feind; bekommt aber Polen zu den übrigen deutschen Gebieten auch noch Oberschlesien, so können wir nur ein Interesse haben: daß auf unsere Kosten unnatürlich aufgeblähte Polen zum Zusammenbruch zu bringen. Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir nicht einen einzigen Schuß abzugeben, sondern wir haben andere Mittel genug, da Polen auf uns angewiesen ist, den Zusammenbruch Polens, der ja sowieso erfolgt, zu beschleunigen.

Die Regierung Wirth ist für eine Versöhnungspolitik stets eingetreten. Ist eine solche Politik infolge eines etwaigen Fehlspruches von Genf und infolge der Haltung der Polen nicht möglich, so ist das im Interesse der Versöhnung selbst zu bedauern; uns bleibt dann nur das oben angedeutete Ziel, das unablässig verfolgt werden muß!

*

Deutsche Schritte in Paris und London wegen Oberschlesiens.

Berlin, 12. Okt. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Es wird jetzt bekannt, daß gestern die deutschen Botschafter in Paris und London den Ministerpräsidenten von Frankreich und England bei einem Besuche den Standpunkt der deutschen Regierung in der oberschlesischen Frage klar gemacht haben. Nähere Berichte darüber sind bei den maßgebenden Stellen noch nicht bekannt. Man glaubt aber, daß die Darstellungen der Pariser Presse nicht ganz zutreffen. Im Reichskabinett herrscht hinsichtlich der oberschlesischen Frage noch völlige Einstimmigkeit.

Paris, 12. Okt. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Mayer, hat gestern dem französischen Ministerpräsidenten Briand einen längeren Besuch abgestattet. Er legte darin Protest gegen eine Teilung Oberschlesiens durch den Völkerbundsrat ein. Wie „Petit Parisien" zu wissen glaubt, steht der Besuch Dr. Mayers mit dem Besuch des deutschen Gesandten in London bei Lloyd George in engem Zusammenhange. Beide sind auf Veranlassung des deutschen Außenministers Dr. Rosen ohne Genehmigung des Reichskanzlers Dr. Wirth gemacht worden und sollen die Aufmerksamkeit auf die politischen und wirtschaftlichen Folgen einer Teilung Oberschlesiens für Deutschland lenken. Das Blatt will wissen, daß Dr. Mayer bei seinem Besuche behauptet hat, daß eine Teilung Oberschlesiens den Bestimmungen des Versailler Vertrages zuwider laufe.

Paris, 12. Okt. Zum Besuch des deutschen Botschafters bei Briand meldet Havas noch: Der deutsche Botschafter soll beim Ministerpräsidenten einen letzten Versuch gemacht haben, die Schwierigkeiten darzulegen, die im Falle einer ungünstigen Lösung der oberschlesischen Frage entstehen würden. Eine derartige Lösung würde nicht nur schwere wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen, sondern auch einen politischen Rückschlag, der imstande wäre, den Sturz des Kabinetts Wirth hervorzurufen. Es ist doch, sagt Havas, unzweifelhaft, daß dieser allerletzte Überzeugungsversuch ohne Wirkung sein wird, denn die alliierten Regierungen werden an ihrer Entscheidung festhalten, die Teilung anzunehmen, die der Völkerbundsrat empfiehlt.

Alliierte Konferenz über die Besatzungskosten.

Paris, 12. Okt. Nach der „Chicago Tribune" soll die alliierte Konferenz für die Regelung der Besatzungskosten in **Brüssel** endgültig am 17. Oktober abgehalten werden.

Wieder eine Kabinettsberatung.

Berlin, 12. Okt. (WTB.) Das Reichskabinett hat heute vormittag von 9—11½ Uhr getagt. Verhandlungsgegenstand war das oberschlesische Problem. Das Kabinett ist um 12 Uhr wieder zusammengetreten. Die Gerüchte über Unstimmigkeiten innerhalb des Kabinetts hinsichtlich der oberschlesischen Frage sind, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, unbegründet.

Die Völkerbundspläne für Oberschlesien.

Paris, 12. Okt. Pertinax teilt im „Echo de Paris" mit und der brasilianische Delegierte da Cunha hat es dem Vertreter des „Matin" bestätigt, daß die Arbeiten des Völkerbundsrates beendet sind. Nach Pertinax wird mit Ausnahme von **Kattowitz** das gesamte Industriegebiet Deutschland zugesprochen und die wirtschaftliche Einheit durch eine internationale Kommission aufrechterhalten bleiben. Da Cunha erklärte dem „Matin": Wir halten die dem Obersten Rat von uns übermittelte Ansicht für wohlbegründet und sind sicher, die beste Lösung vorgeschlagen zu haben.

Der „Petit Parisien" bestätigt die Meldung des „Echo de Paris", daß außer den **Kreisen Pleß und Rybnik**, die **Bezirke Kattowitz und Königshütte Polen zugesprochen** werden und daß während der Übergangsperiode die wirtschaftliche Einheit des Landes aufrechterhalten bleiben soll.

Nollet Mitglied des Obersten Kriegsrates.

Paris, 12. Okt. (WTB.) Der Ministerrat hat in seiner heutigen Sitzung die Ernennung des Vorsitzenden der Interalliierten Kontrollkommission in Deutschland, General Nollet, zum Mitglied des Obersten Kriegsrates genehmigt. General Nollet tritt hier an die Stelle des Generals Nivelle, der in den Ruhestand versetzt wird.

Vermehrung des Notenumlaufs in Ungarn.

Budapest, 12. Okt. (Korr.-Büro.) Der Stand des staatlichen Noteninstituts weist eine Vermehrung des Notenumlaufs gegenüber dem September von 655 Millionen Kronen auf. Bisher beanspruchte der Staat das Noteninstitut gar nicht.

Der König von Serbien will abdanken.

Paris, 12. Okt. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Wie hier bekannt wird, beabsichtigt der König Alexander von Serbien zugunsten seines älteren Bruders Georg abzudanken. In einer Besprechung mit dem Ministerpräsidenten erklärte er bestimmt, daß er in Paris zu bleiben gedenke. Er fürchte, daß bei seiner Rückkehr nach Serbien kommunistische Unruhen ausbrechen könnten.

Die Teilung Oberschlesiens tatsächlich beschlossen!

Genf, 12. Okt. Wenn man den hier vorliegenden, natürlich rein privaten Informationen Glauben schenken kann, dann kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß der Völkerbundsrat **tatsächlich die Teilung Oberschlesiens**, und zwar auch des Industriegebietes, beschlossen hat. Über die dem Obersten Rat vorzuschlagende Grenzlinie ist naturgemäß nichts Sicheres und nichts Endgültiges zu erfahren. In Kreisen, die dem Völkerbund nahestehen, verlautet aber mit Bestimmtheit, daß die Grenze ein Kompromiß zwischen den beiden Sforzalinien darstellt. Danach sollen an **Polen fallen: Rybnik, Pleß, der in den Kreis Pleß hineinragende Südzipfel des Kreises Hindenburg, Kattowitz Stadt und Land, der Ostteil des Landkreises Beuthen ohne die Stadt und Teile der Kreise Tarnowitz und Lublinitz ohne die Städte.** Was die rein deutsche Stadt **Königshütte** betrifft, so wird von einer **für die Polen günstigen Lösung gesprochen.** Neben den Bestimmungen über die neue Grenze soll das Gutachten des Völkerbundsrates eine Anzahl teilweise sehr verwickelte Bestimmungen enthalten über technische und wirtschaftliche Fragen, deren redaktionelle Ausarbeitung auf große Schwierigkeiten stößt. Von den Mitgliedern des Völkerbundsrates wird jede weitere Auskunft über die Grenzlinie verweigert.

Militärische Vorbereitungen in Oberschlesien.

Genf, 12. Okt. Mit Bestimmtheit verlautet, daß die Veröffentlichung des Gutachtens, gleichviel, ob sie von Genf oder Paris ausgehe, erst dann erfolgen soll, wenn **alle militärischen Vorbereitungen in Oberschlesien** getroffen und für die rechtzeitige Notifizierung an die interessierten Regierungen gesorgt sei.

Über die dritte Kabinettssitzung am Dienstag

wird aus Berlin berichtet:

Den beiden bisher abgehaltenen Kabinettssitzungen in der Montagnacht und am Dienstagvormittag folgte eine neue Sitzung am Dienstagabend. Der Grund dafür, daß man in den stundenlangen Besprechungen noch nicht zu einem Ergebnis gekommen ist, ist der, daß es bisher noch immer nicht gelang, etwas **Authentisches über die Genfer Sphinx** zu erfahren.

Der einzige Schritt von Wichtigkeit, den das Kabinett nach Rückkehr des Reichskanzlers unternommen hat, ist der, daß man unseren Botschafter in London, **Sthamer**, beauftragte, die **englische Regierung** darüber nicht im Zweifel zu lassen, welche innerpolitischen Folgen in Deutschland eine ungünstige Entscheidung über Oberschlesien nach sich ziehen müsse.

Wenn die Vermutungen über einen abermaligen Umfall Lloyd Georges und den Schacher zwischen England und Frankreich auf Deutschlands Kosten zutreffen, dann allerdings dürfte auch diese letzte Mahnung in London auf unfruchtbaren Boden fallen. Nach allem ist die Lage als überaus ernst anzusehen.

Vertagung des Reichsausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

Die Sitzung des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, die für Mittwoch anberaumt war, ist **abgesagt** worden, da, wie die Blätter annehmen, die Regierung noch nicht in der Lage ist, positive Mitteilungen über das oberschlesische Problem zu machen.

Die Entscheidung über Oberschlesien und die Kreditaktion der Industrie.

Wie man uns aus Berlin mitteilt, weilten Dienstag abend einige Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Industrie beim Reichskanzler, um sich mit ihm über die **Kreditaktion** zu unterhalten. Auch die oberschlesische Frage sei im Zusammenhang damit besprochen worden. Industrie, Landwirtschaft und Handel seien fest entschlossen, angesichts der Nachrichten über die Beschlüsse des Völkerbundsrates die **größte Zurückhaltung zu üben.** Nach dem etwaigen Verlust von Oberschlesien oder nach der Teilung des Industriegebietes werde die deutsche Volkswirtschaft nach Meinung maßgebender Industriekreise **nicht die Kraft besitzen, Leistungen zu vollbringen,** wie sie mit dem Abschluß des Kreditabkommens verbunden sein würden. Das Abkommen dürfte also nur dann herausgebracht werden, wenn Deu[illegible]ustrie und mit ihr Han[illegible] Leistungen zu übernehm[illegible]daß sie nicht erfüllt wer[illegible]ausländischen Finanzkrei[illegible]ihe angebotenen herangetr[illegible] zurückzuziehen, wenn Deu[illegible]n sollte.

[illegible]n Presse.

Nac[illegible]s Genf eingetroffenen [illegible]ßerst kritisch an. Völ[illegible] die [illegible]die Entscheidung des wid[illegible]sfallen sollte, wie es dun[illegible]egs von Deutschland son[illegible] Eine solche Entscheiheiß[illegible]esischen Abstimmung, hau[illegible]sterei, deren Gutsold[illegible]n könnte, noch überals[illegible]muten wäre. Einer des[illegible]t umsoweniger nötig, dun[illegible]rständlichen Vorschlag steh[illegible]genüber die Entscheidung [illegible]trag in Widerspruch.

das[illegible]" betont, daß weder pfli[illegible]ande wäre, die Veraus[illegible] aus dem Ultimatum, ein[illegible]alls Deutschland nur [illegible]enommen würde.

gier[illegible]n einer schweren Redaß[illegible]en Kreisen verlauten, sche[illegible]treten, wenn die EntAn[illegible]s im Augenblick den [illegible]

[illegible]pondenz" schreibt: Die Wegnahme Oberschlesiens in dem Umfange, wie er geplant ist, erschüttert die Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth. Mit dem Sturz des Kabinetts Wirth wäre aber auch die Koalition selbst kaum noch aufrecht zu erhalten, wenigstens nicht mit einem Erfüllungsprogramm. Der gleichen Ansicht ist auch die Sozialistische Korrespondenz.

Die ersten Folgen einer ungünstigen Entscheidung über Oberschlesien.

Kattowitz, 12. Okt. Die in der sozialdemokratischen Partei Oberschlesiens organisierten Mitglieder stellen an den Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands das **dringende Ersuchen**, die sozialdemokratischen Mitglieder der deutschen Reichsregierung zu beauftragen, bei einer für Deutschland ungünstigen Entscheidung in der oberschlesischen Frage **ihre Ämter im Reichskabinett niederzulegen** und erklären, daß die sozialdemokratische Partei als die Vertretung der arbeitenden Bevölkerung für die Zustimmung zu einer solchen Entscheidung die Verantwortung nicht zu tragen vermag.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319211012-12/fragment/page=0009
DFG